20. Jahrgang 1972 / 2. Heft / April

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

GISELA BERTRAM-LIBAL
Die britische Politik in der Oberschlesienfrage

ANDREAS HILLGRUBER
Die Endlösung und das deutsche Ostimperium

ELMAR KRAUTKRÄMER
Der Konflikt um die Ministerpräsidentenkonferenz 1947

MISZELLE
HEINRICH AUGUST WINKLER
Sozialgeschichtliche Aspekte
der nationalsozialistischen Machtergreifung

DOKUMENTATION
Adenauer und der Schuman-Plan

NOTIZEN

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Helmut Krausnick, Martin Broszat, Thilo Vogelsang
Redaktion: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46b

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Gisela Bertram-Libal . . Die britische Politik in der Oberschlesienfrage 1919–1922 105

Andreas Hillgruber . . . Die „Endlösung" und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus . . 133

Elmar Krautkrämer . . . Der innerdeutsche Konflikt um die Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947 . . 154

MISZELLE

Heinrich A. Winkler . . Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung. 175

DOKUMENTATION

Adenauer und der Schuman-Plan (*Eckhard Wandel*) 192

NOTIZEN 204

BIBLIOGRAPHIE *105*

Diesem Heft liegen je ein Prospekt der Verlage Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf und zwei Prospekte der Akademischen Verlagsgesellschaft, Göttingen, bei.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 29 98 61. Preis des Einzelheftes DM 12.– = sfr. 14.60; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 36.– = sfr. 43.75, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 28.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14.6.1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
20. Jahrgang 1972 2. Heft / April

GISELA BERTRAM-LIBAL

DIE BRITISCHE POLITIK IN DER OBERSCHLESIENFRAGE 1919–1922

An der britisch-französischen Kontroverse um die Zugehörigkeit Oberschlesiens in den Jahren zwischen 1919 und 1922 läßt sich die allgemeine britische Haltung gegenüber Deutschland besonders deutlich ablesen. Zugleich offenbart sie die sowohl prinzipiellen als auch graduellen Unterschiede zur französischen Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg[1].

Von Anbeginn vertraten die alliierten Politiker unterschiedliche Vorstellungen über die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands durch den Friedensvertrag. Daran vermochten auch alle Gemeinsamkeiten in der Einschätzung der Gefahr des Bolschewismus für Europa und insbesondere für Deutschland nichts zu ändern. Die alliierten Hauptmächte konnten sich infolgedessen auf der Pariser Friedenskonferenz nie gänzlich über jene Faktoren, politische Prinzipien und Mittel einigen, die die von allen angestrebte Dauerhaftigkeit der Friedensregelung garantieren sollten. Vor allem aber verhinderten die unterschiedlichen Vorstellungen der beiden europäischen Großmächte Frankreich und England über die Erfordernisse ihrer spezifischen nationalen Sicherheitsinteressen eine klare Antwort auf die Frage, wie in Europa für die Zukunft stabile politische Verhältnisse zu schaffen seien. Da dieses Problem in Paris nicht gelöst werden konnte, wurde es von der Friedenskonferenz den kommenden Jahren hinterlassen. Während die britische Regierung zu der Auffassung tendierte, die Stabilität des europäischen Systems könne nur durch eine Friedensordnung gewährleistet werden, die auch die Zustimmung der Besiegten finde – „that the very justice of its arrangements would provide the true guarantee

[1] Die folgende Arbeit ist ein Auszug aus meiner Dissertation: Aspekte der britischen Deutschlandpolitik 1919–1922, phil. Diss. Tübingen 1971, die im Sommer 1972 in der Reihe „Göppinger Akademische Beiträge" im Verlag Alfred Kümmerle, Göppingen, erscheinen wird. – Die Arbeit beruht auf den veröffentlichten „Documents on British Foreign Policy 1919–1920", den Kabinettsprotokollen für die Jahre 1919–1922, den Dokumenten des Foreign Office und den Protokollen der Konferenzen der Jahre 1921 und 1922, die im Public Record Office, London, eingesehen wurden. Inzwischen sind allerdings die Konferenzprotokolle und die Dokumente des Foreign Office für 1921 in den „Documents on British Foreign Policy" ebenfalls veröffentlicht worden.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

of their maintenance"[2] –, setzte sich in der französischen Regierung die Ansicht durch, daß diese Garantie für Frankreich nur in der Schaffung einer künstlichen Unterlegenheit Deutschlands bestehen könne[3]. Verbreiteter britischer Vorstellung entsprach es, daß flexible Prinzipien die Grundlage einer Friedensregelung bilden sollten, die garantierten, daß das System auch bei einer Wandlung der internationalen Kräfteverhältnisse durch die Dynamik sozialer und industrieller Entwicklungen funktions- und anpassungsfähig blieb[4]. Insbesondere im Hinblick auf die Geschehnisse in Rußland befürwortete die britische Regierung die Förderung einer „natürlichen Stabilität" in Westeuropa. Dafür aber galt ein Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich als Voraussetzung[5]. Großbritannien hatte seine wichtigsten Kriegsziele erreicht. Deutschlands Flotte war zerstört, seine machtpolitische Position in der Welt und in Europa soweit reduziert, daß nach Auffassung der britischen Staatsmänner die Friedensregelung auch Frankreich ausreichende Sicherheitsgarantien bot. Die Haltung der britischen Regierung wurde entscheidend durch die Bereitschaft charakterisiert, Deutschland weiterhin als europäische Großmacht zu akzeptieren[6]. Da Deutschland als Machtfaktor auch in Zukunft im Spiele blieb, war die britische Regierung bemüht, die Friedensbestimmungen so erträglich zu gestalten, daß das Reich weder auf den Kurs der Revanchepolitik noch in die Arme des Bolschewismus getrieben wurde, sondern die Tür zu einem allmählichen Ausgleich mit dem Westen offen fand[7].

Die Wurzeln der britischen Deutschlandpolitik nach dem Kriege liegen in den nationalen Wirtschaftsinteressen, die vor allem die Wiederherstellung des Handels- und Wirtschaftspotentials Großbritanniens sowie die Lösung des Arbeitslosenproblems erforderten[8]. Vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus betrachtet war Deutschland das für Großbritannien wichtigste Land des europäischen Kontinents, dessen Entwicklung die wirtschaftliche und politische Stabilität der anderen europäischen Staaten beeinflussen mußte. Aus diesem Grunde sind die Deutschland- und Europapolitik der britischen Regierung in jenen Jahren nur schwer voneinander zu trennen. Weil Deutschland als die potentiell führende Wirtschaftsmacht

---

[2] W.M. Jordan, Britain, France and the German Problem 1918–1939, Oxford 1943, S. 2; Hajo Holborn, Der Zusammenbruch des Europäischen Staatensystems, Stuttgart 1954, S. 90.

[3] Arnold Wolfers, Britain and France between two Wars, Conflicting Strategies of Peace since Versailles, New York 1941, S. 13; Holborn, Zusammenbruch, S. 90.

[4] Gwendolen M. Carter, The British Commonwealth and International Security – The Role of the Dominions 1919–1939, Toronto 1947, S. 1.

[5] Harald J. Nelson, Land and Power, British and Allied Policy on Germany's Frontiers 1916–1919, London 1963, S. 123.

[6] Nelson, Land and Power, S. 6; Über die britische Kriegszieldiskussion siehe auch Lawrence W. Martin, Peace without Victory, New Haven 1958, und Arno J. Mayer, Political Origins of the New Diplomacy, New Haven 1959.

[7] Nelson, Land and Power, S. 223; Arno J. Mayer, Politics and Diplomacy of Peacemaking, Containment and Counterrevolution at Versailles 1918–1919, London 1968, S. 72.

[8] Vgl. hierzu Max Beloff, Imperial Sunset, Vol I, Britain's Liberal Empire 1897–1921, London 1969, S. 323, 336.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europas galt, erhoffte sich die britische Regierung von einem Aufschwung der deutschen Wirtschaft als Folgewirkung einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung Europas[9]. Damit fiel Deutschland in der britischen Wirtschafts- und Europapolitik eine Schlüsselrolle zu. Voraussetzung für einen Erfolg dieser Politik war jedoch, daß sich die französische Regierung den britischen Konzeptionen und Initiativen anschloß und einer wirtschaftlich sinnvollen Reparationsregelung zustimmte. Mit dem Mittel der Konferenzdiplomatie versuchte die britische Regierung daher, nicht nur einen Ausgleich der britisch-französischen Differenzen in der Deutschlandpolitik, sondern auch eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in die Wege zu leiten.

Die französische Regierung bemühte sich hingegen, während der Friedensverhandlungen eine Regelung zu erreichen, „die Frankreich eine unangreifbare militärische Überlegenheit gegenüber Deutschland sicherte". Daher versuchte sie, möglichst einschneidende territoriale Abtretungen, hohe Reparationen und die Kontrolle des linken Rheinufers durch Frankreich durchzusetzen. Aus dem Charakter dieser Forderungen erklärt sich, daß die französischen Sicherheitsinteressen nicht schon durch den Friedensvertrag und seine Annahme durch die Reichsregierung, sondern allein durch seine vollständige Durchführung zu befriedigen waren[10].

Da es der französischen Delegation auf der Friedenskonferenz nicht gelungen war, die Zustimmung der Alliierten zur strategischen Rheingrenze und zur Übergabe Oberschlesiens an Polen zu gewinnen, verfolgten die französischen Regierungen diese beiden Ziele nach dem Ausfall der anglo-amerikanischen Sicherheitsgarantie mit unverminderter Zielstrebigkeit[11]. Außerdem bemühten sie sich, eine ausreichende Sicherheitsgarantie von Großbritannien zu erhalten, und bauten ein System von Allianzen mit den kleineren Staaten Europas auf. In der französischen Europapolitik sollten die Staaten des Cordon Sanitaire sowohl die Funktion eines Gegengewichtes gegen Deutschland und Rußland als auch die einer Barriere zwischen ihnen übernehmen. Infolge des Zerfalls der Großmächte Rußland und Österreich war ja die Position Deutschlands trotz territorialer Verluste noch relativ stärker geworden[12]. Um so mehr wollte sich Frankreich auf einen starken Alliierten im Osten verlassen können. Es hätte die Wiederherstellung eines konservativen Rußlands bevorzugt; doch als die Aussichten für einen Sieg über die Bolschewisten schwanden, wurde Frankreich schon während der Friedenskonferenz zum Hauptadvokaten eines starken Polens, dessen Territorium auf Kosten seiner Nachbarn ausgedehnt werden sollte[13]. Demgegenüber hegte die britische Regierung Zweifel

---

[9] Nelson, Land and Power, S. 223; Mayer, Peacemaking, S. 72.

[10] Vgl. Wolfers, Britain, S. 71; F. S. Northedge, The Troubled Giant, Britain among the Great Powers 1916–1939, London 1966, S. 122.

[11] Memorandum Headlam Morleys vom 8. August 1922 über die französische Rheinlandpolitik seit der Friedenskonferenz, Foreign Office Papers (abgekürzt: FO) 371/7482, S. 211 ff.

[12] D. W. Brogan, The Development of Modern France 1870–1935, London 1949, S. 548.

[13] Mayer, Peacemaking, S. 308, 285, 287, 597.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an der Stabilität der Staaten des Cordon Sanitaire und weigerte sich, aus Furcht vor Verwicklungen, das französische Allianzsystem zu unterstützen oder ihm gar beizutreten. „Britain would have been less reluctant to enter a tight security system. Whereas Britain shied back from joining France in keeping down a bitterly dissatisfied Germany and upholding an artificially inflated Poland, she was inclined to help her contain a defeated Germany and a little Poland."[14] So schuf Frankreich durch seine Osteuropapolitik selbst gerade jene Einwände, die die britische Regierung zu der Entscheidung veranlaßten, die Sicherheitsgarantie gegenüber Frankreich nicht allein zu übernehmen.

An diesen divergierenden Interessen und Konzeptionen der britischen und der französischen Deutschlandpolitik wird deutlich, in welchem Dilemma sich die britische Europapolitik nach dem Ersten Weltkrieg befand. Denn die Politik der europäischen Kooperation, der wirtschaftlichen Stabilisierung und der allgemeinen Abrüstung verlangten einen politischen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland, aber auch eine flexible Auslegung und Handhabung der Friedensbestimmungen. Da sich diese Politik mit den französischen Interessen nicht vereinbaren ließ, stieß sie auf den hartnäckigen Widerstand der französischen Regierung. Die Regierung in London konzentrierte infolgedessen ihre Kraft darauf, eine Harmonisierung zwischen den primär politisch bestimmten Zielen auf französischer Seite und den primär wirtschaftlich motivierten Zielen auf britischer Seite herbeizuführen, wobei sie nur eine relativ schmale machtpolitische Basis besaß, nachdem sie die Armee weitgehend demobilisiert und die in Europa stationierten Truppen auf ein Mindestmaß reduziert hatte. Frankreich war zur weitaus stärksten Militärmacht auf dem Kontinent geworden und übernahm automatisch die führende Rolle in der Kontrolle Deutschlands. Auch war Frankreich als einzige Großmacht in der Lage, britischen Interessen in anderen Teilen der Welt entgegenzutreten, etwa in der türkischen Frage und im arabischen Raum. Andererseits hatten beide Regierungen ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung der Entente und an einer gemeinsamen alliierten Politik gegenüber Deutschland, die verhindern sollte, daß die deutsche Regierung die britisch-französischen Differenzen ausnutzte, um die Verpflichtungen des Friedensvertrages abzuschütteln[15].

Vor diesem Hintergrund muß die britisch-französische Kontroverse um die Zugehörigkeit Oberschlesiens gesehen werden.

Als Lloyd George während des letzten Stadiums der Friedenskonferenz im Rat

---

[14] Mayer, Peacemaking, S. 517.

[15] Pierre Renouvin, Histoire des Relations Internationales, Bd. 7, Les Crises du XXe Siècle, I., 1914–1929, S. 193ff., 234ff.; Wolfers, Britain, S. 12–26, 202–220; P.S. Wandrycz, France and her Eastern Allies 1919–1925, Minneapolis 1962, S. 22, 370, 388; Jordan, Britain, S. 1, 46; A.J.P. Taylor, The Origins of the Second World War, London 1963, S. 47, 60; René Albrecht-Carrié, France, Europe and the Two World Wars, Genf 1960, S. 10, 97, 104; J. Paul Selsam, The Attempts to form an Anglo-French Alliance 1919–1924, Philadelphia 1936, S. 22; James Headlam-Morley, Studies in Diplomatic History, London 1930, S. 148; J.R.M. Butler, Lord Lothian, London 1960, S. 77.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Vier mit seiner Forderung durchdrang, ein Plebiszit über die Zukunft Oberschlesiens entscheiden zu lassen, zeigte sich die französische Regierung alarmiert. Sie hatte die sofortige Übergabe Oberschlesiens an Polen angestrebt. Dies geschah in der doppelten Absicht, die wirtschaftliche Basis des Reiches durch die Abtrennung seines zweitwichtigsten Industriereviers zu schmälern und den polnischen Staat auf eine solide wirtschaftliche Grundlage zu stellen[16]. Welche politische Rolle er dem so gestärkten polnischen Staat außerdem zudachte, erklärte Clemenceau Lloyd George auf der Londoner Konferenz vom Dezember 1919: „Our policy rather ought to be to fortify Poland in order to keep Russia in check and to contain Germany."[17] Der britische Premier brachte hingegen seine Skepsis gegenüber der inneren Stabilität des polnischen Staates mit seinen vielen Minderheiten zum Ausdruck und gab zu erkennen, daß die britische Regierung gerade aus diesem Grunde ein Engagement in Polen scheue[18].

Aus dieser unterschiedlichen Haltung gegenüber Polen folgte auch eine voneinander abweichende Einstellung zum Oberschlesienproblem. Die französische Regierung wartete den Ausgang des Plebiszits im Jahre 1921 nicht untätig ab, sondern versuchte die Entscheidung mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in ihrem und im polnischen Interesse zu beeinflussen.

Das deutsch-polnische Tauziehen um Oberschlesien begann bereits im Juli 1919, als Streiks und Unruhen die Spannungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Bevölkerungsteil Oberschlesiens steigerten[19]. Die polnische Regierung versuchte daraufhin, die Alliierten zu einer vorzeitigen Besetzung des Abstimmungsgebietes zu drängen. Doch da dieses Gebiet erst nach Inkrafttreten des Friedensvertrages deutscher Souveränität entzogen werden durfte, konnte es auch nur mit Zustimmung der Reichsregierung durch alliierte Truppen besetzt werden. Die Alliierten bemühten sich um die Zustimmung der deutschen Regierung zu einer solchen Maßnahme. Die Reichsregierung sah sich aus innenpolitischen Erwägungen nicht in der Lage, ihre Einwilligung zu geben. Als Zeichen des Entgegenkommens erklärte sie sich aber bereit, der alliierten Kohlenkommission und Vertretern der interalliierten Militärkommission in Berlin die vorzeitige Einreise nach Oberschlesien zu gestatten. Um dieses Zugeständnis der Reichsregierung zu honorieren, warnten die Alliierten in einer auf Drängen des britischen Außenministers Balfour entstandenen Note die polnische Regierung davor, eine Intervention polnischer Truppen zuzulassen. Sie wiesen darauf hin, daß die deutsche Regierung noch das Recht und sogar die Pflicht habe, die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen. Die in der

---

[16] Wandycz, France, S. 22, 37, 39, 44; Northedge, Giant, S. 114; G. Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920, München 1967, S. 229; Jordan, Britain, S. 47; Sarah Wambough, Plebiscites Since the World War, Washington 1933, Bd. I, S. 213; Edouard Bonnefous, Histoire Politique de la Troisième République, Bd. III, 1919–1924, Paris 1959, S. 240.

[17] Documents on British Foreign Policy 1919–1939, First Series (zit.: DBFP), II, No. 56.

[18] DBFP II, No. 55.

[19] DBFP VI, No. 40, 41, 42.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Note enthaltene alliierte Warnung an die polnische Adresse trug zur schnelleren Beruhigung der Lage in Oberschlesien bei[20].

Im Januar 1920 übernahmen alliierte Truppen und die interalliierte Plebiszitkommission die Kontrolle im Abstimmungsgebiet. Der Friedensvertrag hatte zwar die paritätische Beteiligung französischer, britischer, italienischer und amerikanischer Truppen an der Besetzung Oberschlesiens vorgesehen. Doch wegen des amerikanischen Rückzugs aus der europäischen Politik und infolge des in Großbritannien herrschenden Demobilisierungsdrucks sowie interner Unruhen um die Jahreswende 1919/20 sah sich die britische Regierung nicht in der Lage, Truppen für die Abstimmungsgebiete in Ostdeutschland freizumachen[21]. Die dadurch entstandenen Lücken wurden durch französische Truppen weitgehend aufgefüllt[22]. Bis zum März 1921, kurz vor dem Datum des Plebiszits, waren in Oberschlesien keine britischen Truppen stationiert. Infolgedessen fehlte hier das britische Gegengewicht gegen das Engagement Frankreichs[23].

Die Plebiszitkommission mit ihren verzweigten Kontrollabteilungen versuchte zwar das Prinzip der gemeinsamen alliierten Verantwortung zu wahren, aber eine gleichmäßige Beteiligung an den Kontrollfunktionen war auch auf zivilem Sektor nicht sichergestellt. Auch hier erlangten die französischen Vertreter ein Übergewicht, das nicht allein durch die Tatsache bedingt war, daß die Plebiszitkommission unter französischem Vorsitz stand, sondern auch dadurch, daß die britische und die italienische Regierung zögerten, eine größere Anzahl von Beamten zur Verfügung zu stellen und daß Frankreich auch noch die meisten der durch das Ausscheiden der USA freibleibenden Positionen übernahm[24]. Der französischen Besatzungsmacht waren damit die besten Einflußmöglichkeiten sowohl auf administrativer als auch auf militärischer Ebene geboten. Sie nahm sie wahr, indem sie Schritt für Schritt die deutsche Verwaltung Oberschlesiens entmachtete und sogar bei der Reorganisation der Polizei und des Gerichtswesens die polnische Bevölkerung eindeutig bevorzugte[25].

Die britische Regierung hatte sich von einem fairen Plebiszit eine Entscheidung zugunsten Deutschlands versprochen. Doch wurde die Aussicht auf eine in ihrem Sinne faire und unangreifbare, nicht präjudizierte Volksabstimmung durch die offene Parteilichkeit der französischen Vertreter in Oberschlesien gefährdet. Im September 1920 traten vier britische Offiziere der Oberschlesienkommission demonstrativ zurück. Mit diesem Schritt wollten sie auf die Unfähigkeit der Kommission hinweisen, Unparteilichkeit im Plebiszitgebiet zu üben[26]. Vorausgegangen war im

---

[20] DBFP VI, No. 39, Anm. 4; DBFP I, No. 39, 40, 43, 51 App. D Dok. 1, 36, 38; DBFP VI, No. 172; Lloyd George Papers (zit.: LGP) F 89/4/14.

[21] DBFP I, No. 18, 31; DBFP II, No. 78; Wambough, Plebiscites, S. 219.

[22] Wambough, ebenda.

[23] Wandycz, France, S. 213.

[24] Wambough, a. a. O., S. 221–223.

[25] Wambough, a. a. O., S. 225–239.

[26] Britische Kabinettsprotokolle (künftig zit. Cab.), 23/23/50.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

August 1920 ein erster polnischer Aufstand, der nach einem Aufruf Korfantys an die polnische Bevölkerung, sich gegen deutsche Übergriffe zu verteidigen, ausgebrochen war. Die französischen Besatzungstruppen hatten nicht gegen die Polen eingegriffen[27].

Nach diesen Ereignissen forderte Lloyd George den französischen Ministerpräsidenten Leygues anläßlich eines Treffens Ende November 1920 dazu auf, den französischen Vorsitzenden der Oberschlesienkommission, General Le Rond, nachdrücklich daran zu erinnern, daß die Kommission bei der Volksabstimmung äußerste Unparteilichkeit zu bewahren habe. Lloyd George wiederholte bei dieser Gelegenheit die britische Auffassung, daß eine Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland zu einer beträchtlichen Einbuße an Reparationen für die Alliierten führen müsse[28]. Lloyd George mochte hoffen, daß dieser Hinweis angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Krise, in der sich Frankreich Ende des Jahres 1920 befand, nicht ohne Rückwirkungen auf die französische Oberschlesienpolitik bleiben würde[29]. Doch änderte sich an der französischen Haltung nichts, so daß sich am 30. Dezember 1920 sogar das britische Kabinett veranlaßt sah, über die allzu polenfreundliche Einstellung der Vertreter Frankreichs in der Oberschlesienkommission zu beraten. Anlaß war ihre Weigerung, auf britischen Antrag hin Korfanty auszuweisen, der trotz eines generellen Verbots offen für die polnischen Interessen in Oberschlesien agitierte[30]. Wegen dieser polnischen, von Frankreich zumindest gedeckten Umtriebe sah die britische Regierung ihre Hoffnungen auf ein für Deutschland positives Ergebnis des Plebiszits gefährdet und wurde in ihrer Befürchtung bestärkt, daß Oberschlesien ein Krisenherd Europas bleiben könnte, falls eine faire Lösung verhindert würde[31].

Je näher das Datum des Plebiszits heranrückte, desto aktiver wurde die britische Regierung. Im Januar 1921 veranlaßte sie die Botschafterkonferenz, sich mit dem Fall Korfanty zu befassen, und forderte erneut seine Ausweisung. Sie konnte sich jedoch nicht durchsetzen, da sich die Botschafterkonferenz bei ihrer Entscheidung auf einen Bericht der von Frankreich dominierten Oberschlesienkommission und auf eine zusätzliche Note von Le Rond stützte. In beiden Dokumenten wurde übereinstimmend festgestellt, die Fakten rechtfertigten eine Ausweisung Korfantys nicht[32], obwohl an seiner illegalen Aktivität kein Zweifel mehr bestehen konnte[33].

In der Absicht, zu einem fairen Plebiszit beizutragen, beschloß die britische Regierung am 30. Dezember 1920, vier Bataillone in das Abstimmungsgebiet zu entsen-

---

[27] Wambough, Plebiscites, S. 236f.; Korfanty war Leiter des polnischen Plebiszitkommissariats und der polnischen Propaganda.

[28] Cab 23/23/70; DBFP VIII, No. 96.

[29] Bonnefous, Troisième République III, S. 191.

[30] Cab 23/23/80.

[31] Bemerkungen Curzons und Waterlows vom 1. Januar 1921, FO 371/6886, S. 160, 176.

[32] FO 371/5886, S. 163, 176, 198.

[33] Wambough, Plebiscites, S. 242, 262.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den[34]. Damit zog sie die Konsequenz aus der Einsicht, daß der britischen Oberschlesienpolitik große Nachteile gegenüber der französischen erwachsen waren, weil sie sich während des Jahres 1920 in diesem Gebiet nicht militärisch engagiert hatte. Die Entscheidung wurde der Botschafterkonferenz Anfang Februar 1921 mitgeteilt und von Percival, dem Leiter der britischen Oberschlesiendelegation, besonders aber auch von der Reichsregierung begrüßt. Percival hatte bereits seine Befürchtungen über den Ausbruch von Unruhen nach London gemeldet, nachdem polnische Truppenverstärkungen entlang der polnisch-schlesischen Grenze beobachtet worden waren. Damit bestätigte er deutsche Berichte, denen zuvor im Foreign Office kein Glaube geschenkt worden war. In ihnen wurde die Vermutung geäußert, daß Polen versuchen könnte, das Plebiszit durch einen Aufstand zu vereiteln. Die britischen Truppen wurden Anfang März nach Oberschlesien entsandt und die Abstimmung fand am 20. März in einer Atmosphäre politischer Ruhe statt. Dieser Erfolg war der Präsenz britischer Truppen in Oberschlesien zu verdanken, wie die späteren Ereignisse bestätigten[35].

Vor Beginn des Plebiszits war noch zu regeln, wo und wann die Wahlberechtigten mit Wohnsitz außerhalb Oberschlesiens abstimmen sollten. Die Botschafterkonferenz hatte am 25. November 1920 beschlossen, diese Wählergruppe solle ihre Stimme im Besatzungsgebiet am Rhein abgeben, eine Regelung, die vor allem von Frankreich gewünscht wurde. Doch entschloß sich das Foreign Office, die Frage noch einmal vor der Botschafterkonferenz aufzurollen, als sich bei ihm die Zweifel an der Neutralität des französischen Verhaltens mehrten. Die Berliner Regierung lehnte eine separate Abstimmung ab und auch Percival empfahl eine gleichzeitige Abstimmung aller Wähler in Oberschlesien. Das Foreign Office wollte die Schwierigkeiten vermeiden, die vorauszusehen waren, wenn das Verhältnis der Stimmen der Einwohner erheblich durch vielleicht überwiegend für Deutschland abgegebene Stimmen der abstimmungsberechtigten Nichteinwohner relativiert würde. Da aber das Gewicht der Stimmen der Nichteinwohner bei einer separaten Abstimmung leicht festzustellen gewesen wäre, setzte sich das Foreign Office erfolgreich für eine gemeinsame Stimmabgabe aller Stimmberechtigten in Oberschlesien ein[36].

Der Ausgang der Abstimmung selbst blieb bis zuletzt ungewiß. Das Ergebnis wurde nach der Bekanntgabe am 20. März vom britischen Kabinett und vom Foreign Office lebhaft begrüßt. Die britische Regierung betrachtete den Ausgang des Plebiszits als Bestätigung der britischen Revisionsforderung auf der Friedenskonferenz. Sie gelangte zu der Ansicht, das Ergebnis rechtfertige die Entscheidung, das gesamte Gebiet Oberschlesiens bei Deutschland zu belassen. Außenminister Curzon wurde angewiesen, den britischen Botschafter in Paris, Lord Hardinge, und Percival in diesem Sinne vertraulich zu instruieren. Die britische Regierung rechnete dabei auf italienische Unterstützung. Da für Anfang Mai 1921 entscheidende Reparations-

---

[34] Cab 23/23/80.
[35] FO 371/5888, S. 3, 30, 131f., 98; FO 371/5889, S. 165.
[36] FO 371/5888, S. 46, 94; FO 371/586, S. 176, 178; FO 371/5889, S. 25ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verhandlungen mit Deutschland bevorstanden, drängte Curzon zudem auf die möglichst schnelle Fertigstellung eines einstimmigen Berichtes der Plebiszitkommission über den zukünftigen Verlauf der Grenzen[37]. Auch nach Meinung der Reichsregierung war, da die Volksabstimmung in Oberschlesien für Deutschland positiv verlaufen war, Oberschlesien als wirtschaftliche Einheit zu betrachten und daher unteilbar[38].

Bereits auf der letzten Londoner Konferenz im März 1921 hatte die deutsche Regierung die Höhe ihrer Reparationsangebote von einer positiven Entscheidung in der Oberschlesienfrage abhängig gemacht. Lloyd George mußte eine solche Bedingung, die politisch-taktisch zwar unklug war, weil die französische Regierung darauf nie würde eingehen können, die aber ihre wirtschaftliche Berechtigung hatte, im Namen der Alliierten als nicht mit dem Versailler Vertrag vereinbar zurückweisen. In einem Gespräch am 7. März machte er aber Briand nachdrücklich darauf aufmerksam, wie widersprüchlich die alliierte Politik im Hinblick auf Oberschlesien sei, wenn sie sowohl auf hohe Reparationszahlungen als auch auf eine Abtrennung dieses wichtigen Industriegebietes abziele[39]. Damit wies Lloyd George Briand auf die Alternativen hin, die der französischen Politik offenstanden. Sie könne entweder die für das französische Budget wichtigen Reparationszahlungen erhalten oder durch ihre Unterstützung der polnischen Ziele ihre eigenen Sicherheitsinteressen fördern[40].

Der britische Wunsch, Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland zu lassen, stieß sofort auf unüberwindlichen französischen Widerstand, so daß sich die britische Regierung notgedrungen auf den Kompromiß einer Teilung einrichtete. Die Plebiszitkommission erhielt den Auftrag, bis Ende April 1921 einen Vorschlag über die Grenzziehung vorzulegen. Es gelang ihr jedoch bis dahin nicht, sich auf eine gemeinsame Grenzlinie in Oberschlesien zu einigen. Le Rond schlug vor, die südlichen, eindeutig von einer polnischen Majorität bewohnten Kreise Pless und Rybnik zusammen mit dem entscheidenden Industriegebiet Polen zu übertragen. Er begründete seinen Plan damit, daß man die Städte des Industriegebietes nicht aus dem von einer polnischen Majorität bewohnten Gebiet herauslösen könne, auch wenn sie eine deutsche Majorität besaßen. Der italienische Vertreter de Marinis legte einen Kompromißvorschlag vor, der ebenfalls eine Teilung Oberschlesiens vorsah, bei der aber nur Pless und Rybnik an Polen, das Industriegebiet zusammen mit den nördlichen und westlichen Abstimmungsdistrikten an Deutschland fallen sollten. Die

---

[37] Wambough, Plebiscites, S. 247; Cab 23/24/14 vom 22. März 1921; Instruktionen Curzons, FO 371/5892, S. 48–51 (DBFP XVI, No. 1); 371/5891, S. 2. 16f.

[38] Ernst Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth, 1921–1922 (Historische Studien, Heft 402), Hamburg/Lübeck 1968, S. 20.

[39] Cab 29/91/ICP 168, S. 174, D. App. und ICP 176 vom 7. März 1921; FO 371/5895, S. 134; gemeinsamer Antrag Lloyd Georges und Briands an die Plebiszitkommission vom 24. April 1921, den Bericht bis zum 29. d.M. nach London zu senden in FO 371/5896, S. 201 (DBFP XVI, No. 23); Die Konferenzprotokolle für 1921 sind in DBFP XV veröffentlicht und unter der hier angegebenen ICP-Nummer zu finden.

[40] Bonnefous, Troisième Republique, III, S. 242.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

britische Regierung hielt diesen Vorschlag für fair und unterstützte ihn auch deshalb, weil sie durch eine gemeinsame Politik mit der italienischen Regierung die Chancen für eine Entscheidung zugunsten des Verbleibens des Industriegebietes bei Deutschland zu erhöhen hoffte. Aus den beiden Berichten, dem von Percival – de Marinis und dem von Le Rond kristallisierte sich deutlich als politischer Kern der Differenzen das Schicksal des Industriegebietes heraus[41].

Obwohl sich das Foreign Office nach den ersten Auseinandersetzungen in der Plebiszitkommission mit dem Gedanken befreundete, daß sich die Alliierten auf eine Teilung Oberschlesiens würden einigen müssen, betrachtete es das Industriegebiet als wirtschaftliche Einheit und darum als unteilbar. Wegen der deutschen Majorität in den bevölkerungsreichen Industriezentren gehörte es nach britischer Auffassung eindeutig zu Deutschland[42]. Diese Kontroverse offenbart die grundlegenden Differenzen zwischen der britischen und der französischen Politik in Oberschlesien. Die Argumente, mit denen sie ausgetragen wurde, änderten sich bis zur Londoner Konferenz im August 1921 nicht wesentlich.

Auf Drängen General Wilsons waren die britischen Truppen im April 1921 aus Oberschlesien wieder abgezogen worden, weil wegen des drohenden Streiks dreier Gewerkschaften eine nationale Krise in Großbritannien befürchtet wurde[43]. Diesen Umstand nutzten die Aufständischen aus, um ein fait accompli zu schaffen[44], als Gerüchte über den Inhalt des Berichtes von Percival und de Marinis auftauchten. In den ersten Maitagen 1921 trafen in London Berichte der britischen Vertreter in Oberschlesien über einen wohlorganisierten zweiten polnischen Aufstand unter Führung Korfantys ein, für den der Rückzug der britischen Truppen im April das Signal gewesen sei. Sie bezeichneten eine, wenn auch nur indirekte französische Beteiligung als naheliegend und eine Unterstützung des Aufstandes durch die polnische Regierung als erwiesen. Die Ablösung Le Ronds, dem die Verantwortung zugeschrieben wurde, erschien dem Foreign Office nun als unabdingbare Voraussetzung für eine faire Regelung der Oberschlesienfrage[45]. Der Aufstand schuf eine neue Lage,

---

[41] FO 371/5892, S.135, 137 (DBFP XVI, No. 6), 24f. (DBFP XVI, No.13) FO 371/5896, S.142 (DBFP XVI, No. 25).

[42] Vgl. Memorandum Curzon für Botschafter Harvey vom 19. Mai 1921, FO 371/5902, S.123.

[43] C.E. Callwell, Field Marshall Sir Henry Wilson, Band II, London 1927, S. 283; FO 371/5892, S. 208f. (DBFP XVI, No.11).

[44] Wambough, Plebiscites, S. 253.

[45] FO 371/5896, S.153, (DBFP XVI, No. 27); FO 5897, S.187, 25 (DBFP XVI, No. 31); Memorandum Waterlows über Oberschlesien vom 9. Mai in 5899, S.183ff.: „In this connection General Le Rond's personal responsibility in the outbreak, by his consistent support of Corfanty, cannot be ignored." und „The complicity, passive if not active, of the Polish Government is now quite clear." Wandycz, France, S. 213, schreibt in einer Anmerkung No.12: „As early as March 1920 the French inquired if in a case of emergency Polish divisions would support Le Rond in Upper Silesia." Diese Anfrage geschah gemäß Wandycz aus Furcht vor britischer Duldung deutscher Aktionen in Oberschlesien; diese Furcht hatte auch zum Abschluß der französisch-polnischen Allianz vom Februar 1921 beigetragen. Im Zusammenhang mit den britischen Dokumenten über den Oberschlesienkonflikt gewinnt das Zitat Wandyczs

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der Großbritannien als Garantiemacht des Friedensvertrages auf den Plan gerufen wurde.

Nachdem die Streikgefahr in England vorüber war, verlangte Percival, unterstützt vom Foreign Office, die sofortige Rücksendung der britischen Truppen. Er war überzeugt, daß Großbritannien durch seine militärische Präsenz ein weit größeres Gewicht bei der kommenden Entscheidung über Oberschlesien in die Waagschale werfen könnte. Gleichzeitig forderte das Foreign Office die französische Regierung nachdrücklich auf, Deutschland durch seine Politik nicht zu veranlassen, das am 11. Mai auslaufende Londoner Ultimatum im letzten Augenblick noch abzulehnen. Bis zur Londoner Konferenz vom Mai 1921 war die britische Regierung dem französischen Drängen zur Besetzung des Ruhrgebietes erfolgreich begegnet. Jetzt aber befürchtete sie, daß ihre Bemühungen noch vereitelt werden könnten, weil sich die deutsche Regierung aus innenpolitischen Gründen nicht in der Lage sehen könnte, das Ultimatum anzunehmen, solange die Alliierten in Oberschlesien einen glatten Bruch des Friedensvertrages durch Polen duldeten. Eine Ablehnung des Londoner Ultimatums mußte aber zu einer französischen Besetzung der Ruhr führen[46].

Noch vor dem Eintreffen des Londoner Ultimatums vom 5. Mai 1921 war die Regierung Fehrenbach in Berlin zurückgetreten. Bei den Verhandlungen der Parteien über die Bildung einer neuen Regierung und die Frage der Annahme oder Ablehnung des Ultimatums spielte der Aufstand in Oberschlesien und die Haltung der französischen Regierung eine entscheidende Rolle[47]. Lehnte Deutschland das Ultimatum ab, so bestand die Gefahr, daß es gleichzeitig seine beiden großen Industriezentren verlor. Infolgedessen war ein verschärfter Konflikt mit der Entente vor allem in der Reparationsfrage zu erwarten. Diesen Gefahren wollte die Regierung Wirth durch Annahme des Ultimatums am 10. Mai begegnen. Durch diesen Schritt hoffte sie die britische Position gegenüber Frankreich zu stärken und sich der britischen Unterstützung in der schlesischen Frage zu versichern[48], zumal der britische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, während der Regierungskrise in Berlin zu verstehen geben durfte, daß Großbritannien die deutschen Interessen in Oberschlesien berücksichtigen werde und eine unparteiiiche Lösung anstrebe. Mit

---

ein gänzlich anderes Gewicht und weist darauf hin, daß Frankreich schon früh im Jahre 1920 Vorkehrungen für den Fall traf, daß das Plebiszit zu Ungunsten Polens ausfallen sollte.

[46] FO 371/5899, S. 45f., 72, 108f.; 118 (DBFP XVI, No. 55), Telegramm Hardinge's an Curzon vom 13. Mai, FO 371/5900, S. 243; Crowe zeigt sich als politischer Denker und taktisch kluger Verfechter der Idee einer raschen Entsendung britischer Truppen nach Oberschlesien. Obwohl sich Curzon schon dagegen ausgesprochen hatte, brachte Crowe diese Frage noch einmal, erfolgreich zur Sprache. „It is difficult to resist the impression that H.M.G. will remain powerless to make their voice heard so long as they fail to send troops", S. 72; Nach seiner Ansicht hat eine Truppenentsendung einen zweiten Vorteil. Indem sie Deutschland vor Eingriffen zurückhält, entzieht sie Frankreich damit einen Vorwand zur Besetzung der Ruhr. Aber nur die Autorität des Premiers könne den Widerstand des War Office brechen, das bisher nicht zugestimmt hatte. FO 371/5900, S. 284; FO 371/5898, S. 121.

[47] Laubach, Wirth, S. 19f.

[48] Laubach, Wirth, S. 21f.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieser Erklärung verfolgte die britische Regierung das Ziel, Deutschland zur Annahme des Ultimatums zu ermuntern[49].

Eine sofortige Besetzung der Ruhr drohte Briand aber auch für den Fall an, daß Deutschland zur Selbsthilfe greifen und deutsche Truppen nach Oberschlesien einschleusen sollte, was Fehrenbach angedeutet hatte. Die britische Regierung hatte Paris jedoch gewarnt, daß sie die deutsche Regierung nicht länger von Gegenmaßnahmen zurückhalten könne, sollte es weiterhin aktive Sympathie mit den Aufständischen zeigen. Lloyd George begab sich ins Unterhaus, um eine warnende Rede an die polnische und französische Adresse zu halten. In diesen Tagen erschien der Ausbruch eines polnisch-deutschen Krieges als konkrete Gefahr, sollte es den alliierten Truppen nicht gelingen, die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen. Angesichts dieser Zuspitzung der Lage war die britische Regierung entschlossen, sich mit der französischen Regierung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt am Verhandlungstisch des Supreme Council zu treffen[50]. Die britische Regierung hielt es für aussichtslos, diesen machtpolitischen Interessenkonflikt durch untergeordnete Instanzen lösen zu wollen. Dennoch liefen auch in diesen Gremien die diplomatischen Verhandlungen fort.

Im Sommer 1921 waren die britisch-französischen Beziehungen infolge des gleichzeitigen Interessenkonflikts in der Reparations- und in der Sanktionspolitik sowie in der Oberschlesienfrage der härtesten Belastungsprobe vor dem französischen Ruhreinmarsch im Januar 1923 ausgesetzt. Hinzu traten noch schon seit Monaten schwelende Spannungen in der Nahostfrage[51]. Die Belastungsprobe mußte zeigen, ob das Bündnis die tiefgreifenden Divergenzen in der Europapolitik der beiden Länder noch würde überbrücken können, oder ob ein offener Bruch unvermeidlich war, obwohl er von keiner Seite gewünscht wurde. Briand war an der Aufrechterhaltung der Allianz zur Regelung der europäischen Fragen gelegen, auch wenn er mit seiner Oberschlesienpolitik der im Februar 1921 geschlossenen polnisch-französischen Allianz treu bleiben wollte[52]. Für Großbritannien stand in dieser Lage nichts weniger als die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Europa auf dem Spiel, das zerstört wurde, wenn sich die französische Regierung mit ihrem Bestreben durchsetzte, Deutschland um seine beiden wichtigsten Industriezentren in Oberschlesien und an der Ruhr zu reduzieren.

Das erklärte Ziel der britischen Politik war, Deutschlands wirtschaftliches Potential nicht weiter als durch den Friedensvertrag schon geschehen, zu verringern, und aus diesem Grunde das oberschlesische Industriegebiet für die deutsche Wirtschaft zu retten. In den Augen der britischen Politiker bestand eine enge Beziehung zwischen der wirtschaftlichen Lage Europas und Deutschlands einerseits und der

---

[49] Viscount D'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende, Memoiren, Bd. I, Leipzig 1928, S. 190f.

[50] Cab 23/23/36 und 37 vom 10. Mai 1921, HoC, Debates, Bd. 141, S. 2382ff.; Laubach, Wirth, S. 21; FO 371/5899, S. 118f. (DBFP XVI, No. 55).

[51] Northedge, Giant, S. 145f.; Schulz, Friedensschlüsse, S. 253.

[52] Bonnefous, Troisieme Republique III, S. 242.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reparations- und Oberschlesienfrage andererseits. Sie waren der Überzeugung, daß eine Gesundung der europäischen Wirtschaft wesentlich von einer wirtschaftlich praktikablen Regelung der Reparationsfrage abhinge und daß das oberschlesische Industriepotential in deutschen Händen weitaus besser für dieses Ziel genutzt werden könne als in polnischen Händen[53]. Großbritannien verlangte wie Frankreich die Durchführung des Friedensvertrages, war aber im Gegensatz zu diesem bereit, Deutschland zuzugestehen, die Vertragsbestimmungen auch zu seinen Gunsten auszulegen. Die britische Ausgleichspolitik diente in diesen Monaten dazu, die französische Regierung auf den Boden des Friedensvertrages zurückzuholen, den sie im Interesse einer falsch verstandenen Sicherheitspolitik zu verlassen drohte. Dahinter stand die Einsicht, daß die Alliierten Deutschland auf die Dauer nicht würden kontrollieren können. Infolgedessen könnten sie es sich auch nicht leisten, unter Umgehung des Versailler Vertrages unfaire Lösungen zu erzwingen, die von Deutschland in Zukunft nicht anerkannt würden. Die britische Regierung warnte davor, Deutschland zur Erfüllung von Bestimmungen zu zwingen, die von ihren alliierten Vertragspartnern schon gebrochen worden seien[54].

Unterdessen entfaltete das Foreign Office eine eifrige planende und diplomatische Tätigkeit[55]. Es setzte sich für die Wiederherstellung der Ruhe in Oberschlesien ein und für die sofortige Entsendung wenigstens eines britischen Bataillons. Es drängte auf eine beschleunigte Entscheidung der Plebiszitkommission über den künftigen Grenzverlauf. Es bemühte sich um eine Zusammenkunft des Supreme Council und versuchte sich vor der Konferenz mit der italienischen Regierung auf eine gemeinsame politische Linie abzustimmen. Um seine eigene Position zu stärken, versuchte es schließlich noch, die USA in die politischen Verhandlungen einzuschalten. Deutschland mußte vor überstürzten Maßnahmen zurückgehalten werden, die der Regierung in Paris als Vorwand für die Besetzung der Ruhr hätten dienen können. Paris wurde gewarnt, daß es aus keinem anderen Grunde als dem einer deutschen Ablehnung des Ultimatums das Recht habe, das Ruhrgebiet zu besetzen. Doch die Annahme des Ultimatums durch die deutsche Regierung entschärfte die zugespitzte politische Lage schon bald[56].

---

[53] Vgl. Jordan, Britain, S. 47.

[54] D'Abernon, Botschafter, I, S. 208, berichtet über ein Gespräch mit Lloyd George über die Oberschlesienfrage, in dessen Verlauf auch die Frage einer britischen Sicherheitsgarantie an Frankreich wieder aufgeworfen wurde. FO 371/5900, S. 245; vgl. Memorandum Ottley vom 25. Juli 1921 über die britisch-französischen Differenzen in der Oberschlesienfrage, FO 371/5917, S. 115f. (DBFP XVI, No. 236). Darin führt er aus: „The French policy ... is the retention of Germany in a position of thraldom. To this effect it is necessary,

(1) To deprive her of her remaining sources of recuperative power, such as Silesia and the Ruhr Valley.

(2) To strengthen and enrich Poland as a potential ally in the policy of repression.

(3) To engender in Germany a truculent attitude which shall serve as an excuse for these measures."

[55] FO 371/5900, S. 245ff., S. 72ff., Kommentare der Beamten des F. O.

[56] FO 371/5897, S. 187f.; FO 371/5898, S. 121, 9f.; 5900, S. 245ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weil die Plebiszitkommission nach dem Aufstand zunächst nicht mehr arbeitsfähig war, bemühte sich das Foreign Office seit Anfang Mai vergeblich, mit der französischen Regierung zu einem zweiseitigen Ausgleich über Oberschlesien zu gelangen. Seine Vorschläge gingen von der Annahme aus, daß die Regelung der rein politischen Streitfrage um den Verbleib des Industriegebietes noch längere Zeit in Anspruch nehmen würde, da sich für beide Lösungen Abstimmungsmajoritäten konstruieren ließen. Um die Möglichkeiten einer Manipulation dieser Art zu reduzieren schlug es vor, die eindeutig aufgrund des Plebiszits Polen bzw. Deutschland zuzusprechenden Gebiete Oberschlesiens sofort zu übergeben. Durch diese Maßnahme hoffte es, zur Entspannung der Lage in Oberschlesien beitragen zu können, indem es das rein politische Problem eindeutig auf das fest umgrenzte Industriegebiet beschränkte. Doch die französische Regierung lehnte diesen Vorschlag ab[57].

In Londoner Regierungskreisen kam dann eine Korridoridee für Oberschlesien ins Gespräch. Das Foreign Office wollte das Industriegebiet weiterhin ungeteilt bei Deutschland belassen, der französischen Regierung jedoch auf halbem Wege entgegenkommen, indem es die umliegenden ländlichen Gebiete Polen zuwies. Damit aber diese Regelung durchführbar wurde, mußte ein schmaler Korridor geschaffen werden, der das Industriegebiet mit Deutschland verband[58]. Dieser Gedanke kehrte in Variationen auf der Pariser Konferenz vom August 1921 wieder.

Ab Mitte Mai 1921 mußte sich das Foreign Office darauf einstellen, daß weder Briand noch Lloyd George zu Zugeständnissen in der Frage des umstrittenen Industriegebietes bereit waren[59]. In dieser Situation bemühte es sich um die diplomatische Unterstützung der USA für den britischen Standpunkt. Da die Ruhe in Oberschlesien zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder hergestellt worden war, wurde die amerikanische Regierung, die seit der Londoner Maikonferenz wieder Beobachter in einige der Kontrollkommissionen entsandt hatte, gebeten, ihren Einfluß geltend zu machen, um die französische Regierung von einem Ruhrabenteuer zurückzuhalten und die polnische Regierung vor weiteren Aktionen in Oberschlesien zu warnen[60].

In einem umfangreichen Memorandum für den amerikanischen Botschafter in London legte Curzon die gegensätzlichen Positionen der französischen und der bri-

---

[57] FO 371/5897, S. 39f. (DBFP XVI, No. 36); 5898, S. 121, 9f.

[58] Memorandum Waterlows vom 4. Mai über die Vorschläge der Plebiszitkommission und Kommentare der Beamten des Foreign Office, FO 371/5899, S. 11ff.; eine Darstellung über den Verlauf des Aufstandes findet sich bei Wambough, Plebiscites, S. 253ff.; die Politik der Regierung Wirth in der Oberschlesienfrage wird dargestellt bei Laubach, Wirth, S. 50ff.

[59] FO 371/5899, S. 118 (DBFP XVI, No. 55); FO 371/5902, S. 212 (DBFP XVI, No. 66).

[60] Kommentare Waterlows, Crowes, Curzons, FO 371/5900, S. 245ff. Waterlow: „On the one hand, it is a cardinal point of French policy that under no circumstances is the main industrial area to be given to Germany." Es ist unwahrscheinlich, daß Briand diesen Punkt aufgibt „for M Briand cannot, if he would: if he does, he must fall, especially after his disappointments on the Rhine". „On the other hand . . . the economic importance of giving the industrial area to Germany, should the treaty allow it, appears to be among the ideas that are ineradicably fixed in the mind of the Prime Minister."

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tischen Politik dar. Er zeigte, welcher Manipulationen sich die französische Regierung bediente, um das Industriegebiet Polen zuzuweisen, und bezeichnete den britischen Vorschlag, es nicht von Deutschland abzutrennen, als die bei weitem fairste Lösung. Curzon betonte, daß sich Paris und London darin einig seien, daß das Industriegebiet unteilbar sei. Die französische Regierung bestehe jedoch darauf, daß nach dem Gemeindeprinzip entschieden werde, während die britische Regierung sowohl die Größe der Gemeinden, das Verhältnis von Majorität und Minorität im gesamten umstrittenen Gebiet als auch wirtschaftliche und geographische Faktoren als Kriterien der Entscheidung weit stärker heranziehen wolle[61].

Um den toten Punkt in den Verhandlungen über Oberschlesien zu überwinden, ergriff das Foreign Office die Initiative zur Einberufung eines Treffens des Supreme Council, auf dem die Entscheidung über die Aufteilung des Plebiszitgebietes gefällt werden sollte. In der Absicht, der britischen Regierung eine gute Ausgangsposition zu verschaffen, bemühte sich das Foreign Office, die italienische Regierung vor dem Treffen definitiv auf die britische Seite zu ziehen. Der japanische Vertreter, so hoffte es, würde wie üblich mit der Majorität stimmen. Die belgische Regierung hatte den Wunsch geäußert, ebenfalls hinzugezogen zu werden. Doch das Foreign Office lehnte ihre Beteiligung deshalb ab, weil sie voraussichtlich mit Frankreich stimmen würde. Die Ablehnung konnte damit begründet werden, daß Belgien an einer Entscheidung in der Oberschlesienfrage nicht beteiligt sei und infolgedessen zu ihrer Beratung im Supreme Council nicht hinzugezogen zu werden brauchte. Aber an die USA ging eine Einladung hinaus[62].

Während das Foreign Office die Wege für eine Regelung der Oberschlesienfrage zu ebnen bemüht war, fand gleichzeitig ein Notenwechsel zwischen den Regierungschefs Frankreichs und Englands statt. Briand wies frühere britische Vorwürfe, daß seine Regierung den Aufstand zumindest passiv unterstützt habe, zurück, und versuchte Deutschland zu belasten. Lloyd George antwortete mit dem Hinweis, daß der Aufstand sorgfältig vorbereitet gewesen sei. Die französischen Truppen hätten keine Anstalten gemacht, ihn zu unterdrücken. Aus diesem Grunde sei die Bildung eines deutschen Selbstschutzes gerechtfertigt[63]. Das britische Kabinett beschloß schließlich, Ende Mai 1921, britische Truppen nach Oberschlesien zurückzusenden[64]. Sie sollten nicht nur zur Beruhigung der Lage beitragen, sondern auch bei der gewünschten Entscheidung im Supreme Council als Machtfaktor ins Gewicht fallen. Aber die britischen Vorschläge zur Einberufung des Supreme Council wurden von Paris mit Gegenvorschlägen beantwortet, die eine unverhohlene Verzögerungstaktik darstellten. Sie sahen die Einsetzung einer neuen interalliierten zivilen Kommission vor, die die Vorschläge der Plebiszitkommission zunächst einmal in Paris beraten

[61] Memorandum Curzons für Botschafter Harvey vom 19. Mai 1921, FO 371/5902, S. 123.

[62] FO 371/5900, S. 230f. (DBFP XVI, No. 71), 234, 236 (DBFP XVI, No. 79); FO 371/5901, S. 108, 111, 116.

[63] FO 371/5902, S. 161 (DBFP XVI, No. 93), Memorandum Curzons an Briand vom 20. Mai auf Memorandum Briands an Lloyd George vom 14. Mai, S. 212 (DBFP XVI, No. 66).

[64] Cab 23/25/40.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte. Das Treffen des Supreme Council sollte bis zur Beruhigung der Lage in Oberschlesien verschoben werden. Lediglich in dem einen Punkte, daß die Aufstände in Oberschlesien möglichst schnell beendet werden sollten, waren sich die beiden Regierungen einig[65].

Der französische Vorschlag einer neuen Expertenkommission wurde im britischen Kabinett abgelehnt, weil er keine Ergebnisse versprach. Diese würden im Gegenteil noch hinausgezögert, solange die politische Entscheidung in der Oberschlesienfrage nicht auf Regierungsebene vorbereitet würde. Die britische Regierung erkannte jedoch, daß es Briand kaum würde wagen können, in dem gegenwärtigen politischen Klima Frankreichs vor der Vertagung der Kammer das heißumstrittene Thema Oberschlesien auf einer alliierten Konferenz zu beraten. Daher wurde im Kabinett bereits am 25. Mai der Gedanke in die Debatte geworfen, die Frage einem Schiedsgericht zu überweisen, sollte sich eine politische Entscheidung durch das Supreme Council als undurchführbar erweisen. Auf der Suche nach Möglichkeiten eines Kompromisses mit Frankreich begann man sich im Foreign Office jetzt sogar zu fragen, ob das Industriegebiet nicht vielleicht doch teilbar sei[66].

Diese interne britische Diskussion zeigt, wie wenig die britische Regierung an einer Gefährdung der Allianz mit Frankreich interessiert war. Sie versprach sich einen in ihrem Sinne positiven Ausgang der Streitfrage entweder durch eine Entscheidung des Supreme Council oder durch ein Schiedsverfahren, solange dabei die Bestimmungen des Versailler Vertrages respektiert würden. Deshalb bemühte sie sich, sowohl Frankreich und Polen als auch Deutschland von weiteren Aktionen in Oberschlesien zurückzuhalten. Im Rahmen dieser Politik richtete das Foreign Office eine Warnung an Briand, sich der Gefahr eines Bruches der Allianz bewußt zu sein, sollte Paris die Lage in Oberschlesien als Vorwand zur Ruhrbesetzung ausnutzen[67]. Ende Mai beschlossen Lloyd George und Curzon, frühere Vorschläge Briands zur Verbesserung des Verhandlungsklimas zu nutzen. Sie erklärten sich mit der Einsetzung einer Expertenkommission durchaus einverstanden, unter der Bedingung, daß sie durch das Supreme Council sanktioniert würde und die Sachlage nicht in Paris, sondern an Ort und Stelle studierte[68].

Nach dem polnischen Aufstand hatte sich auch die deutsche Bevölkerung nicht untätig verhalten. Sogar die Plebiszitkommission hatte Schritte zur Aufstellung einer deutschen Gendarmerie unternommen. Neben von den Briten gebilligten örtlichen Selbstschutzverbänden tauchten jedoch auch irreguläre deutsche Truppen in Oberschlesien auf, deren Anwesenheit die französische Regierung als Vorwand zum Ruhreinmarsch zu benutzen suchte[69]. Das Foreign Office äußerte sich befriedigt über die

[65] Cab 23/25/42; FO 371/5904, S. 81f.; 5903, S. 42, 198; 5906, S. 174 (DBFP XVI, No. 139).

[66] Cab 23/25/42; FO 371/5904, S. 83.

[67] FO 371/5906, S. 122 (DBFP XVI, No. 125) ... Eine Ruhrbesetzung „must indeed shake the Entente to its foundations".

[68] FO 371/5906, S. 211f. (DBFP XVI, No. 136); 5906, S. 174 (DBFP XVI, No. 139).

[69] Vgl. hierzu v. Rabenau, Seeckt, Leipzig 1940, S. 298ff.; Harold J. Gordon, Die Reichswehr 1919–1926, Frankfurt 1959, S. 224ff.; Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln 1964, S. 170.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gute Zusammenarbeit der deutschen Selbstschutzverbände unter General Höfer mit der Plebiszitkommission. Sie halfen bei der Wiederherstellung der Ruhe in Oberschlesien und unterschieden sich daher gänzlich von den polnischen Aufständischen. Die Erfolge der deutschen Truppen waren bald so groß, daß London, dem es nicht unlieb gewesen wäre, wenn sie die Aufständischen aus dem ganzen Industriegebiet vertrieben hätten, mit Rücksicht auf Paris in Berlin erfolgreich seinen Einfluß aufbieten mußte, um den Vormarsch zu stoppen. Während die britisch-deutsche militärische Zusammenarbeit in Oberschlesien unter der Plebiszitkommission gut funktionierte, sahen sich die Briten angesichts der Inaktivität der französischen Truppen gezwungen, ihre eigenen Truppen dem französischen Oberbefehl zu entziehen. Das geschah schließlich am 15. Juni 1921[70]. Die französische Regierung fühlte sich in der Oberschlesienfrage offensichtlich mehr an die Allianz mit Polen als an die mit England und kaum noch an die Bestimmungen des Friedensvertrages gebunden.

Die Einstellung des deutschen Vormarsches geschah im Rahmen eines von der Plebiszitkommission ausgearbeiteten Stufenplanes, demzufolge deutsche und polnische Truppen sukzessive hinter die jeweiligen Landesgrenzen zurückgezogen werden sollten, und statt dessen alliierte Truppen den Schutz der Bevölkerung garantierten. Das Foreign Office befürchtete ein Mißlingen dieses Planes, an den sich weder Le Rond noch Korfanty halten würden. Dennoch legte Sir Harold Stuart, der Percival Anfang Juni in der Plebiszitkommission abgelöst hatte, Deutschland die Annahme nahe. Nach weiteren zähen Verhandlungen zwischen den Parteien unterzeichneten Polen und Deutsche am 26. Juni ein Übereinkommen über einen beiderseitigen Rückzug, der bis zum 5. Juli beendet sein sollte[71]. Nach Zwischenberichten, in denen es hieß, daß Le Rond für die Polen aus der Übereinkunft noch Vorteile herauszuschlagen versuche und wiederholtem britischen Druck auf Frankreich, das Abkommen einzuhalten, meldete Stuart den am 5. Juli vollzogenen Rückzug der polnischen und deutschen Truppen[72]. Daraufhin drängte der Chef des britischen Generalstabes auf einen sofortigen Abzug der britischen Truppen aus Oberschlesien, weil die Autorität der Oberschlesienkommission wiederhergestellt sei. Doch das Foreign Office hielt es nach den Erfahrungen der letzten Monate für klüger, sie weiterhin bis nach der Entscheidung über die Grenzziehung in Oberschlesien zu stationieren, um Polen nicht wieder ein Faustpfand zu überlassen[73].

Die Entsendung britischer Truppen und das Eingreifen deutscher Truppen, die mit der Plebiszitkommission zusammenarbeiteten, hatten entscheidend dazu beigetragen, die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen. Die britische Regierung

---

[70] FO 371/5908, S. 190; 5909, S. 14; 5911, S. 32, 71; 5910, S. 126, 145, 31f. (DBFP XVI, No. 173); Cab 23/25/37 und 40; vgl. Laubach, Wirth, S. 50ff.; Wambough, Plebiscites, S. 255f.

[71] FO 371/5910, S. 161f.; FO 371/5911, S. 71f., 111; 5912, S. 262 (DBFP XVI, No. 198).

[72] Bericht Curzons über sein Gespräch mit Briand vom 19. Juni, FO 371/5912, S. 114f.; 5913, S. 102ff.; 5915, S. 178 (DBFP XVI, No. 214).

[73] General Wilson wollte über ausreichende Truppen im Falle der Verschärfung des Konfliktes mit Irland verfügen; Callwell, Wilson, S. 291; FO 371/5913, S. 31f. (DBFP XVI, No. 214).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte sich darum bemüht, die deutschen Freikorps im Oberschlesienkonflikt unter Kontrolle zu behalten und gleichzeitig die polnischen Aufständischen wieder aus dem Aufstandsgebiet herauszudrängen. Dadurch sollte der Weg zu einer allgemeinen Übereinkunft der Alliierten über Oberschlesien geebnet werden. Darum lief parallel zu der militärischen Initiative Englands eine politische, mit dem Ziel, Briand für eine Einberufung des Supreme Council mindestens noch im Juli und für die Entfernung Le Ronds aus der Oberschlesienkommission zu gewinnen. Nachdem Großbritannien mit Stuart einen Zivilisten an die Spitze seiner Delegation in der Plebiszitkommission gestellt hatte, konnte es Frankreich darauf hinweisen, daß Le Rond als General zur Entscheidung von Grenzfragen nicht geeignet sei[74].

Curzon entschloß sich, am 19. Juni persönlich mit Briand in Paris über diese Probleme zu sprechen, da die Verzögerungstaktik Frankreichs allzu offensichtlich und ein Hinausschieben der Entscheidung zu gefährlich schien[75]. Die Gespräche Curzons mit Briand verliefen erfolglos, denn Briand weigerte sich endgültig, Le Rond zu ersetzen, weil er das als einen untragbaren Prestigeverlust für Frankreich betrachtete. Auch über den britischen Alternativvorschlag, eine Expertenkommission auf ziviler Grundlage einzusetzen – ein weiterer Versuch, Le Rond loszuwerden – gelangte man zu keiner Einigung. Die Diskussion mündete dann in die seit Anfang Mai umstrittene Frage nach der polnisch-französischen oder deutschen Verantwortung für den Ausbruch der oberschlesischen Unruhen, die ebenfalls ergebnislos blieb. Briand drängte darauf, an die deutsche Regierung eine alliierte Note über das Verhalten der Selbstschutzverbände in Oberschlesien zu entsenden, doch erklärte sich Curzon wegen andersgearteter Informationen nicht in der Lage, sich einem solchen Schritt anzuschließen[76].

In den Verhandlungen gelang es Curzon zwar, Briand die prinzipielle Zusage zur Einberufung des Supreme Council für einen Zeitpunkt nach dem 10. Juli abzuringen, doch ließ sich Briand nicht auf einen bestimmten Termin festlegen. Curzon schnitt dann die Frage der Aufhebung der Märzsanktionen an. Die britische Regierung stand auf dem Standpunkt, daß die Sanktionen vom März 1921, die Besetzung dreier Städte auf dem rechten Rheinufer und die Errichtung einer Zollgrenze im Rheinland, mit der Annahme des Londoner Ultimatums ihre Berechtigung verloren hätten. Die deutsche Regierung drängte auf ihre Aufhebung, damit sie der Annahme des Ultimatums einen außenpolitischen Erfolg gegenüberstellen konnte; aber die französische Regierung widersetzte sich, weil eine Aufhebung der Märzsanktionen sie ihrer Pfänder gegen Deutschland beraubt hätte[77]. Die britische Regierung bemühte sich um ihre Aufhebung, um der deutschen Regierung ihre Anerkennung für ihr zurückhaltendes und besonnenes Verhalten während der Krise

---

[74] FO 371/5908, S. 192; 5912, S. 114f.

[75] LGP F 13/2/32, Lloyd George an Curzon, 16. Juni 1921.

[76] DBFP XV, No. 89, 90, Gespräche Briand–Curzon in Paris.

[77] DBFP XV, No. 89, 90; Laubach, Wirth, S. 46ff.; Bonnefous, Troisième République, III, S. 259; Cab 23/26/51, Kabinettsbericht Curzons, 21. Juni.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um Oberschlesien zu bezeugen; aber sie stieß mit ihrer Absicht auf den heftigsten Widerstand Briands[78].

Die Gespräche in Paris machten dem britischen Außenminister klar, daß Frankreich entschlossen war, in der Oberschlesienfrage seinen harten Kurs fortzusetzen. So stand die britische Regierung jetzt vor der Alternative, bei der Suche nach einer in ihrem Sinne fairen Lösung eine Auseinandersetzung mit Paris zu wagen, die auch zum Bruch der Allianz führen konnte, oder neue Kompromißmöglichkeiten zu erkunden. Deshalb empfahl Curzon in seinem Bericht vom 20. Juni an das Foreign Office, die Frage zu prüfen, ob eine Teilung des Industriegebietes einer offenen Auseinandersetzung mit Frankreich vorzuziehen sei[79]. Das Foreign Office begann also intern schon an Alternativlösungen zu denken, als die britische Regierung offiziell noch eine Teilung des Industriegebietes ablehnte. Die enge Zusammenarbeit zwischen Premierminister und Foreign Office in der Oberschlesienfrage ist bemerkenswert. Sie kennzeichnet die politische und wirtschaftliche Bedeutung, die die britische Regierung dem Ausgang dieser Krise beimaß. Botschafter Hardinge machte Lloyd George in einem Bericht vom 22. Juni aus Paris noch einmal auf die bekannten Motive der französischen Oberschlesienpolitik aufmerksam, die in der französischen Sicherheitskonzeption zu finden seien. Frankreich betrachte die Regelung in Oberschlesien aus diesem Grunde auch nicht vom Standpunkt des Rechtes oder der Gerechtigkeit, sondern als eine rein politische Frage. Konstantes Ziel der französischen Politik der Schwächung Deutschlands sei die Ruhrbesetzung. Im Grunde aber suche Frankreich nach der Stütze durch einen starken Alliierten. Da Hardinge glaubte, die sichere Bindung an eine starke Allianz werde Paris der Notwendigkeit massiver Maßnahmen gegenüber Deutschland entheben, riet er der britischen Regierung, den 1920 nicht in Kraft getretenen Garantievertrag mit Frankreich auch ohne die Beteiligung der USA zu ratifizieren[80].

Mit Hardinges Analyse mehrten sich im Sommer 1921, zur Zeit der scharfen britisch-französischen Auseinandersetzungen über ihre gemeinsame Europa- und Deutschlandpolitik, in britischen Regierungskreisen die Stimmen, die für den Abschluß einer Sicherheitsgarantie mit Frankreich plädierten. Dahinter stand die Absicht, Paris durch eine feste Bindung an die Allianz politisch zu zügeln.

Im Juli wurde das diplomatische Tauziehen um den Zusammentritt des Supreme Council fortgesetzt. Briand versuchte, das inzwischen auf den 24. Juli gelegte Treffen kurzfristig bis in den Herbst zu verschieben, zugleich aber weitere französische Truppen zur Verstärkung nach Oberschlesien zu entsenden. Diesem Entschluß, der noch nicht vom Supreme Council gebilligt worden war, widersetzte sich die britische Regierung energisch[81]. Da alle anderen Staaten, sogar Polen, auf eine schnelle

[78] DBFP XV, No. 90; FO 371/5912, S. 114f., Bericht über Curzons Gespräche mit Briand.

[79] FO 371/5912, S. 114f.

[80] LGP F 53/1/63; vgl. FO 371/5912, S. 114f.

[81] FO 371/5916, S. 154f.; S. 270 bemerkt Crowe, die französische Verzögerungstaktik sei „only too well calculated to provoke a reneval of disturbances which would inevitably be made the pretext for action in the Ruhr"; 5917, S. 91ff., 95 (DBFP XVI, No. 238 u. 239).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regelung drängten, vermutete das Foreign Office verborgene Motive hinter dem französischen Vorschlag. Zur Vermeidung französischer Truppenentsendungen, von denen es nur provokatorische Aktionen erwartete, erwog das Foreign Office zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts sogar weitere britische Truppen in Oberschlesien zu stationieren[82].

Um weiteren Truppenentsendungen überhaupt die Begründung zu entziehen, griff das Foreign Office einen früheren Vorschlag wieder auf. Es regte an, die aufgrund des Plebiszits eindeutig Deutschland und Polen zufallenden Gebiete sofort zu übergeben. Auf diesen diplomatischen Schachzug aus London antwortete die französische Regierung mit der überraschenden Zustimmung zu einer Sitzung des Supreme Council am 4. August, allerdings unter der Bedingung, daß die britische Regierung ihren Einspruch gegen eine französische Truppenentsendung aufgebe. Paris hatte inzwischen, ohne vorherige Unterrichtung der Alliierten, an die deutsche Regierung ein Durchmarschersuchen durch deutsches Territorium gerichtet. Berlin hatte aber seine Zustimmung dazu verweigert mit der von der britischen Regierung anerkannten Begründung, eine solche Aufforderung müsse im Namen aller drei Alliierten ergehen. Aber in der Absicht, der französischen Regierung entgegenzukommen, erklärte sich Curzon zu dem Kompromiß bereit, in Berlin die Aufgabe des Einspruchs zu erwirken, wenn Frankreich auf die Entsendung von Truppen verzichte und einem Treffen des Supreme Council endgültig zustimme. Curzon schloß sein Angebot an die Pariser Regierung mit der nachdrücklichen Drohung, daß es zu einem Bruch des Bündnisses mit England führen würde, sollte Frankreich das Einlenken Deutschlands zu seinem Vorteil ausnutzen. Daraufhin setzte die französische Regierung das Treffen der Alliierten für den 8. August fest. Im Botschafterrat lehnte sie erneut den britischen Vorschlag ab, die eindeutigen Plebiszitgebiete an die beiden Länder zu übergeben, obwohl sich auch die italienische Regierung dafür ausgesprochen hatte[83].

Bevor die französische Regierung einem Treffen des Supreme Council zustimmte, schien die britisch-französische Allianz noch einmal einem Bruch zuzutreiben. Paris hatte die britische Regierung vor den Folgen gewarnt, sollte sie ihren Standpunkt in der Oberschlesienfrage aufrechterhalten. Den Tenor dieser Note interpretierte das Kabinett als Ausdruck der französischen Absicht, in Zukunft eine von Großbritannien unabhängige Politik treiben zu wollen. Im Zusammenhang damit versuchte die französische Regierung noch einmal ultimativ die Einwilligung der Berliner Regierung zum Durchmarsch französischer Truppen zu erzwingen. Doch sie traf auf eine feste Haltung Berlins. Das britische Kabinett sah hinter diesem französischen Schritt wieder die Gefahr einer isolierten französischen Besetzung der Ruhr auftauchen und erhob scharfen Protest. Die Imperial Conference, die gerade in London tagte, wurde über die schwerwiegenden britisch-französischen Differenzen informiert. Das Kabinett beriet jedoch keine Maßnahmen für den Fall eines Bruchs

[82] FO 371/5917, S. 134, 163f.; FO 371/5916, S. 254f.

[83] FO 371/5917, S. 163f.; 5918, S. 58 (DBFP XVI, No. 247), 88, 1, 15, 17f.; FO 371/5919, S. 197 (DBFP XVI, No. 265).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit Frankreich[84]. Bis zum 1. August setzte Briand seinen Standpunkt so weit durch, daß das Foreign Office sich einer gemeinsamen alliierten Bitte um eine Erleichterung des Durchmarsches alliierter Truppen nach Oberschlesien anschloß. Damit wurde das Prestige Frankreichs gegenüber Deutschland gewahrt. Der britischen Regierung aber war es gelungen, die Gültigkeit des Prinzips gemeinsamen alliierten Vorgehens aufrecht zu erhalten. Wenn Paris sich daran hielt, hing jede weitere Truppenentsendung von der Zustimmung der britischen Regierung ab[85].

In der Taktik, mit der die französische Regierung einem Treffen des Supreme Council zur Entscheidung der Oberschlesienfrage auszuweichen suchte, sah das Foreign Office das Bewußtsein der Schwäche des französischen Standpunktes. Es war der Überzeugung, daß die Pariser Regierung fürchte, angesichts der Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Absicht, das gesamte oberschlesische Industriegebiet Polen zuzusprechen, nicht durchsetzen zu können. Da aber Frankreich das Industriegebiet aus Sicherheitsgründen nicht Deutschland zukommen lassen wollte, sei es nach Ansicht des Foreign Office die Aufgabe der britischen Politik, die französischen Befürchtungen zu zerstreuen. Dazu diente das auch auf der Konferenz von Lloyd George vorgebrachte Argument, die Kohlenvorkommen, die jetzt bei einer fairen Regelung bei Deutschland blieben, wären in 50 Jahren erschöpft, die Bestände auf polnischer Seite hingegen noch in Jahrhunderten fündig[86].

Frankreich zeigte sich aber nicht nur aus Sicherheitserwägungen, sondern auch aus fiskalischen und kommerziellen Gründen am oberschlesischen Industriegebiet interessiert. In einem polnisch-französischen Wirtschaftsabkommen vom August 1921 wurde bereits die französische Kapitalbeteiligung in der oberschlesischen Industrie geregelt[87].

Angesichts dieser Sachlage war es kaum noch wahrscheinlich, daß sich Frankreich und England zu einer im britischen Sinne fairen Lösung auf der Konferenz des Supreme Council würden zusammenfinden können, denn beide Seiten waren zu sehr festgelegt. Die Konferenz des Supreme Council begann tatsächlich am 8. August in Paris. Der amerikanische Botschafter in Paris war als Beobachter anwesend. Da die Experten der Oberschlesienkommission trotz weiterer Verhandlungen bis dahin zu keiner Einigung gelangt waren, trugen der französische und der britische Rechts-

---

[84] Cab 23/26/64, App. III und IV; vgl. Laubach, Wirth, S. 58f.

[85] FO 371/5920, ohne Seite (DBFP XVI, No. 286).

[86] Vgl. Memorandum Ottley über die französische Haltung zur Oberschlesienfrage vom 26. Juli 1921 in FO 371/5919, S. 155f.

[87] Wandycz, France, S. 222, 227ff.; FO 371/5923, S. 258 (DBFP XVI, No. 295); noch vor dem Abschluß der Allianz mit Frankreich hatte Warschau beschlossen, die oberschlesische Industrie für die französische Finanz und den französischen Handel attraktiver zu gestalten, um sich damit die französische Unterstützung für eine Polen gegenüber positive Entscheidung in der Oberschlesienfrage zu sichern. Daß diese Politik Früchte getragen hatte, zeigte die Tatsache, daß gerade zum Zeitpunkt der Konferenz in Paris im August in Warschau ein polnisch-französisches Abkommen über die Beteiligung französischer Kapitalien zur Ausbeutung der Staatsbergwerke abgeschlossen wurde, die bei einer Oberschlesienentscheidung an Polen fallen sollten.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

berater, Formageot und Hurst, die beiderseitigen Standpunkte vor. Dabei betonte Formageot, da die Abstimmung keine eindeutige Majorität erbracht habe, könne Oberschlesien nicht en bloc Polen oder Deutschland übergeben werden, sondern müsse geteilt werden. Bei einer Teilung müsse das Prinzip der Zuteilung nach Stimmajoritäten in den betroffenen Gemeinden Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben. Überdies sollte vermieden werden, ethnologische Enklaven zu schaffen[88].

Cecil Hurst erklärte sich mit den juristischen Argumenten Formageots einverstanden. Er wies jedoch auf das Problem hin, daß das überwiegend deutsch besiedelte oberschlesische Industriegebiet am äußersten Zipfel des Abstimmungsgebietes liege. Hier sei die Bevölkerung viel dichter als in den umliegenden ländlichen Gebieten. Die oberschlesische Industrie sei von Deutschen entwickelt und aufgebaut worden. Wenn die Entscheidung nun in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrag erfolgen solle, ergebe sich, daß die Industrieenklave an Deutschland gehen müsse. Daraus aber folge, daß auch Teile überwiegend polnisch besiedelten ländlichen Gebietes mit dem deutschen Zentrum Deutschland zugesprochen werden müssen, um so das verbindende territoriale Glied herzustellen. Hier wurde also die Korridoridee des Foreign Office als Kompromißvorschlag wieder aufgenommen, um das Industriegebiet für Deutschland zu retten. Nach dem Vorschlag Hursts enthielt das Gebiet, das an Deutschland gehen sollte, eine polnische Minorität von 1 zu 3 der Gesamtbevölkerung. Eine Teilung des Industriegebietes lehnte er ab, da es eine Städteballung darstelle, die nur als industrielle Einheit behandelt werden könne. Er hielt den britischen Vorschlag für gerechter, weil er in dem jeweils Polen bzw. Deutschland zugedachten Teil weniger große Minoritäten schaffe, als die französischen Vorschläge.

Frankreichs Vertreter verteidigten ihren Teilungsvorschlag, der das Industriegebiet Polen zusprach, mit dem alten Argument, daß jede Gemeinde – gleich welcher Größe – nach dem Gemeindeprinzip einzeln gezählt werden müsse. Nach diesem Plan hätte sich eine rein statistische Majorität polnischer Gemeinden ergeben, weil die ländlichen Gemeinden mit polnischen Majoritäten in der Überzahl waren. Daß aber – berücksichtigte man die Gesamtstimmenzahl in diesem Gebiet – immer noch eine deutsche Majorität vorhanden war, blieb bei dieser Argumentation absichtlich unberücksichtigt. Außerdem stellte Frankreich das in dieser Form gehandhabte Nationalitätenprinzip eindeutig vor die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die laut Versailler Vertrag bei seiner Entscheidung ebenfalls berücksichtigt werden mußten.

Im Effekt lief die Kontroverse darauf hinaus, daß England keine großen deutschen Majoritäten in einer Industrieenklave einer polnischen Minorität unterordnen wollte, einzig weil sie in den umliegenden ländlichen Gebieten die Majorität besaß. Frankreich argumentierte umgekehrt, durch die Entscheidung dürfe die polnische Majorität auf dem Lande nicht den Deutschen untergeordnet werden, allein weil sie im Industriegebiet die Majorität besäßen. Da aber zwischen Frankreich und England

[88] Cab 29/93 ICP 201.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einigkeit darüber bestand, keine Enklaven zu schaffen, mußte Frankreich die Tatsache, daß das Industriegebiet eine deutsche Enklave darstellte – folgte man den französischen Plänen –, hinwegdiskutieren.

Darum meldete Briand als erster Zweifel an, ob das Industriegebiet als wirtschaftliche Einheit unteilbar sei und ersann eine Inseltheorie, die besagte, das Industriegebiet bestehe aus einer Anzahl deutscher Inseln innerhalb eines polnischen Gebietes. Er schloß mit einem Appell an die Alliierten, den Auftrag des Versailler Vertrages zu erfüllen, der das Selbstbestimmungsrecht in den Dienst der Befreiung unterdrückter Minderheiten stellte[89].

Nachdem die jeweiligen Standpunkte durch die Experten dargelegt worden waren, ergriff Lloyd George das Wort zu einer seiner eindrucksvollsten Reden der Konferenzperiode. Seine Rede stellte den letzten Versuch dar, eine Gesamtlösung für das Industriegebiet zu erlangen. Er appellierte an die Verantwortung des Supreme Council für eine dauerhafte Lösung in Oberschlesien. Der Friede an den Ostgrenzen Deutschlands könne nur durch eine Regelung erreicht werden, die die weiteste Zustimmung sowohl in Polen als auch in Deutschland und der ganzen Welt durch ein offensichtliches Höchstmaß an erreichbarer Gerechtigkeit erlangen werde. Er stellte fest, Frankreichs Haltung in der Oberschlesienfrage werde nicht so sehr durch die Vorschriften des Versailler Vertrages bestimmt, sondern vielmehr durch Sicherheitserwägungen. Die französische Sicherheit gehöre jedoch nicht zu den Vorschriften, die der Friedensvertrag für die Grenzziehung in Oberschlesien niedergelegt habe. „My answer is this. France is not adding to her security by doing something in Silesia which cannot be justified according to the rules of justice and fair-play. On the contrary, she is increasing her danger." Lloyd George warnte Frankreich vor einer ungerechten Regelung in Oberschlesien, aus der bei einem Wiedererstarken Deutschlands eine Gefahr erwachsen könnte. „I would urge upon France that, by trying to do something in Silesia which will not command itself to the conscience of the world, she is not increasing her security; she is weakening it, she is imperilling her future." Wenn es aber in diesem Augenblick der überlegenen Macht Gerechtigkeit walten läßt: „Then her security, I think, is above challenge."

Lloyd George wies darauf hin, daß die Alliierten auf der Friedenskonferenz ganz Oberschlesien schon einmal in einer Weise aufgeteilt hätten, die die Abstimmungsergebnisse hätte beeinflussen sollen. Trotzdem hätten sieben Elftel für Deutschland und nur vier Elftel für Polen gestimmt. Und jetzt versuchten die Alliierten, die Entscheidung zu Deutschlands Ungunsten zu manipulieren. „If anybody thinks that the peace of Europe is going to be assured by procedure of that kind, I certainly am not one of them." Er wies auch die französische Ansicht, Oberschlesien sei eine den Polen von Deutschland geraubte polnische Provinz gewesen, die es jetzt zu befreien gelte, entschieden zurück[90].

---

[89] Cab 29/93 ICP 201 vom 8. August 1921.

[90] Cab 29/93/ICP 202. Lloyd George: „Silesia has not been a Polish province for seven hundred years. For that time it has been a German province; in fact it has been a German province for longer than Normandy has been a French province – much longer."

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In seiner Antwort verstrickte sich Briand in Widersprüche. Während er zuerst forderte, Polen müsse leben können, woraus folge, daß es dazu das oberschlesische Industriegebiet benötige, betonte er dann wieder die Priorität der ethnischen vor den wirtschaftlichen Faktoren. Die Konsequenz daraus hätte dem britischen Standpunkt entsprochen. Aber er wiederholte die französische Inseltheorie und behauptete, das industrielle Zentrum könne nicht aus seiner ländlichen Umgebung herausgetrennt werden, ohne das wirtschaftliche Leben der ganzen Region zu zerstören. Daher müsse das ganze Gebiet um der Gerechtigkeit willen an Polen gehen[91]. Keine Einigung, nicht einmal eine Annäherung der Standpunkte zeichnete sich ab. Deshalb wurde ein Vermittlungsersuchen an den französischen Staatspräsidenten Millerand eingeschaltet, der sich als der Architekt der französisch-polnischen Allianz vom Februar 1921 für eine Lösung zugunsten Polens aussprach[92]. Doch dies war für die britische Delegation inakzeptabel.

Daß man allerdings noch zu einem Ergebnis zu kommen versuchte, zeigt die Tatsache, daß die Expertenkommission mit der Ausarbeitung weiterer Vorschläge betraut wurde, die jetzt auch Teilungspläne für das Industriegebiet enthielten. Damit hatten beide Parteien während der Konferenz das Prinzip der Teilung des Industriegebietes prinzipiell akzeptiert, ohne sich jedoch darüber zuvor ausdrücklich geeinigt zu haben. In den Verhandlungen, die jetzt sowohl auf der Ebene der Experten als auch der Regierungschefs folgten, wurde um beiderseitige Konzessionen in der Festlegung der Grenzlinien bei Teilung des Industriegebietes gerungen, bis Lloyd George erklärte, Großbritannien sei an der Grenze seiner Konzessionsbereitschaft angelangt. So erbrachte auch das Zugeständnis der Teilbarkeit des Industriegebietes keine Lösung, denn die beiden Seiten konnten sich nicht über die Methode verständigen. Daher einigten sich der italienische Regierungschef und der britische Premier in einem Gespräch am 11. August, die Überweisung der Streitfrage an den Völkerbund vorzuschlagen[93]. Dies stellte einen neuen Versuch dar, die britisch-französischen Gegensätze zu überwinden. Als Briand noch den letzten von der Konferenz ausgearbeiteten Teilungsplan für unannehmbar und wirtschaftlich inpraktikabel ablehnte, bemerkte Lloyd George, Frankreichs Entscheidungen werden von dem Motiv geleitet, Deutschlands Existenzfähigkeit zu zerstören. Darauf schlug er vor, die Frage an den Völkerbund zu überweisen, da der Oberste Rat der Alliierten sich als unfähig erwiesen habe, zu einer Entscheidung zu gelangen. Er forderte, daß bei dem Verfahren die strikteste Unparteilichkeit gewährleistet sein müsse. Frankreich akzeptierte diesen Vorschlag. Die Alliierten vereinbarten, jede Entscheidung des Völkerbundes zu akzeptieren[94]. Zugleich wurde eine gleichmäßige Verstärkung der alliierten Truppen in Oberschlesien für Ende August vorgesehen[95].

---

[91] Cab 29/93/ICP 203.

[92] Cab 29/93/ICP 205 A, B.

[93] Cab 29/93/ICP 205 C, D, F.

[94] Cab 29/93/ICP 205 E, 206. Die schnelle Annahme des Schiedsvorschlages läßt auf vorbereitende Gespräche zwischen den Alliierten darüber schließen.

[95] FO 371/5923, S. 283 (DBFP XVI, No. 311).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Gedanke, die Entscheidung in der Oberschlesienfrage einem Schiedsgericht zu überweisen, falls Großbritannien und Frankreich zu keiner politischen Regelung gelangen könnten, tauchte bereits in einer Kabinettssitzung in London im Mai 1921 auf. Der Sekretär des Kabinetts und enge politische Vertraute des Premiers, Maurice Hankey, war ein großer Anhänger der Völkerbundsidee und bemühte sich entschieden darum, für den Gedanken einer Lösung im Rahmen des Völkerbundes Unterstützung in Regierungskreisen zu finden. In Gesprächen mit dem britischen Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, glaubte er, vor der Augustkonferenz sichergestellt zu haben, daß der Völkerbund ein völlig unparteiliches und unabhängiges Gremium einsetzen werde, das beide Parteien anhören und die bisherigen Experten hinzuziehen würde, da sie in die Probleme seit langem eingearbeitet seien. „Rightly or wrongly, everyone felt that our case was so overwhelmingly that if it were put before a thoroughly impartial tribunal, the decision would have been completely in our favour." Der Völkerbund benannte jedoch eine Kommission, die Hankey keineswegs für unparteilich hielt. Sofort wandte er sich an das Foreign Office, um ihre Einsetzung zu verhindern, da es nach seiner Auffassung ein zu großes Risiko bedeutete, wenn der belgische Delegierte frankophil und die anderen Mitglieder gleichzeitig Botschafter in Paris seien, wenn auch ihre Länder an dem Streit nicht beteiligt waren. Das Foreign Office weigerte sich jedoch, Beschwerde zu führen.

Nach eigener Darstellung befürwortete Drummond den Plan einer unabhängigen Kommission zuerst nachdrücklich, stieß damit aber auf den starken Widerstand der Ratsmitglieder, deren Argumenten sich sogar Balfour, damals britischer Vertreter, beugte[96]. Nachdem sich der von Frankreich vertretene Grundsatz auch in der Völkerbundskommission durchgesetzt hatte, daß eine Priorität der ethnographischen vor den wirtschaftlichen Prinzipien bei der Grenzentscheidung in Oberschlesien gelten müsse, war abzusehen, daß in Genf eine Teilung des Industriegebietes beschlossen würde. Davon unterrichtete Balfour seine Regierung und ließ sie wissen, daß Übergangsregelungen für das Industriegebiet ausgearbeitet würden. Obwohl Curzon und Lloyd George die Weisheit einer Übergangsregelung wegen der damit verbundenen Gefahr von Reibereien bezweifelten, empfahl Balfour ihnen diese Lösung, die auch der Völkerbundsrat einstimmig befürwortete[97].

Die definitive Entscheidung über die Grenzziehung in Oberschlesien wurde im Völkerbund am 12. Oktober 1921 angenommen. Sie fiel entgegen den ursprünglichen Erwartungen der Engländer aus, die in dem Entschluß zur Übergabe der Frage an eine unparteiliche Instanz eine Chance gesehen hatten, ihre bereits eingegangenen Konzessionen rückgängig zu machen und das Industriegebiet ungeteilt Deutschland zuzusprechen. Hier zeigten sich die Folgen der Untätigkeit des Foreign Office und

[96] Cab 23/25/42; Hankey an Drummond v. 21. Oktober 1921, LGP F 25/2/35; Antwort Drummond v. 24. Oktober 1921, LGP F 25/2/36. Vgl. auch Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, I, Zürich 1957, S. 260.

[97] FO 371/5927, S. 86ff.; Brief Balfours ans Kabinett, vom 29. September 1921; FO 37/5927, S. 278 (DBFP XVI, No. 329).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Balfours, die nicht auf der Einsetzung eines unparteilichen Gremiums bestanden hatten.

Die in der Oberschlesienentscheidung des Völkerbundes vorgesehene umfangreiche Wirtschaftskonvention bedeutete faktisch die Anerkennung des Prinzips der Unteilbarkeit des Industriegebietes. Bereits das Supreme Council auf seiner Tagung im August 1921 hatte Pläne auf dieser Linie ausgearbeitet, die freilich damals keiner Seite politisch akzeptabel erschienen. Deshalb stellt die Entscheidung des Völkerbundes, wie sie nach ihrer langen Vorgeschichte ausfiel, nichts weiter dar als eine politische Entscheidung, die das Supreme Council gern aus den Händen gegeben hatte. Ihr Zweck war es, den Bruch der Allianz zu verhindern. Eine unparteiische und damit in diesem Falle unpolitische Expertenentscheidung war es nicht. Die Enttäuschung der britischen Regierung war also durchaus begründet. Dennoch empfahl Curzon am 13. Oktober dem deutschen Botschafter in London, Stahmer, die Annahme der Völkerbundsentscheidung als im Grunde gar nicht so schlecht[98].

Nachdem der Völkerbund die Grenzpläne ausgearbeitet hatte, gingen sie in die Hände der Botschafterkonferenz über, die das Übergabeverfahren zu regeln hatte. In der Entscheidung war der Abschluß einer polnisch-deutschen Wirtschaftskonvention vorgesehen, die die Härten der Teilung mildern sollte und vor deren Abschluß das Übergabeverfahren nicht stattfinden konnte[99]. England befürwortete eine schnelle Einigung Polens und Deutschlands hierüber, da es, durch Berichte bestärkt, auf einen beschleunigten Abzug aller alliierten Truppen in Oberschlesien drängte. Es befürchtete den Ausbruch eines neuen Aufstandes, der von den anwesenden französischen Truppen provoziert und unterstützt werden könnte[100].

Die Briten waren außerdem überzeugt, Frankreich arbeite unter den verschiedensten Vorwänden auf eine Verlängerung der Besetzung Oberschlesiens hin. Um das zu verhindern, drängte das Foreign Office den Botschafterrat in Paris zur unverzüglichen Zustimmung zu der zwischen Deutschland und Polen bis zum Mai 1922 abgeschlossenen Wirtschaftskonvention, damit die Übergabe der Territorien, die durch die Völkerbundsentscheidung Polen und Deutschland zugesprochen worden waren, ohne weiteren Verzug durchgeführt werden konnte[101]. Im letzten Augenblick tauchte noch ein Hindernis auf. Die Botschafterkonferenz teilte den beiden Regierungen Ende Mai mit, daß die Grenzregelung nicht in Kraft treten könne, bevor beide Staaten sich nicht zur Zahlung der jeweiligen Anteile an den Besatzungskosten bereitgefunden hätten. Als auf britische Initiative der Botschafterrat diese Bedingung fallen ließ, trat die Grenzregelung in Kraft. Die alliierten Truppen wurden im Juli 1922 abgezogen, die Oberschlesienkommission aufgelöst und ihre letzten Befugnisse vom Botschafterrat übernommen[102].

---

[98] FO 371/5927, S. 168 (DBFP XVI, No. 336).

[99] FO 371/5927, S. 168 (DBFP XVI, No. 336); 5931, S. 1.

[100] FO 371/7464, S. 189, 198f. (DBFP XVI, No. 386), S. 225 (DBFP XVI, No. 389).

[101] FO 371/7464, S. 225 (DBFP XVI, No. 389), S. 228; FO 371/7465, S. 69f.

[102] FO 371/7465, S. 106 (DBFP XVI, No. 393); S. 123, S. 140; FO 371/7466, S. 187 (DBFP XVI, No. 397), S. 43; FO 371/7469, o. S. FO 371/7470, S. 260.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die britische Regierung, vor allem Lloyd George, hat in der Auseinandersetzung mit Frankreich über Oberschlesien eine weit weniger kompromißbereite Haltung eingenommen, als etwa in der Frage der Zukunft der Militärkontrolle, wenn auch das Bestreben, zu einer Lösung des Problems zu gelangen, mit jedem diplomatischen Schritt deutlich wird. Der Grund dafür liegt darin, daß nach britischer Auffassung das französische Hegemonialstreben in Europa, das in der Oberschlesienpolitik offen zutage trat, wichtigen traditionellen wirtschaftlichen und politischen Interessen Großbritanniens widersprach, die ein Verbleiben des oberschlesischen Industriegebietes bei Deutschland forderten. In der wiederholten Warnung Lloyd Georges an die französischen Regierungschefs Leygues und Briand, zu bedenken, daß die Höhe der deutschen Reparationsfähigkeit auch von der Entscheidung über Oberschlesien abhinge, kam die Furcht der britischen Regierung vor verschärften Spannungen in der Reparationsfrage zum Ausdruck, sollte das oberschlesische Industriegebiet an Polen fallen. Solche Spannungen mußten auf die gesamte wirtschaftliche und politische Lage Mitteleuropas zurückwirken und die Aussichten auf einen baldigen Erfolg der britischen Ausgleichspolitik mindern. Bei Lloyd Georges persönlicher Haltung zum Oberschlesienproblem mag auch noch ein wenig Verachtung der Polen eine Rolle gespielt haben[103]. Dies wiederum steigerte das polnische Mißtrauen gegenüber dem britischen Premier[104].

Welch gewichtigen machtpolitischen Faktor Oberschlesien im Ausbau des französischen Sicherheitssystems darstellte, zeigt die unnachgiebige Haltung der französischen Regierung. Für sie bedeutete die Stärkung des polnischen Bündnispartners einen Ausgleich für die nicht eingelöste Sicherheitsgarantie der beiden angelsächsischen Mächte. So trieb die Oberschlesienkrise gerade zu einer Zeit ihrem Höhepunkt zu, als die französische Regierung unter Briand die Entente als Pfeiler des Versailler Systems erhalten wissen wollte[105], während die Regierung Wirth mit ihrer Erfüllungspolitik in der Reparationsfrage um das Vertrauen der Alliierten warb[106], und die britische Regierung ihre Ausgleichspolitik durch immer neue Kompromißvorschläge unter Beweis stellte. Die britische Regierung hatte den großen Fehler begangen, Frankreich bei der Kontrolle Oberschlesiens in administrativer und militärischer Hinsicht ein zu großes Übergewicht gewinnen zu lassen. Anfänglich scheint sie die französischen Absichten nicht durchschaut zu haben; dann jedoch aktivierte sie diplomatische und militärische Mittel, um doch noch eine gerechte Lösung zu erreichen.

Als sich die Gefahr, daß Frankreich und Polen in Oberschlesien ein fait accompli schufen, mit der französischen Drohung verband, die Ruhr zu besetzen, bediente sich die britische Regierung erfolgreich der ihr zur Verfügung stehenden Mittel,

---

[103] Vgl. Brief Lloyd Georges an Curzon vom 16. Juni 1921, LGP F 13/2/32, wo er sagt: „The Germans will not indefinitely consent to keeping back their troops superior as they are in every respect to the Polish rabble."

[104] Wambough, Plebiscites, I, S. 261.

[105] Bonnefous, Troisième République III, S. 242.

[106] Laubach, Wirth, S. 40, 106.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um durch diplomatischen Druck die gespannte Lage zu entschärfen und den Weg für eine politische Regelung zu ebnen. Sie verhinderte dadurch immerhin eine französische Ruhrbesetzung schon 1921 und erreichte, daß die Ruhe in Oberschlesien allmählich wieder hergestellt wurde und daß Frankreich sich an den Verhandlungstisch setzte. Dort meinte London die besseren Argumente zu besitzen und zeigte sich darum im Kern der Auseinandersetzung nur zu geringem Entgegenkommen bereit. Da Briand aber auf seinem Standpunkt beharrte, war es wieder die britische Regierung, die einen Ausweg aus dem Konflikt suchte, bevor er die Allianz zu sprengen drohte. Sie regte an, die Entscheidung an den Völkerbund zu überweisen, nicht ohne begründete Hoffnung, jene werde eher im britischen denn im französischen Sinne ausfallen[107]. Für britische Befürworter der Völkerbundsidee verband sich mit diesem Schritt die Hoffnung, dadurch den Völkerbund politisch aufzuwerten.

Die Allianz wurde nach außen hin aufrechterhalten, obwohl sie infolge allzu vieler Gegensätze in der Europapolitik bereits brüchig geworden war[108]. In London mehrten sich aber gerade jetzt die Stimmen, die in einer britischen Sicherheitsgarantie einen Weg sahen, um Frankreich die Furcht vor einem erstarkenden Deutschland zu nehmen. Mit einer Reaktivierung der Allianz verband sich letztlich die Hoffnung, Frankreich für die britische Deutschlandpolitik zu gewinnen. Das hätte zugleich einen Erfolg der Appeasementpolitik bedeutet, der Politik der Befriedung Europas. Die britische Regierung war überzeugt, im Vergleich zu Frankreich die bessere Konzeption für den europäischen Frieden zu besitzen. So machte sie gerade in der Oberschlesienfrage ihren Anspruch auf die führende Rolle in der europäischen Politik geltend, um politisch und wirtschaftlich tragbare Entscheidungen im Rahmen ihrer Konzeption durchzusetzen. Doch blieb ihr letztlich, gemessen an ihren Zielen, der erhoffte Erfolg versagt, wenn sie auch gegenüber den weitgesteckten französischen Vorstellungen einen beachtlichen Teilerfolg in der Oberschlesienpolitik verzeichnen konnte.

---

[107] Die Initiative zur Überweisung an den Völkerbund ging von britischer Seite aus, nicht von Briand, wie Laubach, Wirth, S. 59, behauptet.

[108] Für wie brüchig die britische Regierung die Allianz hielt, wird aus der Tatsache deutlich, daß sie Frankreich keine Sicherheitsgarantie ohne vorherige Generalbereinigung der zwischen beiden Mächten strittigen Probleme zu geben bereit war.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANDREAS HILLGRUBER

DIE „ENDLÖSUNG" UND DAS DEUTSCHE OSTIMPERIUM ALS KERNSTÜCK DES RASSENIDEOLOGISCHEN PROGRAMMS DES NATIONALSOZIALISMUS

Noch immer findet in weiten Teilen der Öffentlichkeit, in der Publizistik, aber auch in wissenschaftlichen Darstellungen aus jüngster Zeit unter mancherlei Variationen jene Deutung des Nationalsozialismus Anhänger, die zuerst Hermann Rauschning 1938 in seinem Buch über „Die Revolution des Nihilismus" vertreten hat[1]. Der Nationalsozialismus – so lautet sie, zusammengefaßt – sei trotz aller deutschvölkischen, rassenideologischen und pseudo-sozialistischen Phraseologie im Grunde frei von einer für seine Gesamtpolitik verpflichtenden Doktrin gewesen. Er habe weder über ein klar umrissenes innenpolitisches noch über ein festliegendes außenpolitisches Programm verfügt, sei vielmehr bereit gewesen, um des Erfolgs, um der Machtbehauptung und Machterweiterung, um der Durchsetzung seiner totalen Herrschaft willen jedes Ziel aufzustellen oder aber – wenn die Umstände es erforderten – preiszugeben[2]. Diese These ergänzte Rauschning, der als nationalsozialistischer Renegat mit vermeintlich intimer Kenntnis des harten Kerns der „Bewegung" immer wieder und immer noch als Kronzeuge bemüht wird, zwei Jahre später in seiner Publikation der „Gespräche mit Hitler" dahin, daß auch der radikale Antisemitismus der Nationalsozialisten bloß instrumentalen Charakter zwecks Integration der stark divergierenden Anhängerschaft gehabt habe. Wenn es „den Juden" nicht gäbe, so soll Hitler zu Rauschning gesagt haben, „dann müßten wir ihn erfinden. Man braucht einen sichtbaren Feind ...."[3]

Dieses Bild vom Nationalsozialismus als einem Sammelsurium abstruser, irrationaler, aber inhaltlich nicht ernst zu nehmender Zielvorstellungen und von Hitler als einem „völlig prinzipienlosen Opportunisten", wie das Fazit der bis heute bedeu-

[1] Geringfügig veränderter und gekürzter Text eines Vortrages, der am 5. November 1969 im Rahmen der Reihe „Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem ‚Dritten Reich'" an der Universität Freiburg i. Br. gehalten wurde. – Die Anmerkungen blieben auf das Notwendigste beschränkt. – Herrn Kollegen Krausnick sei für wertvolle ergänzende Hinweise herzlich gedankt.

[2] Den Bemühungen, die Fragwürdigkeit dieser Auffassung darzulegen und auf den konstanten rassenideologischen Kern des Nationalsozialismus hinzuweisen, blieb lange Zeit die Breitenwirkung versagt, obwohl sie von der zeitgeschichtlichen Forschung seit langem unternommen wurden. Vgl. vor allem H. Krausnick, Stationen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Stationen der deutschen Geschichte 1919–1945, Internationaler Kongreß zur Zeitgeschichte München (24.–27. November 1959), hrsg. von B. Freudenfeld. Stuttgart 1962, S. 114ff., besonders S. 137 („Was bleibt? Biologismus und Lebensraum im Osten."); M. Broszat, Betrachtungen zu Hitlers Zweitem Buch, in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 417ff., besonders S. 425; „Einführung" zu H. v. Kotze und H. Krausnick, „Es spricht der Führer", Sieben exemplarische Hitler-Reden, Gütersloh 1966, besonders S. 20f.

[3] H. Rauschning, Gespräche mit Hitler, Zürich 1940, S. 223. Zu Entstehung und Gehalt dieses Buches siehe jetzt Th. Schieder, Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler" als Geschichtsquelle, Köln-Opladen 1972.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tendsten und verbreitetsten Hitler-Biographie, nämlich der des britischen Historikers Alan Bullock, im Anschluß an Rauschning 1952 lautete[4], hat weitreichende Konsequenzen bis in den Bereich der historisch-politischen Bildung hinein gehabt. Sie zeigen sich in einem in zahllosen Darstellungen über das „Dritte Reich" nicht nur aus didaktischen Gründen gewählten Nebeneinander von innenpolitischen Maßnahmen, außenpolitischen Aktionen, Kriegführung und – meist als Anhang in einem besonderen Kapitel dargestellt – den antijüdischen Handlungen des nationalsozialistischen Regimes bis hin zur „Endlösung", ein Nebeneinander, das vor allem den Kriegsverlauf ohne jede Beziehung zur Ausrottung der Juden im deutsch-beherrschten Europa erscheinen läßt. Noch weitaus wichtiger jedoch, weil grundlegend für die vielfach zu beobachtende vordergründige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, ist die Schlußfolgerung, die sich aus Rauschnings These von der doktrinlosen nihilistischen Revolution des Nationalsozialismus ziehen läßt: daß dieser gleichsam aus der deutschen und europäischen Geschichte herausfällt. Er habe allenfalls taktisch an den einen oder anderen Strang der geschichtlichen Entwicklung angeknüpft, um über eine Verführung der an den alten Werten und an der Tradition festhaltenden Repräsentanten der konservativen Führungsgruppen durch den „dämonischen" Hitler um so schneller zu einer totalen Herrschaft gelangen zu können.

Indes, die in die Zeit des Wilhelminismus und des Weltkrieges 1914/18 zurückgreifende sozialgeschichtliche und ideengeschichtliche Forschung[5], die manches mit den späteren nationalsozialistischen Zielen Vergleichbare ans Licht brachte, sowie die von daher intensivierte kritische Frage, ob bei aller skrupellosen Wendigkeit in der nationalsozialistischen Taktik und trotz aller leicht zu belegenden Widersprüchlichkeit zwischen „weltanschaulichen" Aussagen und tagespolitischer Praxis nicht doch ein doktrinärer programmatischer Kern zu fassen sei, von dem aus die eben nicht nur aus reinem Machtopportunismus erklärbaren großen Entscheidungen in der Geschichte des „Dritten Reiches" erst wirklich zu „verstehen" seien, bahnten in den letzten zehn Jahren zusammen mit der voranschreitenden zeitgeschichtlichen Forschung im engeren Sinne eine Wendung an, die nicht nur weitergespannte historische Zusammenhänge offenlegte, sondern auch der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine andere Tiefendimension gab. Die verbreiterte Quellenbasis zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus und zur Ausprägung von Hitlers Zielvorstellungen in den zwanziger Jahren, vor allem die Entdeckung von Hitlers „Zweitem Buch" aus dem Jahre 1928, ließ deutlich werden, daß die lange Zeit isoliert betrachteten und scheinbar ohne jede Beziehung zur praktischen Politik nach der „Machtergreifung" stehenden weitschweifigen Ausführungen Hitlers in seinem „Kampf"-Buch einer bestimmten Stufe der 1919/20 eingeleiteten Entwick-

---

[4] Die Revision seiner Auffassung, wie sie in der „Completely Revised Edition" 1964 und in der danach vorgenommenen neuen deutschen Ausgabe der Hitler-Biographie Bullocks von 1967 zum Ausdruck kommt, hat sich in der Breite der Ausstrahlung noch wenig ausgewirkt.

[5] Dabei ist vor allem an die zahlreichen von Fritz Fischer, Egmont Zechlin und Gerhard Ritter angeregten Studien zu denken.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung eines doktrinären Programms entsprechen, die 1928 mit der Niederschrift des „Zweiten Buches" ihren Abschluß fand[6]. „Neu" in dieser Konzeption war, daß radikaler universaler Antisemitismus (als wichtigster Teil einer umfassenderen sozialdarwinistischen Ideologie extremer Ausprägung) und „Lebensraum"-Gedanke – beide vor dem Nationalsozialismus und vor Hitler in mancherlei Varianten ausgeprägt und verbreitet – nun unlösbar miteinander verknüpft wurden[7]. Im Geschichtsbild eines permanenten, gnadenlosen Kampfes der Völker um einen ihrer wachsenden Größe angemessenen, aber nur bei „Rassenreinheit" zu behauptenden „Lebensraum" fanden diese beiden Grundelemente ihre Synthese. In einer Rede vor Professoren und Studenten in Erlangen ließ Hitler am 13. November 1930 die letzte Konsequenz seiner außenpolitischen Zielsetzung sichtbar werden: „Jedes Wesen strebt nach Expansion, und jedes Volk strebt nach der Weltherrschaft. Nur wer dieses letzte Ziel im Auge behält, gerät auf den richtigen Weg."[8] Jeder Sieg und jede Raumerweiterung stellte für ihn somit nur die Basis für einen neuen Kampf um einen größeren Raum dar.

Wie die Entstehung des außenpolitischen Programms so läßt sich auch die Entwicklung des Hitlerschen Antisemitismus heute in einer Stufenfolge nachzeichnen: Bis zum Ende des Weltkrieges war Hitlers Antisemitismus konventionell, allenfalls, der Wiener politischen Atmosphäre der Vorkriegsjahre entsprechend, etwas schärfer ausgeprägt gewesen. Er war gewissermaßen eingebettet in jenen allgemeinen Antisemitismus, der mit unterschiedlicher Akzentsetzung und mit sehr verschiedenem Gewicht die großen politisch-ideologischen Bewegungen vom 19. Jahrhundert an begleitete. In der Formulierung Ernst Noltes[9]: „Der liberale Antisemitismus machte den Juden ihre antihistorische Starrheit, ihre Intoleranz und ‚Nationalabsonderung' zum Vorwurf. Sozialistischem Denken galten die Juden vielfach als die wichtigsten Repräsentanten des kapitalistischen Geistes und seines ‚Mammonismus'. Dem konservativen Denken war vor allem der Umsturzgeist der Juden anstößig, ihre Neigung zur Revolution." Der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aufkommende Rassenantisemitismus hielt alle diese Anklagen und Vorurteile fest, führte sie aber auf die unwandelbaren Gegebenheiten der jüdischen „Rasse" zurück, so daß alle Anstrengungen, die Juden zur Anpassung an die Völker, in denen sie lebten, zu bewegen, sinnlos erscheinen mußten. Das damit aufgeworfene nationalistische Problem, daß die Juden der angestrebten Geschlossenheit der Völker im Wege standen,

---

[6] Die jüngste sehr eingehende und überzeugende Analyse des Hitlerschen Programms enthält die Studie von E. Jäckel, Hitlers Weltanschauung – Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969.

[7] Dies galt nur für die nationalsozialistische Ideologie. „Sachlogisch" war die Verbindung des „Lebensraum"-Gedankens, der auch mit militärgeographischen Gründen und strategischen sowie „wehrwirtschaftlichen" Argumenten vertreten werden konnte, mit radikalem Antisemitismus nicht zwingend.

[8] H. Preis (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken, Reden aus der Kampfzeit, München 1939, S. 171; vgl. jetzt auch A. Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1969, besonders S. 120ff.

[9] E. Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München ²1965, S. 408.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde schließlich „aufgehoben" und überhöht in der Theorie von der internationalen jüdischen „Weltverschwörung" in den sogenannten „Protokollen der Weisen von Zion", die 1919/20 von „weiß"-russischen Emigranten in „völkischen" Zirkeln Deutschlands verbreitet wurden und die Hitlers Antisemitismus die entscheidende Wendung gaben, wie sich aus seinen antisemitischen Bekundungen vor und nach seiner Kenntnisnahme der „Protokolle" nachweisen läßt. Von der Unterstellung einer internationalen Verschwörung des Judentums zur „Zersetzung" der rassischen Widerstandskräfte der Völker mit dem Endziel einer jüdischen Weltherrschaft ausgehend, konstatierten die Anhänger dieser extremen Ausprägung des Antisemitismus, daß die „Zersetzung" der Völker bisher unterschiedliche Stadien erreicht habe: Während der Sieg der Bolschewiki die Herrschaft der Juden in Rußland schon vollendet habe, Bolschewismus daher mit absoluter Herrschaft des Judentums gleichzusetzen sei, stellten die „Demokratien" in Westeuropa und der Weimarer Republik Vorstufen für den Bolschewismus dar, weil die Juden hier schon einen erheblichen, wenn auch noch nicht den beherrschenden Einfluß gewonnen hätten. In allen „demokratischen" Staaten fand demnach dieser Vorstellung zufolge ein ständiges Ringen der „völkisch"-nationalen Abwehrkräfte gegen die „jüdisch-bolschewistische" „Zersetzung" statt. Ein Sieg der „völkisch"-nationalen Abwehrkräfte in England wurde von Hitler zu einem Angelpunkt seiner außenpolitischen Kombinationen gemacht, ihr Sieg in Deutschland mit dem Erfolg der nationalsozialistischen „Bewegung" gleichgesetzt. Auch die machtpolitische Stärke oder Schwäche der einzelnen Großstaaten ließ sich aus dem Grad an jüdischem Einfluß ablesen. Während Hitler in seinem „Zweiten Buch" 1928 die – wie er damals annahm – rassisch hochwertigen USA als Machtfaktor außerordentlich hoch einschätzte und Amerika in fernerer Zukunft als Hauptgegner einer deutschen „Weltmacht" im Ringen um die Weltherrschaft betrachtete, meinte er, daß ein nach rassischen Prinzipien neugestaltetes Deutschland Rußland als Machtfaktor überhaupt nicht ernst zu nehmen brauche. Auch die Russen seien, so hieß es an entscheidender Stelle im „Zweiten Buch"[10], „in einem Staatswesen zusammengefaßt, dessen Wert, traditionell genommen, sogar ein höherer sein müßte als der der amerikanischen Union, allein trotzdem wird es keinem Menschen einfallen, deshalb eine russische Hegemonie für die Welt zu befürchten. Der Zahl des russischen Volkes liegt kein solcher innerer Wert bei, daß diese Zahl zu einer Gefahr für die Freiheit der Welt werden könnte. Zumindest nie im Sinne einer wirtschaftlichen und machtpolitischen Beherrschung der anderen Erde, sondern höchstens in dem einer Überschwemmung mit Krankheitsbazillen, die zur Zeit in Rußland ihren Herd haben."

Der biologistischen Vorstellung von der „Zersetzung" des gesunden Volkskörpers entsprechend, zog Hitler bereits in „Mein Kampf" die Schlußfolgerung aus dem Vergleich der Juden mit Parasiten und Bazillen: „Wenn [im Weltkrieg] an der

---

[10] Hitlers Zweites Buch, Ein Dokument aus dem Jahr 1928, eingeleitet und kommentiert von G.L. Weinberg, mit einem Vorwort von H. Rothfels, Stuttgart 1961, S. 128.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Front die Besten fielen, dann konnte man zu Hause wenigstens das Ungeziefer vertilgen ... Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Soldaten aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätte vielleicht einer Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutscher das Leben gerettet."[11] Die Konsequenz aus alledem für das nationalsozialistische Gesamtprogramm lautete: Die aus strategischen und „wehrwirtschaftlichen" Gründen zum Aufbau einer blockadefesten, zum Kampf gegen starke See- und Weltmächte befähigten deutschen „Weltmacht" für notwendig erachtete Eroberung des europäischen Rußland stellte zugleich auch die Einleitung des „Endkampfes" gegen den „jüdisch-bolschewistischen Todfeind" im nationalsozialistisch beherrschten „Großraum" dar. Militärisch handelte es sich in Hitlers Augen – im Gegensatz zu der vorausgehenden Niederwerfung Frankreichs – um eine leicht zu lösende Aufgabe, weil die Juden „zur Staatsbildung unfähig" seien. Daher sei das „Riesenreich im Osten", wie er im „Kampf"-Buch lapidar feststellte[12], „reif zum Zusammenbruch". Aus diesen und anderen Zeugnissen in „Mein Kampf", im „Zweiten Buch" sowie aus der von 1933 bis 1939 unverhüllten nationalsozialistischen Propaganda gegen den zum Verbrecher schlechthin erklärten „jüdisch-bolschewistischen Todfeind" ergab sich, daß die militärische Eroberung Rußlands zwecks Gewinnung neuen „Lebensraumes" und die Ausrottung der Juden in Hitlers Programm wie in seiner (wann immer einzuleitenden) Realisierung untrennbar verknüpft waren.

Bei aller sonst seit 1929/30 zu beobachtenden Taktik der „grandiosen Selbstverharmlosung"[13], die bis in den Krieg hinein im großen und ganzen durchgehalten wurde, blieb dieser rassenideologische Kern des Programms deutlich. Dies gilt selbst für die Zeit nach dem Münchener Abkommen 1938, als aus Gründen außenpolitischer Kalkulation der noch 1937/38 massiv vorgetragene propagandistische Angriff gegen die Sowjetunion[14] allmählich abgebaut und die Möglichkeit eines zeitweiligen taktischen Zusammengehens mit Stalin ins Auge gefaßt wurde. Eine Trennung der antisemitischen Komponente des Programms von der der Eroberung des europäischen Rußland war in Hitlers doktrinärer Sicht allein schon deshalb nicht möglich, weil er ja die Millionen Juden in Westrußland als biologische Basis der bolschewistischen Herrschaft betrachtete. Alles, was bis zu dem in seiner Sicht entscheidenden Ausgreifen nach Osten geschah, bewegte sich sowohl im Bereich der Außen-

[11] A. Hitler, Mein Kampf, München [12]1943, S. 186 und S. 772.

[12] Ebda., S. 743.

[13] Zur „Strategie grandioser Selbstverharmlosung" vgl. vor allem H.-A. Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt a.M. 1968, S. 328ff.

[14] Vgl. etwa Hitlers Reichstagsreden vom 30. Januar 1937 und 20. Februar 1938 (die entscheidenden Passagen bei M. Domarus, Hitler – Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I, Würzburg 1962, S. 671f. und S. 799).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politik und der Militärstrategie als auch im Bereich der antijüdischen Maßnahmen im taktischen Vorfeld. Die Erkämpfung der Rückenfreiheit durch Ausschaltung des Machtfaktors Frankreich, die Bemühungen um einen „Ausgleich" mit Großbritannien auf der Grundlage einer „Teilung der Welt"[15] und die Aussonderung und Isolierung der Juden in den deutsch-beherrschten Gebieten, vor allem die Konzentration der Millionen polnischer Juden in den Gettos der großen Städte, müssen zusammen gesehen werden. Der sogenannte Madagaskar-Plan zur Ansiedlung aller europäischen Juden auf der von Frankreich abzutretenden Insel im Indischen Ozean, von einer Gruppe im Auswärtigen Amt ausgearbeitet, die in ihrer Grundhaltung gleichsam eine Zwischenstellung zwischen den Vertretern einer traditionellen deutschen Groß- und „Weltmacht"-Politik und dem rassenideologisch fixierten Programm des Nationalsozialismus einnahm, wurde von Hitler nur halbherzig in Erwägung gezogen und blieb ein Stück Papier, weil Großbritannien nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 nicht einlenkte. „Ich selbst ... habe eines unterschätzt", so brach Hitler kurz vor seinem Ende 1945 in eine Selbstanklage aus[16], „das Ausmaß des jüdischen Einflusses auf die Engländer Churchills", d.h. er schrieb die Weigerung Englands, sich mit ihm zu arrangieren, dem von ihm nicht hoch genug eingeschätzten Einfluß der Juden in Großbritannien zu – in seiner rassenideologischen Phraseologie: dem bereits erreichten Grad der jüdischen „Zersetzung" der Engländer. Obwohl oder besser weil damit die ursprünglich in „Mein Kampf" und im „Zweiten Buch" vorgesehene strategische Position der vollkommenen Rückenfreiheit nicht erreicht war, vollzog Hitler jetzt – schneller als lange von ihm gedacht – den Übergang von der Virtuosität taktischer Wendigkeit in der Vorbereitungszeit zur Starrheit in der Durchsetzung des inhaltlich festliegenden Kernstücks seines rassenideologischen Programms: Ostkrieg zur Eroberung neuen „Lebensraums" und „Endlösung" im Sinne von Ausrottung zunächst der Juden in dem besetzten Teil der Sowjetunion wurden gleichzeitig geplant und begannen am gleichen Tage, am 22. Juni 1941. Objektiv gesehen, d.h. ohne daß es damals die meisten deutschen Soldaten ahnten, stellte das auf Befehl Hitlers nach Osten in die Sowjetunion hinein vorstoßende Heer somit gleichsam einen Schirm dar, hinter dem auf seinen Befehl ein „staatlich" organisiertes Verbrechen größten Ausmaßes eingeleitet wurde, indem die auf dem Territorium der Sowjetunion lebenden Juden durch Einheiten der Sicherheitspolizei und des SD, den sogenannten Einsatzgruppen und Einsatzkommandos, systematisch zusammengetrieben und getötet werden sollten.

Hitlers Ostkrieg ist mit Recht „der ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg" der Neuzeit genannt worden[17], ohne daß die elementare Bedeutung dieses Faktums für den Charakter, den weiteren Verlauf und den für

[15] Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, bearbeitet von H.-A. Jacobsen, Bd. I, Stuttgart 1962, S. 308 (Eintragung vom 21. Mai 1940).

[16] „Bormann-Vermerk" vom 4. Februar 1945 (in deutscher Originalfassung zitiert bei Jäckel, a.a.O., S. 72).

[17] Nolte, a.a.O., S. 436.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland und große Teile Europas katastrophalen Ausgang des Zweiten Weltkrieges mit den vielfältigen Nachwirkungen und Folgen des Geschehens für die Gegenwart in den meisten deutschen Darstellungen über den Zweiten Weltkrieg mit der notwendigen Klarheit hervorgehoben würde oder schon in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit in Westdeutschland getreten wäre. Denn noch immer wird das Unternehmen „Barbarossa", Deckname der militärischen Operation zur Niederwerfung Sowjetrußlands in drei bis vier Monaten, in mehrfacher Weise mißverstanden oder fehlgedeutet: als rein machtpolitischer Vorgang, der sich allein aus den Notwendigkeiten des seit dem September 1939 im Gange befindlichen europäischen Krieges ergeben habe[18], als „Kreuzzug" gegen den stalinistischen Bolschewismus, dessen barbarische Exzesse in den dreißiger Jahren weltweit Entsetzen und Abscheu ausgelöst hatten, und als „nationaler Aufbruch" der Völker aus dem Raum von Finnland bis zum Schwarzen Meer zur Abwehr einer drohenden Gefahr aus dem Osten. All dies wurde in der nationalsozialistischen Propaganda nach dem 22. Juni 1941 in der Öffentlichkeit herausgestellt, obwohl die geheimen Weisungen an die deutsche Presse forderten, an das bis zur Jahreswende 1938/39 beschworene Feindbild vom „jüdischen Bolschewismus" anzuknüpfen, um die Umsetzung des Programms der Vernichtung in die Praxis zu begleiten[19].

---

[18] Überraschenderweise wiederholt noch M. Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 408, die These, der im Herbst 1940 gefaßte Entschluß Hitlers zum Angriff auf die Sowjetunion sei „nicht kalkulierter Plan zur Verwirklichung der Ostraum-Idee, sondern Zugzwang" gewesen, „um aus dem Abwartekrieg des Sommers 1940 herauszukommen und zu einem kriegsentscheidenden Abschluß zu gelangen". Tatsächlich erfolgte Hitlers Entscheidung zum Ostkrieg im Juli 1940 in einer Zeit, in der er überzeugt war, mit Großbritannien zu einem „Ausgleich" gelangen zu können. Zu den Stadien der Entschlußfassung im einzelnen: A. Hillgruber, Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt a.M. 1965, S. 207ff. Besonders hervorzuheben ist die äußerst bezeichnende, von B. v. Loßberg, Im Wehrmachtsführungsstab, Bericht eines Generalstabsoffiziers, Hamburg 1949, S. 105, überlieferte Begründung Hitlers für seinen Entschluß zum Ostkrieg in der Situation des Juli 1940, „daß er bei der Stimmung, die nach einem Siege über England herrschen würde, dem Volk *einen sofortigen neuen Krieg gegen Rußland schlecht zumuten*" könne. Ganz ähnlich äußerte sich Hitler laut Halder KTB, Bd. II, S. 283, im Februar 1941, jedoch nach einem Brief Halders an den Verfasser (vom 5.10.1954) auch bereits im Sommer 1940. Politische und ideologische Momente lassen sich bereits den ersten Äußerungen Hitlers zum Ostkrieg gegenüber der militärischen Führung entnehmen; vgl. KTB Halder, Bd. II, S. 33 (Notizen über Hitlers Ausführungen vom 21.7.1940) und S. 50 (Notizen über Hitlers Ausführungen vom 31.7.1940). Von einem „Zugzwang" Hitlers kann in *dieser* Phase des Krieges wirklich nicht die Rede sein. Militärische Gründe (die nach Broszat für den Angriffsentschluß Hitlers so gut wie allein ausschlaggebend waren) erforderten im übrigen schwerlich eine gleichzeitig so weit ausgreifende territoriale Konzeption, wie Hitler sie nach KTB Halder, Bd. II, S. 50, entwickelte. Schließlich hat Hitler neben ideologischen bzw. als ideologisch interpretierbaren Argumenten für seine „Lebensraum"-Politik schon früh den militär-geographischen Gesichtspunkt geltend gemacht, daß eine moderne Weltmacht über eine starke räumliche Basis verfügen müsse: Mein Kampf, S. 150, 152f., 728, 731; Zweites Buch, S. 102.

[19] Einzelheiten hierzu bei Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, a.a.O., S. 459f.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus den Äußerungen Hitlers im kleinen Kreise aus den letzten Monaten vor dem Angriff auf die Sowjetunion läßt sich die Kontinuität seiner Zielsetzung bis in die Einzelheiten belegen. Vier Motive verschlingen sich in seiner Ostkriegskonzeption ineinander:

1. die Ausrottung der „jüdisch-bolschewistischen" Führungsschicht einschließlich ihrer angeblichen biologischen Wurzel, der Millionen Juden in Ostmitteleuropa;

2. die Gewinnung von Kolonialraum für deutsche Siedler in den vermeintlich besten Teilen Rußlands sowie in solchen Gebieten, die Hitler aus politischen oder strategischen Gründen dazu für notwendig erachtete;

3. die Dezimierung der slawischen Massen und ihre Unterwerfung unter die deutsche Herrschaft in vier „Staatsgebilden", den „Reichskommissariaten" Ostland, Ukraine, Moskowien und Kaukasien, unter Führung deutscher „Vizekönige" – wie sich Hitler in Anlehnung an sein „Ideal" einer Kolonialherrschaft, die Rolle Großbritanniens in Indien[20], ausdrückte. Ihre Hauptaufgabe sollte darin bestehen, bei den Massen jede Erinnerung an einen russischen Großstaat zu beseitigen und sie in einen Zustand dumpfen, blinden Gehorsams gegenüber den neuen „Herren" zu versetzen. Schließlich sollte

4. die Autarkie eines blockadefesten „Großraums" in Kontinentaleuropa unter deutscher Herrschaft vollendet werden, für den die eroberten Ostgebiete das vermeintlich unerschöpfliche Reservoir an Rohstoffen und Lebensmitteln darbieten sollten. Dies schien die entscheidende Voraussetzung dafür, daß sich das „Germanische Reich deutscher Nation" in dem laufenden Krieg gegen die angelsächsischen Mächte behauptete und in Zukunft jedem denkbaren neuen „Weltkrieg" gewachsen war. Daß allein die Absicht, die deutsche Wehrmacht ausschließlich aus Rußland zu versorgen, dazu führen würde, daß „zig Millionen Menschen verhungern" müßten, wurde in den Richtlinien für den „Wirtschaftsstab Ost" schon am 2. Mai 1941 vorausgesetzt[21].

Bereits Mitte Juli 1941, d.h. nach rund vier Wochen Feldzug, glaubte sich Hitler im Osten am Ziel, so daß er nunmehr die nächstfolgende Etappe des Gesamtprogramms – wiederum militärstrategisch und rassenideologisch gleichzeitig – anvisierte. Nachdem der Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Halder, schon am 3. Juli in seinem Tagebuch notiert hatte[22], es sei „wohl nicht zu viel gesagt, wenn [er] behaupte, daß der Feldzug gegen Rußland innerhalb [von] vierzehn Tagen gewonnen wurde", und Hitler in der Lagebesprechung vom 8. Juli „grundsätzlich betonte", Leningrad und Moskau „dem Erdboden gleichzumachen", um zu verhindern, daß Menschen darin blieben, „die wir dann im Winter ernähren müßten", und von seiner Absicht sprach, eine „Volkskatastrophe" herbeizuführen, „die nicht

---

[20] H. Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42, hrsg. von P.E. Schramm, Stuttgart [2]1965, S. 137 (Aufzeichnung vom 1. August 1941).

[21] IMT, Bd. XXXI, Dok. PS-2718, S. 84.

[22] Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, Bd. III, Stuttgart 1964, S. 38.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur den Bolschewismus, sondern auch das Moskowitertum der Zentren beraubt"[23], gab er am 16. Juli im engsten Führungskreis (Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring und Bormann) sein Ostprogramm in knappster Formulierung bekannt[24]: „Grundsätzlich kommt es darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können." Zwar müsse die eigene Absicht, mit der Schaffung der „Reichskommissariate" eine endgültige Regelung herbeizuführen, sorgfältig getarnt werden. Aber: „Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln usw. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun."[25] Der Riesenraum – Hitler rechnete in dieser Zeit mit einem raschen Vorstoß über die ursprünglich vorgesehene Linie Archangelsk–Wolga–Astrachan hinaus über den Ural, um bei Omsk den von Osten her anrückenden Japanern die Hand zu reichen[26] – müsse so schnell wie möglich befriedet werden; „dies geschehe am besten dadurch, daß man jeden, der nur schief schaue, totschieße"[27].

Seines Triumphes im Osten sicher, hatte Hitler zwei Tage zuvor, am 14. Juli, bereits den Befehl gegeben, im Blick auf die Kriegführung gegen die angelsächsischen Mächte, das Schwergewicht der deutschen Rüstung vom Heer auf Marine und Luftwaffe zu verlagern[28]. Die Vorbereitungen zu einer Offensive über Bulgarien–Türkei, über den Kaukasus nach Iran–Irak und von Libyen–Ägypten aus in den britischen Nahostraum mit anschließendem Aufbau einer Operationsbasis in Afghanistan zur Bedrohung Britisch-Indiens waren ebenso im Gange wie für einen Vorstoß über Spanien und Gibraltar nach Nordwestafrika bis Dakar zum Aufbau einer Bastion gegen Amerika. Dabei sollten von den zu erobernden Azoren-Inseln aus im

---

[23] Kriegstagebuch des OKW (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945, hrsg. von P.E. Schramm, Bd. I: 1940/41, eingel. und erläutert von H.-A. Jacobsen, Frankfurt a.M. 1965, S. 1021.

[24] IMT, Bd. XXXVIII, Dok. L-221, S. 86ff. – Am 15.7.1941 legte der Leiter des Planungsamts im Stabshauptamt des RKF, Standartenführer Konrad Meyer-Hetlich, dem Reichsführer der SS Himmler – dessen Auftrag vom 21.6.1941 entsprechend – einen „Generalplan Ost" für die Siedlung im Ostraum vor. Zu diesem Frühstadium des „Generalplans Ost" vgl. Gerhard Eisenblätter, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, 1939–1945, Diss. phil. Frankfurt a.M. 1969, S. 205ff.

[25] Ebda.

[26] Vgl. hierzu Aufzeichnung über die Unterredung Hitlers mit dem japanischen Botschafter Oshima vom 14. Juli 1941, in: Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler 1939–1941, hrsg. von A. Hillgruber, Frankfurt a.M. 1967, S. 598ff.; ferner A. Hillgruber, Japan und der Fall „Barbarossa", Japanische Dokumente zu den Gesprächen Hitlers und Ribbentrops mit Botschafter Oshima von Februar bis Juni 1941, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 312ff.

[27] IMT, Bd. XXXVIII, Dok. L-221. – Das Folgende faßt die ausführliche Darstellung des Buches des Verf. „Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940–1941", Frankfurt a.M. 1965, bes. S. 377ff. und S. 536ff., zusammen. Zum Charakter des Ostkrieges und seiner Bedeutung im Rahmen von Hitlers Stufenplan vgl. jetzt auch K. Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933–1945, Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1971, S. 107ff.

[28] Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945, hrsg. von W. Hubatsch, Frankfurt a.M. 1962, S. 136ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Spätherbst 1941 Langstreckenbomber gegen die amerikanische Ostküste starten können. Der somit auf die Eroberung des europäischen Rußland in einer Art „Weltblitzkrieg" folgenden gewaltigen Erweiterung des deutschen Machtbereichs nach Südost und Südwest sollte die Ausweitung der zunächst auf die Ausrottung der Juden auf dem Territorium der Sowjetunion beschränkten „Endlösung" auf den ganzen deutsch-beherrschten Großraum entsprechen. Erst wenn dieser ganze riesige Raum frei von Juden war, konnte der nationalsozialistischen Rassenideologie zufolge die langfristige Sicherung der deutschen „Weltmacht"-Stellung gelingen. Gegenüber dem kroatischen Verteidigungsminister Kvaternik sprach Hitler dies am 21. Juli offen aus[29]: „Die Juden seien die Geißel der Menschheit ... Wenn die Juden freien Weg hätten wie im Sowjetparadies, so würden sie die wahnsinnigsten Pläne verwirklichen. So sei Rußland zu einem Pestherd für die Menschheit geworden ... Wenn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, so würde diese der Bazillenherd für eine neue Zersetzung werden. Gäbe es keine Juden mehr in Europa, so würde die Einigkeit der europäischen Staaten nicht mehr gestört werden." Zehn Tage später, am 31. Juli, beauftragte in seinem Namen Göring den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich[30], „in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen". Diese „Vorausmaßnahmen" mündeten in die am 20. Januar 1942 auf der berüchtigten „Wannsee-Konferenz" den Spitzen der deutschen Reichsbehörden mitgeteilten Entscheidungen[31]. Die damit eingeleitete zweite – d. h. die mittel- und westeuropäische – Phase der „Endlösung", in deren Verlauf – wie es im „Wannsee-Protokoll" hieß – Europa „von Westen nach Osten systematisch von Juden gesäubert" werden sollte, wurde in den Jahren von 1942 bis 1944 in den Vernichtungslagern in Polen, deren größtes Auschwitz-Birkenau zum Symbol hierfür geworden ist, fast zu Ende geführt – obwohl die militärstrategische Parallelaktion, die Ausweitung des deutschen Machtbereichs weit nach Südosten bis nach Vorderasien und nach Südwesten bis Westafrika, infolge des Scheiterns des „Barbarossa"-Unternehmens in der Schlacht vor Moskau im Winter 1941/42 nicht zum Tragen kam.

Hinter dieser vor allem durch den Eichmann-Prozeß in zahlreichen Einzelheiten bekanntgewordenen zweiten Phase der Ausrottung der west- und mitteleuropäischen Juden ist die ihr vorausgehende, mit Hitlers Ostkrieg unmittelbar verknüpfte erste Phase, in der in wenigen Monaten mehr als eine halbe Million Juden im Westteil Rußlands von den Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD erschossen wurden[32], allzusehr in der Erinnerung zurückgetreten, obwohl

[29] Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler 1939–1941, a.a.O., S. 614.

[30] Nürnberg-Dok. NG-2586, abgedruckt u.a. bei H. Krausnick, Judenverfolgung, in: M. Broszat, H.-A. Jacobsen und H. Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Bd. II, Olten-Freiburg i. Br. 1965, S. 372f.

[31] Nürnberg-Dok. NG-2586.

[32] Zusammenfassende Darstellung auf Grund des neuesten Forschungsstandes: H. Krausnick, Judenverfolgung a.a.O., S. 360ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Zusammenhang der verschiedenen Seiten von Hitlers rassenideologischem Vernichtungskrieg hier noch unmittelbarer zu erkennen und die Folgen dieses Geschehens für die Gegenwart fast noch größer sind. Zudem lassen sich Kontinuität und Bruch in der deutschen Ostpolitik vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg und damit ein wesentliches Stück deutscher Geschichte dieses Jahrhunderts von hier aus erhellen. Ein tiefer Bruch zeigte sich bei aller sonst (militärgeographisch wie „wehrwirtschaftlich") zu erkennenden Verbindung zur deutschen Ostpolitik von 1918[33] darin, daß viele Juden in Westrußland in Erinnerung an die deutsche Judenpolitik im Ersten Weltkrieg[34] – die mit dem Ziel einer Revolutionierung Rußlands und einer Erschütterung der Zarenherrschaft die Juden in Rußland umworben hatte – den Einmarsch der deutschen Truppen 1941 ebenso wie Teile der ukrainischen Bevölkerung begrüßt haben, ohne zu ahnen, was ihnen bevorstand. Hitlers Ostkrieg zerstörte zugleich auf deutscher Seite die bis dahin noch mühevoll durchgehaltene Fiktion einer Trennung zwischen der militärischen Kriegführung im Stile „europäischer Normalkriege" und den Maßnahmen von Sicherheitspolizei und SD in den besetzten Gebieten: er verknüpfte vielmehr SS-Aktion und militärischen Kampf als verschiedene Seiten eines einzigen großen Vernichtungskrieges zu einem unlösbaren Ganzen. So sehr sich nun am Beispiel von Wehrmachtführung und SS diese Verklammerung zeigen läßt, so wäre es doch problematisch, unter den Repräsentanten der alten deutschen Führungsgruppen allein den Militärs eine Beteiligung am Umschlag von konventioneller zur Vernichtungskriegführung zur Last zu legen und – weil die historische Forschung in Westdeutschland bisher die Rolle von Staatsbürokratie, Diplomatie und Wirtschaftsführung noch nicht in gleichem Maße untersucht hat – das Zusammenwirken auf das Verhältnis Hitler–Wehrmacht–SS einzuengen. Nur vor dem Hintergrund der objektiv gegebenen Mitwirkung eines Großteils aller alten Führungsgruppen an der nationalsozialistischen Ostpolitik kann das Verhalten der militärischen Führung jenseits von Apologie und Anklage historisch so weit wie überhaupt möglich gerecht beurteilt werden. Unter solchem Vorbehalt sei diesem speziell erscheinenden Problem, von dem aus jedoch Licht auf das Ganze fällt, etwas ausführlicher nachgegangen.

Während in der Zeit bis zum Angriff auf die Sowjetunion die Aufgaben von Wehrmacht und SS, im ganzen gesehen, noch relativ klar voneinander getrennt waren und folglich die Wehrmacht den Krieg besonders gegen die Westmächte nach den Regeln der Haager Landkriegsordnung führte, setzte Hitler diese und andere Prinzipien des Völkerrechts bereits vor Angriffsbeginn für den Krieg gegen die Sowjetunion aus eigener Machtvollkommenheit außer Kraft. Sein Bestreben, die bisher eingehaltene Trennlinie zwischen SS und Wehrmacht zu beseitigen und die letztere unmittelbar zum Instrument seines rassenideologischen Krieges zu

[33] W. Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, München 1966, bes. S. 117 ff.

[34] E. Zechlin, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969, S. 251 ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

machen, ging aus seinen Ausführungen in einer grundlegenden Rede vor 200 bis 250 Befehlshabern und höheren Offizieren am 30. März 1941 in der Reichskanzlei mit unmißverständlicher Klarheit hervor[35]: „Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander. Vernichtendes Urteil über den Bolschewismus. Ist gleich asoziales Verbrechertum. Kommunismus ungeheuere Gefahr für die Zukunft. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. Wenn wir es nicht so auffassen, dann werden wir zwar den Feind schlagen, aber in 30 Jahren wird uns wieder ein kommunistischer Feind gegenüberstehen ... Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden ... Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft." – Stellen wir die Frage nach der Reaktion der Militärs auf diese grundsätzlichen Darlegungen Hitlers zurück und skizzieren wir zunächst die Maßnahmen, die ihnen folgten.

Der für den Charakter des Krieges entscheidende Auftrag Hitlers an Himmler, mit vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in einer Gesamtstärke von etwa 3000 Mann in den eroberten Gebieten hinter der Front, im rückwärtigen Heeresgebiet, z.T. sogar in den rückwärtigen Armeebereichen, „Sonderaufgaben" zu übernehmen, war zum erstenmal in einem militärischen Schriftstück, nämlich in einer OKW-Weisung vom 13. März 1941 angedeutet worden, als auf direkte Weisung Hitlers ein entsprechender besonderer Passus darin aufgenommen wurde[36]. Die Sicherheitspolizei- und SD-Einheiten wurden – wie es in der durch einen von Generalfeldmarschall von Brauchitsch am 28. April 1941 unterzeichneten Befehl sanktionierten Vereinbarung zwischen OKH und SS hieß – „hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung" den Armeen unterstellt, sollten aber ihre Aufgaben „in eigener Verantwortlichkeit" durchführen[37]. Der Befehl zur Erschießung aller Juden wurde den Einsatzgruppen- und Einsatzkommando-Führern sowie deren Stellvertretern in Pretzsch im Mai 1941 von Heydrich mündlich erteilt[38]. Er schloß auch die Exekution der kommunistischen Funktionäre, der sogenannten „Asiatisch-Minderwertigen" und der Zigeuner ein[39].

Im militärischen Bereich wurden die Konsequenzen aus den grundsätzlichen Ausführungen Hitlers vom 30. März 1941 im „Führererlaß" vom 13. Mai 1941 über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet „Barbarossa" sowie in den „Richtlinien" des OKW „für die Behandlung politischer Kommissare" vom 6. Juni 1941 (dem sogenannten „Kommissar-Befehl") gezogen. In dem (dann durch einen so-

---

[35] Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, Bd. II, Stuttgart 1963, S. 336ff.

[36] Kriegstagebuch des OKW (Wehrmachtführungsstab), Bd. I, a.a.O., S. 340ff., S. 346; IMT, Bd. XXVI, Dok. PS-447.

[37] Nürnberg-Dok. NOKW-2080, abgedr. bei H.-A. Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. II, a.a.O., S. 204f.

[38] Überzeugender Nachweis bei H. Krausnick, Judenverfolgung, a.a.O., S. 363ff.

[39] Ebda., S. 364.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genannten „Disziplinarerlaß" des Oberbefehlshabers des Heeres v. Brauchitsch etwas abgeschwächten) „Führererlaß" wurde u.a. zur Behandlung von Straftaten von Angehörigen der Wehrmacht gegen Landesbewohner gesagt[40]: „Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist. Bei der Beurteilung solcher Taten ist in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen, daß der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einfluß zurückzuführen war und daß kein Deutscher dies vergessen hat." Im „Kommissar-Befehl" hieß es[41]: „Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine haßerfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten. Die Truppe muß sich bewußt sein: 1. In diesem Kampf ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind alle eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete. 2. Die Urheber barbarisch-asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muß daher sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden. Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen."

Während dieser „Kommissar-Befehl" nur bis zu den Oberbefehlshabern der Armeen hinunter verteilt wurde und die Bekanntgabe an die Befehlshaber und Kommandeure nur mündlich erfolgen sollte, wurden die „Richtlinien" des OKW „für das Verhalten der Truppe in Rußland"[42] unmittelbar vor Beginn des Angriffs allgemein bekanntgemacht. Die wichtigsten für die massive Beeinflussung der drei Millionen Mann des deutschen Ostheeres durch die nationalsozialistische Rassenideologie kennzeichnenden Absätze darin lauteten: „Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes."

Stalins Aufruf zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen vom 3. Juli 1941 bot die Möglichkeit, die Ausrottung der Juden mit der Bekämpfung der Partisanen zu verbinden und auf diese Weise SS-Aktion und militärischen Kampf noch fester zu verknüpfen. In der Besprechung mit dem engsten Führungskreis am 16. Juli erfaßte Hitler diese „Chance", indem er erklärte: „Die Russen haben jetzt einen Befehl

---

[40] Nürnberg-Dok. C-50, abgedr. bei H.-A. Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, a.a.O., S. 215ff.

[41] Nürnberg-Dok. NOKW-1076, abgedr. bei Jacobsen, a.a.O., S. 225ff.

[42] Nürnberg-Dok. NOKW-1692, abgedr. bei Jacobsen, a.a.O., S. 223f.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum Partisanenkrieg hinter unserer Front gegeben. Dieser Partisanenkrieg hat auch wieder seinen Vorteil: er gibt uns die Möglichkeit auszurotten, was sich gegen uns stellt."[43]

Die Auswirkung dieser Verklammerung zweier vom Ansatz her verschiedener Maßnahmen wurde in dem von Hitler als „ausgezeichnet" bezeichneten Befehl des Oberbefehlshabers der 6. Armee, des dem Nationalsozialismus eng verbundenen Generalfeldmarschalls v. Reichenau, vom 10. Oktober 1941 deutlich[44]: „Das wesentliche Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolschewistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis. Hierdurch entstehen auch für die Truppen Aufgaben, die über das hergebrachte einseitige Soldatentum hinausgehen. Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden. Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum *volles*[45] Verständnis haben. Sie hat den weiteren Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäß stets von Juden angezettelt werden, im Keime zu ersticken ... Fern von allen politischen Erwägungen der Zukunft hat der Soldat zweierlei zu erfüllen: 1. die völlige Vernichtung der bolschewistischen Irrlehre, des Sowjetstaates und seiner Wehrmacht, 2. die erbarmungslose Ausrottung artfremder Heimtücke und Grausamkeit und damit die Sicherung des Lebens der deutschen Wehrmacht in Rußland. Nur so werden wir unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht, das deutsche Volk von der asiatisch-jüdischen Gefahr ein für allemal zu befreien."

Historisch bedeutsamer, weil für die zwiespältige, faktisch aber die nationalsozialistische Ostpolitik unterstützende Haltung eines großen Teils des höheren Offizierkorps charakteristisch, ist die auf Anregung seines Heeresgruppenkommandos (v. Rundstedt) übernommene, wenn auch modifizierte Form dieses Reichenau-Befehls durch den Oberbefehlshaber der 11. Armee, General v. Manstein, in dessen Bereich auf der Krim sich starke Partisanenverbände befanden. Sein Befehl vom 20. November 1941[46] zeigt, nach der Übernahme der nationalsozialistischen Phraseologie im ersten Teil, im zweiten das Bemühen des von konservativer Grundauffassung bestimmten und einer konventionellen deutschen Großmachtpolitik dienenden Militärs, sich so weit wie möglich auf seine Fachaufgabe zu beschränken und diese nach traditionellem Soldatenethos zu erfüllen. Der Zusammenhang seines Befehls mit der Partisanenbekämpfung ist unverkennbar, doch heißt es dann, den Reichenau-Text etwas abwandelnd: „Das Judentum bildet den Mittelsmann zwischen dem Feind im Rücken und den noch kämpfenden Resten der Roten Wehrmacht und der Roten Führung. Es hält stärker als in Europa alle Schlüsselpunkte der politischen

[43] IMT, Bd. XXXVIII, Dok. L-221.
[44] IMT, Bd. XXXV, Dok. D-411, S. 84ff.
[45] Im Original unterstrichen.
[46] IMT, Bd. XX, S. 698ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Führung und Verwaltung, des Handels und des Handwerks besetzt und bildet weiter die Zelle für alle Unruhen und möglichen Erhebungen. Das jüdisch-bolschewistische System muß ein für allemal ausgerottet werden. Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen." Schließlich folgte die eigene Wendung: „Die Herrschaft in diesem Lande verpflichtet uns zur Leistung, zur Härte gegen uns selbst, zur Zurückstellung der Person . . . Mit aller Schärfe ist [daher] einzuschreiten: gegen Willkür und Eigennutz, gegen Verwilderung und Undisziplin, gegen jede Verletzung der soldatischen Ehre."

Obwohl in diesem Befehl von einer physischen Vernichtung der Juden nicht die Rede war, konnte der Befehl bei der Truppe doch nur so aufgefaßt werden, als rechtfertige v. Manstein das Beobachtete, die Massenexekutionen der Sicherheitspolizei und des SD auf der Krim. Trotz allen bei genauerer Analyse des Befehls festzustellenden Differenzen zwischen der Diktion des konservativen Offiziers und dem nationalsozialistischen Vernichtungsprogramm ist denn auch die objektive Nachbarschaft und die faktische Unterstützung von Hitlers rassenideologischem Ost-Programm durch die von Manstein repräsentierte alte Führungsgruppe der höheren Offiziere gar nicht zu übersehen. Welche Konsequenzen dies auf unterer Ebene hatte, zeigte sich in verschiedenen, während der letzten Jahre vor westdeutschen Gerichten geführten Prozessen, bei denen die Zusammenarbeit der der 11. Armee unterstellten Geheimen Feldpolizei mit Einheiten der Sicherheitspolizei und des SD im Mittelpunkt stand und es um die wichtige Frage ging, inwieweit diese effektive Kooperation von Heeres- und SS-Verbänden bei Partisanenbekämpfung *und* Judenausrottung auf der Krim von der Armeeführung befohlen worden oder auf selbständige Entscheidungen der Einheitsführer der Geheimen Feldpolizei zurückzuführen ist. Die Verzahnung von beidem wird jedenfalls beispielhaft deutlich an einem Einsatzbefehl des Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Süd/Sonderkommando 11 b vom 12. Januar 1942[47], in dem es heißt: „Auf Befehl des Armeeoberkommandos 11 – Oberquartiermeisterabteilung – wird am 12. Januar 1942 um 11.00 Uhr schlagartig eine Aktion zur Erfassung unzuverlässiger Elemente (Partisanen, Saboteure, evtl. Feindgruppen, Fallschirmjäger in Zivil, Juden, führenden Kommunisten usw.) durchgeführt. Armeeoberkommando 11 – Oberquartiermeisterabteilung – hat die Einsatzgruppe D – Sonderkommando 11/b – der Sicherheitspolizei und SD mit der Durchführung der Aktion beauftragt. Dem Sonderkommando werden alle dem Stadtverteidigungskommandanten zur Verfügung stehenden Kräfte in Stärke von 2320 Mann sowie 55 Mann der Feldgendarmerie und 20 Mann der Geheimen Feldgendarmerie zur Verfügung gestellt." Die Ergebnisse solcher Aktionen schlugen sich außer in den bekannten „Ereignismeldungen UdSSR" des Chefs der Sicherheits-

[47] Nürnberg-Dok. NOKW-3453 (Original im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i. Br., Akte: 35774/6, AOK 11/Ic, Anlageband 5 zum Tätigkeitsbericht Einsatzgruppe D der SP und des SD vom 9.7.1941 bis 17.8.1942).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

polizei und des SD offenbar auch in von Himmler persönlich unterzeichneten „Meldungen an den Führer über Bandenbekämpfung" nieder, von denen die besonders aufschlußreiche Nr. 51 (betreffend: „Rußland-Süd, Ukraine, Bialystok") vom 20. Dezember 1942 erhalten geblieben ist und unter den beiden ersten Rubriken lautet:

„1. *Banditen*:

a) festgestellte Tote nach Gefechten

August	*September*	*Oktober*	*November*	*insgesamt*
227	381	427	302	1337

b) Gefangene sofort exekutiert

125	282	87	243	737

c) Gefangene nach längerer eingehender Vernehmung exekutiert

2100	1400	1596	2731	7828 [sic]

2. *Bandenhelfer und Bandenverdächtige*:

a) festgenommen

1343	3078	8337	3795	16553

b) exekutiert

1198	3020	6333	3706	14257

c) Juden exekutiert

31246	165282	95735	70948	363211"[48].

Bei der Bilanz der osteuropäischen Phase der „Endlösung" sprach Himmler vor dem obersten SS-Führerkorps am 4. Oktober 1943 davon, daß die Beteiligten („abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen") „anständig" geblieben seien[49]. Der Begriff „anständig" in solchem Zusammenhang, obwohl hier nur auf die höheren SS-Führer bezogen, bietet einen Schlüssel für weitere geschichtliche Zusammenhänge. Auch Manstein verwendete den Begriff der „soldatischen Ehre" am Schluß seines Befehls. Überschaut man die ganze Entwicklung bis zu Hitlers Ostkrieg, so waren die Stellungen als höhere SS-Führer einerseits und als Befehlshaber der deutschen Wehrmacht andererseits für die Soldaten der alten Armee gleichsam Endstationen jener zwei Wege, die sich an der Gabelung Anfang der zwanziger Jahre getrennt hatten: des Weges über nationalrevolutionäres Soldatentum in den Freikorps zum politischen Landsknechtstum der SA und SS – und des Weges über das Seecktsche Reichswehroffizierkorps zum hochqualifizierten, „unpolitischen" – aber an die Vorstellung von der besonderen Rolle des deutschen Heeres als Instrument einer aktiven deutschen Großmachtpolitik gebundenen – Fachmann der Aufbaujahre der Wehrmacht und Befehlshaber in den siegreichen Blitzfeldzügen der Jahre 1939–1941. Die Wege schienen sich getrennt zu haben, doch sind sie im Ostkrieg wieder mehr oder weniger nahe aneinandergerückt.

Wie hat es dahin kommen können, daß die Führung des deutschen Heeres, wenn

[48] Nürnberg-Dok. NO-511 (Institut für Zeitgeschichte München).
[49] IMT, Bd. XXIX, Dok. PS-1919, S. 145.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch überwiegend indirekt, zum Komplizen des von den Einheiten der Sicherheitspolizei und des SD auf Hitlers Befehl ausgeführten Massenmordes an den Juden auf dem Territorium der Sowjetunion wurde? Die Stunde der letzten Entscheidung war hier zweifellos jener 30. März 1941, als Hitler mit seltener Offenheit vor den über 200 versammelten Offizieren seinen Entschluß zum rassenideologischen Vernichtungskrieg unter Außerkraftsetzung wesentlicher völker- und kriegsrechtlicher Normen verkündete. Der Oberbefehlshaber des Heeres v. Brauchitsch versagte sich damals der Alternative, die der Generalstabschef Halder auf Grund des Einspruchs der drei Oberbefehlshaber der Heeresgruppen (Ritter v. Leeb, v. Bock und v. Rundstedt) sowie einiger Armeeoberbefehlshaber gegen die Ausführungen Hitlers – nach dessen Weggang – vorgeschlagen hatte, nämlich entweder Hitler bereits am Nachmittag dieses Tages zur Zurücknahme des Entschlusses zu veranlassen oder die Ämter des Oberbefehlshabers des Heeres und des Chefs des Generalstabes zur Verfügung zu stellen[50]. Brauchitsch hielt es für aussichtslos, auf diese Weise Hitler von seinem Entschluß abzubringen. Die sicherlich von vielen geteilte Auffassung des damaligen Ia der Heeresgruppe Mitte (und später nächst Stauffenberg aktivsten Vertreter des militärischen Widerstandes) v. Tresckow, daß „wenn Völkerrecht gebrochen wird, ... es zuerst die Russen tun (sollten) und nicht wir"[51], widersprach diametral dem „fanatischen" Willen Hitlers, den Vernichtungskrieg seinerseits unverzüglich zu eröffnen.

Wie in manchen vorausgehenden Entscheidungsstunden versagte die Spitze der Heeresführung somit auch in dem Augenblick, da nach der Beseitigung ihrer politischen Machtstellung nun auch der Kern des traditionellen soldatischen Ethos zerstört werden sollte. Von allen individuellen Gründen abgesehen, die dabei eine Rolle spielen mochten, abgesehen auch von dem für die meisten Repräsentanten der alten Führungsgruppen geltenden Faktum, daß die nationalsozialistischen Ziele zum guten Teil den eigenen entsprachen, wirkte ein Moment sozialgeschichtlicher Entwicklung hier wesentlich mit: Das aus der alt-preußischen Tradition erwachsene Spannungsverhältnis zwischen Offiziersethos und Gehorsamspflicht gegenüber dem Obersten Kriegsherrn hatte sich seit der Wilhelminischen Ära – vor allem auf Grund der Veränderungen der allgemeinen Sozialstruktur, der Kriegstechnik im Ersten Weltkrieg und schließlich der Konzeption Seeckts – immer mehr zugunsten eines verabsolutierten „unbedingten Gehorsams" verschoben[52]. Auch die Generale waren dadurch, wenn auch in anderer Weise als die politischen Landsknechte der SS unter der Devise „Meine Ehre heißt Treue" gegenüber jedem Befehl des „Führers", zu „Militärtechnikern", zu „einsetzbaren militärischen Funktionären" abgesunken[53].

---

[50] A. Philippi–F. Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941–1945, Stuttgart 1962, S. 50f.

[51] Aufzeichnung von Generalleutnant a. D. G. Engel, zit. bei Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, a. a. O., S. 177.

[52] Ausführlich über diese Entwicklung K. Demeter, Das deutsche Offizierskorps in Staat und Gesellschaft 1650–1945, Frankfurt a. M. [4]1965, S. 147ff.

[53] K.-J. Müller, 20. Juli 1944, Der Gewissenskonflikt des Soldaten, in: 1914 – 1939 – 1944, Schicksalsjahre deutscher Geschichte, Boppard/Rhein 1964, S. 171ff., bes. S. 179.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Voraussetzungen für ein von einem Gruppenethos bestimmtes Aufbegehren der gesamten Generalität oder wenigstens einer repräsentativen Generalselite gegen Hitler waren daher nicht mehr gegeben. Für den Typ eines Hubertusburg-Marwitz, der „Ungnade wählte, wo Gehorsam nicht Ehre brachte", fehlten die sozialgeschichtlichen Bedingungen somit schon bei Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. Die traditionelle und verpflichtende Vorstellung von einer abgestuften Verantwortung innerhalb der Rangfolge und im Befehlssystem wurde in der Folge immer mehr abgeschwächt und alle Verantwortung dem die absolute Befehlsgewalt beanspruchenden und an sich ziehenden Obersten Kriegsherrn, „Feldherrn" oder „Führer" übertragen.

Diese Entwicklung war schließlich so weit fortgeschritten, daß sie von Hitler nur noch durch die Entfernung der wenigen selbständigen und im weitesten Sinne politischen Köpfe in der Generalität in einigen Schüben vollendet zu werden brauchte. Ein allgemeines sittliches, über den „privaten" wie den fachlichen Bereich hinausgehendes, auf Gesellschaft und Staat bezogenes Verantwortungsbewußtsein[54], das in entscheidenden Situationen zu politischen Konsequenzen auch gegen die Staatsführung und den Obersten Befehlshaber zwang und an das Beck 1938 in seinen großen Denkschriften appellierte, bestand nicht mehr. Becks Appell blieb daher ein bloßer Anruf für Einzelne zur Gewissensentscheidung in jener permanenten Grenzsituation, die auch er selbst als solche in voller Tragweite erst im Winter 1937/38 erkannt hatte[55], weil auch er sich zunächst mit den verkündeten nationalen Zielen Hitlers und seiner „Bewegung" partiell identifiziert hatte. Nur die wenigsten – und auch sie erst spät – haben schließlich dem entsprochen, was eine konservative preußisch-deutsche Tradition gebot, die nicht zur bloßen Konvention erstarrt war. Ein „Augenschließen" gegenüber den Vorgängen jenseits des eigenen Fachbereichs, ein Abkapseln und Selbstisolieren in den oft drängenden und bedrückenden Tagesaufgaben, verbunden mit gelegentlichen Ansätzen zu Opposition dann, wenn der Nationalsozialismus in den eigenen Fachbereich hineinwirkte, kennzeichneten die Haltung der meisten. Kaum einer ahnte, daß Hitler – als das Unternehmen „Barbarossa" nicht, wie erhofft, in wenigen Monaten erfolgreich beendet war, sondern sich zu einem jahrelangen verlustreichen Ringen ausweitete – schon im Winter 1941/42 die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns des Ganzen erkannt hatte und im engsten Kreise auch offen aussprach[56].

[54] In Polen 1939/40 war dieses in einer Reihe von Fällen (vor allem beim Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Blaskowitz) noch lebendig. Wenn auf Vergleichbares während des Feldzuges gegen die Sowjetunion 1941 kaum mehr hingewiesen werden kann, so dürfte der für alle Militärs überwältigende Erfolg der von Hitler entgegen ihren Warnungen unternommenen Westoffensive von 1940 mit der Niederwerfung Frankreichs zu der veränderten Haltung beigetragen haben.

[55] Zu Becks Haltung gegenüber Hitler und dem Nationalsozialismus 1933–1938 jetzt K.-J. Müller, Das Heer und Hitler, Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, Stuttgart 1969, S. 44ff., S. 249ff. und S. 300ff.

[56] Kriegstagebuch des OKW (Wehrmachtführungsstab), Bd. IV, Frankfurt a.M. 1961, S. 1503 (grundlegende Ausführungen des Generalobersten Jodl vom 15. Mai 1945).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Selbst wenn er aber sich eingestehen mußte, daß der Sieg und damit das deutsche Ostimperium nicht realisierbar war, wollte Hitler doch das andere Ziel, die Ausrottung der Juden in Europa – die er am 30. Januar 1939 als Ergebnis des Krieges „prophezeit" hatte[57] – keinesfalls aufgeben. Daß während des Sommerfeldzuges 1942 in Richtung Stalingrad und Kaukasus alle Kräfte und alle Transportmittel für dieses strategisch als entscheidend betrachtete Ziel hätten eingesetzt werden müssen, läßt sich wohl nicht bestreiten. Dennoch rollten aus ganz West- und Mitteleuropa Eisenbahntransporte mit Juden in die Vernichtungslager in Polen. Klarer konnte nicht hervortreten, welche Bedeutung die Nationalsozialisten ihrem Ziel einer Vernichtung der Juden beilegten!

Suchen wir in zweifacher Hinsicht ein Fazit zu finden: eines, das die subjektive Seite, nämlich die zwiespältige Haltung des Großteils der militärischen Führung – aber wohl auch der meisten Vertreter der alten deutschen Führungsschicht überhaupt – zu Hitlers Krieg betrifft, und ein weiteres, das diese letzte, mit Verbrechen größten Ausmaßes endende Phase deutscher Großmachtpolitik in den historischen Zusammenhang einordnen soll.

Das vom Chef des OKW, Generalfeldmarschall Keitel, am Ende des Nürnberger Hauptprozesses gesprochene persönliche Schlußwort scheint mir wegen des – im Vergleich mit vielen späteren apologetischen Bekundungen anderer – erkennbaren Strebens nach Wahrhaftigkeit geeignet, zum Kern der Problematik *aus der Sicht der Mitbeteiligten* vorzudringen[58]: „Mein Verteidiger", so erklärte Keitel, „hat mir im Laufe des Verfahrens zwei grundsätzliche Fragen vorgelegt. Die erste ... lautete: ‚Würden Sie im Falle eines Sieges abgelehnt haben, an dem Erfolg zu einem Teil beteiligt gewesen zu sein?' Ich habe geantwortet: ‚Nein, ich würde sicher stolz darauf gewesen sein.' Die zweite Frage lautete: ‚Wie würden Sie sich verhalten, wenn Sie noch einmal in die gleiche Lage kämen?' Meine Antwort: ‚Dann würde ich lieber den Tod wählen, als mich in die Netze so verderblicher Methoden verstricken zu lassen.' Aus diesen beiden Antworten möge das Hohe Gericht meine Beurteilung erkennen. Ich habe geglaubt, ich habe geirrt und war nicht imstande zu verhindern, was hätte verhindert werden müssen. Das ist meine Schuld. Es ist tragisch, einsehen zu müssen, daß das Beste, was ich als Soldat zu geben hatte, Gehorsam und Treue, für nicht erkennbare Absichten ausgenutzt wurde und ich nicht sah, daß auch der soldatischen Pflichterfüllung eine Grenze gesetzt ist."

Diese Erkenntnis Keitels „in extremis mortis" leitet zurück zu der allgemeinen Frage, wie es möglich wurde, daß die traditionellen Träger von Macht und Verantwortung in Deutschland – neben der Generalität auch die führenden Kräfte in Verwaltung, Diplomatie und Wirtschaft – dem Nationalsozialismus selbst dann noch

---

[57] Domarus, Bd. II, a.a.O., S. 1058. An diese „Prophezeiung" – die er übrigens auf seine Reichstagsrede vom 1. September 1939 umdatierte – erinnerte Hitler in seinen Proklamationen und Reden am 1. Januar, 30. Januar, 24. Februar, 30. September und 8. November 1942.

[58] IMT, Bd. XXII, S. 428ff., auch W. Görlitz (Hrsg.), Generalfeldmarschall Keitel – Verbrecher oder Offizier?, Göttingen 1961, S. 385ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

folgten, als der qualitative Umschlag seiner Politik zum eklatant Kriminellen offenkundig geworden war, obwohl das nun von ihnen Geforderte – weit über normale Kampfaufträge und Besatzungsaufgaben hinaus – die Abschirmung und teilweise Mitwirkung bei einem „staatlich" organisierten Verbrechen bedeutete. Mit der Vorbereitung des Ostkrieges wurde ja der bis dahin noch relativ abgekapselte SS-Bereich, in dem zwecks Durchsetzung des „Führerwillens" alle traditionellen ethischen Vorbehalte von Anbeginn aufgehoben waren, in seinen Funktionen wesentlich erweitert und – für die Führungskräfte in Heer, Verwaltung und Diplomatie mehr oder minder klar erkennbar – in den Mittelpunkt des jetzt auf kontinental-europäischen „Großraum" abzielenden nationalsozialistischen Herrschaftssystems gerückt. Ohne aktive Hilfe oder passive Hinnahme von seiten einer relativ großen Gruppe der alten Führungsschicht aber wäre der in den Jahren 1941–1944 in den besetzten sowjetischen Gebieten weitgehend verwirklichte Versuch Hitlers, bisher nur in außereuropäischen Kolonialkriegen geübte Vernichtungspraktiken auf eine Auseinandersetzung zwischen zwei Großmächten zu übertragen, nicht durchführbar gewesen.

Neu war hierbei, daß die feindliche Großmacht nicht mehr „nur" – wie in den politischen Programmen der Epoche des Imperialismus seit Beginn des Ersten Weltkrieges – durch Annexionen von Randzonen, Absprengung von Teilgebieten oder enge wirtschaftliche Verklammerung des Rest-Staates mit der Sieger-Macht auf die Stufe einer zu großen Politik hinfort unfähigen mittleren Macht reduziert und damit in Abhängigkeit vom „Sieger" gebracht, sondern als Ganzes auf das Niveau einer Kolonie herabgedrückt werden sollte. Es würde demnach eine letzte Übersteigerung der von Übersee auf Kontinentaleuropa zurückschlagenden imperialistischen Zielsetzungen und Methoden vorliegen. Aber auch eine Tendenz zur Übertragung der Vernichtungspraktiken gegenüber Staatsfeinden oder zu solchen Deklarierten auf die vermeintlich gleichen Feinde innerhalb des angestrebten Großraums wird in diesem Zusammenhang zu beachten sein. Schließlich wäre die Frage einer Übernahme der Praktiken des „jüdisch-bolschewistischen Todfeindes" in Rußland seit 1917/18, zumal seit den blutigen stalinistischen „Säuberungen" in der Mitte der dreißiger Jahre, zu prüfen. Trotz aller solcher Bezüge bleibt jedoch die Feststellung Max Webers unbestreitbar, daß sich jede politische Führung erst dann durchsetzen kann, wenn sie die Chance besitzt, für ihre Befehle Gehorsam zu finden. Solange und soweit sich die sozialen Führungsgruppen bei aller möglichen Einzelkritik insgesamt in dem Verhalten ihrer Spitze repräsentiert sehen, ist dieser Gehorsam fast selbstverständlich. Er wird aber zum Problem, wenn sich das Verhalten der Staatsführung so grundlegend ändert, wie es 1941 beim Übergang zum rassenideologischen Vernichtungskrieg im Osten der Fall war.

Wie immer man bei der Lösung dieses Kernproblems in Zukunft im einzelnen differenzieren und modifizieren mag, im ganzen gesehen wird das Urteil von den Grundpositionen des Historikers bestimmt bleiben müssen. Zwei einander nicht ausschließende, vielmehr in mancherlei Hinsicht ergänzende Thesen dürften dabei zu unterscheiden sein: eine Betonung des sozialpsychologischen Arguments, wonach

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Kontinuität imperialistischer Traditionen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mit der Ausbildung von Praktiken zur Massenvernichtung von Kolonialvölkern[59] sowie eine Radikalisierung der Bürgerkriegführung seit der Französischen Revolution die Mitwirkung der alten Führungsgruppen auch bei der Übertragung dieser Methoden auf eine Auseinandersetzung zwischen Großmächten, die als Kolonial- und Bürgerkrieg größten Stils angesehen wurde, ermöglicht habe. Zum anderen wird die Antwort in dem rasch fortschreitenden Verlust an religiöser und moralischer „Substanz" in den Führungsschichten ganz Europas seit dem 19. Jahrhundert zu suchen sein. Sie wird von den Auswirkungen dieses „Substanzverlustes" auf die Machtpolitik der Großstaaten ausgehen, um die Handlungs- und Reaktionsweisen der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte, der Führungsgruppen und ihrer Repräsentanten zu erklären. Unter den besonders schwierigen Bedingungen seiner Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg führten diese in qualitativen Veränderungen der Politik und Kriegführung aller Großmächte erkennbaren Folgen in Deutschland nicht nur zur militärischen und politischen, sondern auch zur moralischen Katastrophe. Diese begann nicht unvermittelt im Jahre 1941 mit der Auslösung des rassenideologischen Vernichtungskrieges mit seinen beiden Seiten: Eroberung von „Lebensraum" im Osten und „Endlösung", sondern sie war geistig vorbereitet: Die – durch jenen Schwund an religiöser und moralischer Substanz ermöglichte – Herauslösung traditioneller Werte wie Gehorsam, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft und Treue aus einem größeren Wertzusammenhang und ihre daraus folgende Verabsolutierung erlaubten es dem Nationalsozialismus, die zum Bruch mit der Tradition bereiten Kräfte der „Bewegung" und des politischen Landsknechtstums unmittelbar in seinen Dienst zu nehmen; sie erlaubten ihm zugleich, auch die an der „Tradition" ohne klaren Wertbezug festhaltenden Führungsgruppen durch formal legale Akte und Berufung auf sinnentleerte Verpflichtungen mindestens mittelbar in seinen Dienst zu ziehen. Die Kontinuität jenes „Substanzverlustes" über das Ende des „Dritten Reiches" hinaus, in die sich der Historiker der Gegenwart hineingestellt sieht, macht es ihm so schwer, die Ungeheuerlichkeit des Geschehens selbst wie Täter und Verstrickte auch nur annähernd adäquat zu beurteilen, geschweige seinen Millionen von Opfern gerecht zu werden.

[59] Vgl. H. Bley, Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894–1914, Hamburg 1968.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ELMAR KRAUTKRÄMER

DER INNERDEUTSCHE KONFLIKT UM DIE MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ IN MÜNCHEN 1947

Es war nicht erst das Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz vom Sommer 1946, das Briten und Amerikaner veranlaßte, ihre Zonen zusammenzulegen und damit den Anfang zur Überwindung der wirtschaftlichen Vierteilung Deutschlands zu machen. Schon Anfang 1946 wurde eine solche Möglichkeit angesichts des französischen Widerstandes gegen die Errichtung der in Potsdam beschlossenen Zentralverwaltungen sowie der eigenwilligen sowjetischen Besatzungspolitik erwogen. Clay und Robertson kündigten bereits vor der zweiten Session der Pariser Konferenz die künftige enge Zusammenarbeit ihrer beiden Zonen an[1].

Doch gab es auch schon früh entsprechende Impulse von deutscher Seite. Der hessische Ministerpräsident Geiler schlug schon im Februar 1946 vor, auch in den anderen Zonen Länder- oder Zonenräte zu bilden, aus denen dann ein „Überzonenrat" mit dem Sitz in Berlin hervorgehen sollte[2], und nach Meinung der Ministerpräsidenten Bayerns, Württemberg-Badens und Groß-Hessens sollte der nächste Schritt in der britischen Zone getan werden[3]. Reinhold Maier regte dann an, „den süddeutschen Länderrat in die Länder der britischen Zone zu verlängern, also eine Art Bizone zu schaffen"[4]. Im Februar 1946 trafen sich Länderchefs der amerikanischen und britischen Zone in Bremen. Doch waren zu diesem Zeitpunkt die Briten noch nicht bereit, eine Kooperation zwischen den Länderregierungen beider Zonen zuzulassen. Die Bildung ihres Zonenbeirates, in dem im Gegensatz zum Länderrat der US-Zone neben den Länder- bzw. Provinzialverwaltungen auch die politischen Parteien sowie wirtschaftliche und soziale Sachgebiete vertreten sein sollten, stand kurz bevor[5].

[1] Keesings Archiv der Gegenwart (künftig: AdG) 16/17 (1946/47), S. 797 (13. Juni). Die Pariser Außenministerkonferenz tagte in zwei Sessionen, 25. 4.–16. 5. und 15. 6.–12. 7. 1946. Clay hatte schon in einem Memorandum vom 26. Mai 1946 an das War Department den Zusammenschluß der amerikanischen Zone mit einer oder zwei anderen vorgeschlagen, vgl. Thilo Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 500ff., bes. S. 518.

[2] Dieser Vorschlag war in einer Antwort Geilers auf eine Anfrage der amerikanischen Militärregierung enthalten, wie sich die Länderchefs der US-Zone die Beziehungen der künftigen Zentralverwaltungen zu den Ländern und dem Länderrat vorstellen würden. Nach den Vorstellungen Geilers sollte der „Überzonenrat" gegenüber den Zentralverwaltungen weisungsbefugt sein, wobei es ihm um die Erhaltung der Souveränität der Länder und des Stuttgarter Länderrates ging. Hierzu Thilo Vogelsang, a.a.O., S. 522.

[3] Entschließung der Ministerpräsidenten der US-Zone im Länderrat am 6. Februar 1946 in Gegenwart der Oberpräsidenten Kopf und Lehr aus der britischen Zone; vgl. Thilo Vogelsang, a.a.O., S. 523.

[4] Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt, Die Jahre 1945–1947, Tübingen 1964, S. 216. Maier hat den Vorschlag auf der Sitzung des Länderrats vom 28. Februar und 1. März 1946 offiziell unterbreitet.

[5] Hierzu Annelies Dorendorf, Der Zonenbeirat der britisch besetzten Zone, Ein Rückblick auf seine Tätigkeit, Göttingen 1953; Zusammensetzungen des Zonenbeirats S. 141ff. Zu-

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Bremer Begegnung war gleichwohl der Anfang einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Länderregierungen der britischen und amerikanischen Zone. Am 3. April tagten in Stuttgart Länderrat und Zonenbeirat gemeinsam, wobei es vordringlich darum ging, den Aufbau der Länder und Zentralstellen aufeinander abzustimmen[6]. Gleichzeitig blieb man auch um Kontakte zur sowjetischen Zone bemüht. Im Juni 1946 konnte in Berlin eine Konferenz der Wirtschaftsminister, wenig später der Landwirtschaftsminister der britischen, amerikanischen und sowjetischen Zone stattfinden.

Die amerikanische Besatzungspolitik stand solchen Bestrebungen nicht ablehnend gegenüber. Anfang Juni konnte der thüringische Ministerpräsident Paul an einer Sitzung des Länderrates der US-Zone teilnehmen, wobei er in Gegenwart von General Clay das Wort ergriff[7], und bald darauf stattete der hessische Ministerpräsident Geiler, begleitet von amerikanischen Offizieren, der thüringischen Regierung in Weimar einen Besuch ab[8]. Es schien, als würden einer Zusammenarbeit ost- und westdeutscher Länderregierungen keine besatzungspolitischen Hindernisse entgegenstehen. Die Bildung der Bizone war zu jenem Zeitpunkt schon beschlossen, ohne daß den Besatzungsbehörden das als Schritt zu einer separaten Staatsgründung erschienen sein muß. Geiler und Paul mögen geglaubt haben, einem Anschluß der sowjetischen Zone den Weg ebnen zu können, was offenbar noch nicht aussichtslos erschien, denn sowohl von amerikanischer als auch sowjetischer Seite sollen damals die Voraussetzungen für eine Verschmelzung der drei Zonen geprüft worden sein[9].

Auch das Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz stellte noch keinen Bruch der Kriegsallianz dar. Trotz aller Gegensätze in der Deutschlandfrage, die überdies kein zentrales Anliegen der Konferenz war, waren in vielen Punkten Übereinstimmungen erzielt worden. Von einem Zerwürfnis, das zu einem britisch-amerikanischen Alleingang führen mußte, konnte keine Rede sein. Auch die Sperrung der Sowjetzonengrenze war nicht die Folge west-östlicher Spannungen, sondern ging auf einen einstimmigen Kontrollratsbeschluß zurück. Daß die Amerikaner damals noch offen nach allen Seiten waren, zeigt Byrnes' Erklärung am letzten Tag der Pariser Außenministerkonferenz, daß die USA mit jeder anderen willigen Besatzungsmacht zusammenarbeiten würden, um die Vereinigung der Zonen in wirt-

---

sammensetzung und Geschäftsverteilung auch in: Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950, Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Koblenz 1956, T. I, S. 71ff.

[6] Hierzu Vogelsang, a.a.O., S. 524f. Über die zunehmenden Kontakte zwischen den Länderspitzen der britischen und amerikanischen Zone vgl. auch John Gimbel, Die Konferenzen der deutschen Ministerpräsidenten 1945–1949, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, Beilage zu „Das Parlament", B 51/71 v. 31. 7. 71, S. 3ff.

[7] Sitzung des Länderrats vom 4. Juni 1946.

[8] Vom 11. bis 13. August 1946. Vgl. Hans Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied 1966, S. 833. Dazu Tägliche Rundschau vom 14. August 1946. Zu den Kontakten zwischen Geiler und Paul auch Thilo Vogelsang, a.a.O., S. 525.

[9] Hans Peter Schwarz, a.a.O., S. 835.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftlicher Hinsicht herbeizuführen. Gleichzeitig wies ein Arbeitsbericht der amerikanischen Militärregierung[10] an mehreren Statistiken die Notwendigkeit der Wirtschaftseinheit nach und forderte die Errichtung deutscher überzonaler Verwaltungen, gegen deren Entscheidungen Länder- oder Zonenbehörden kein Einspruchsrecht haben sollten. Tatsächlich bot dann Clay gleich nach der Pariser Außenministerkonferenz im Kontrollrat seinen drei Kollegen die Zonenverschmelzung an. Doch akzeptierte nur Robertson.

Die Stuttgarter Rede des US-Außenministers Byrnes vom 6. September 1946[11] wird allgemein als Wendepunkt der amerikanischen Deutschlandpolitik angesehen, da sich in ihr der Entschluß zum anglo-amerikanischen Alleingang manifestiere. Dem ist entgegenzuhalten, daß Byrnes in jener Rede grundsätzlich für die wirtschaftliche Vereinigung ganz Deutschlands eingetreten ist. Die Formulierung: „Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern", war ebenso eine Warnung an Frankreich wie an die Sowjetunion. Keineswegs muß sie als der Entschluß der amerikanischen Regierung betrachtet werden, sich von nun an über die deutschlandpolitischen Interessen der französischen und sowjetischen Alliierten hinwegzusetzen. Byrnes betonte ausdrücklich die Anerkennung sowohl der Ansprüche der Sowjetunion in Ostpreußen als auch Frankreichs auf das Saargebiet[12]. Allerdings warf Byrnes der Sowjetunion damit, daß er die polnische Westgrenze als nicht endgültig bezeichnete, einen großen Stein in den Weg zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik. Eine heftige Reaktion Molotows war die Folge. Die Sowjetunion fühlte sich damals offensichtlich weniger von Byrnes' Deutschlandplänen als von der Äußerung über die polnische Westgrenze getroffen[13].

---

[10] Die deutsche Wirtschaft seit Potsdam, Ein Arbeitsbericht der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung (Sommer 1946), hrsg. von Arthur Settel, Oberursel im Taunus 1947.

[11] Voller Wortlaut in: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, hrsg. v. Johannes Hohlfeld, Berlin o.J., VI. Bd, S. 130ff. Auszüge in: Gerhard Binder, Deutschland seit 1945, Eine dokumentierte gesamtdeutsche Geschichte in der Zeit der Teilung, Stuttgart 1969, S. 194ff. Für das hier angeschnittene Problem Auszug in: Elmar Krautkrämer, Die Bundesrepublik Deutschland, Ihre Entstehung und Entwicklung, Frankfurt a.M. 1970, S. 32f.

[12] Neuerdings widerlegt auch Gimbel die aus der Rede gezogenen Folgerungen, da im September 1946 die USA eine grundsätzliche Überprüfung ihrer Politik noch nicht ernsthaft erwogen hätten; John Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 39–62, bes. S. 42. Nach Gimbel, a.a.O., S. 45, ist die Rede aus einer von Clay verfaßten Niederschrift entstanden, für den sie ein Versuch war, den toten Punkt im Kontrollrat zu überwinden. Gimbel sieht in erster Linie die französische Obstruktion, die es zu überwinden galt, und meint, daß für Byrnes Frankreich der Adressat der Rede war.

[13] Gimbel, a.a.O., S. 53, will Byrnes' Bemerkungen über den temporären Charaker der deutsch-polnischen Grenze nicht als an die Sowjetunion gerichtet verstanden wissen, sondern nur als einen Kommentar zu den Bestimmungen von Potsdam. Demgegenüber ist jedoch zu beachten, daß vor der Stuttgarter Rede die entsprechenden Passagen des Potsdamer Abkommens offiziell von alliierter Seite nie so kommentiert worden sind, schon gar nicht vor deutschen Politikern.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im zweiten Halbjahr 1946 hielt man allgemein in Deutschland noch eine größere Zonenverschmelzung für möglich, mindestens vorerst auf wirtschaftlichem Gebiet. Nachdem im August die Regierungschefs der britischen Zone eine Vierzonenkonferenz anzustreben beschlossen und zugleich Geiler und Paul in Weimar Entsprechendes vereinbart hatten[14], lud mit amerikanischer Unterstützung und britischer Billigung der Bremer Senatspräsident Kaisen die Regierungschefs der Länder aller vier Zonen zu einer Konferenz am 4. und 5. Oktober in Bremen ein. Die Vertreter der französischen und sowjetischen Zone nahmen an der Konferenz nicht teil[15]. Hierdurch wurde die Initiative der Länderregierungen auf einen bizonalen Rahmen beschränkt, doch war die Bremer Entschließung der Ministerpräsidenten[16] an alle vier Zonen gerichtet.

Diese Entschließung schlug die Errichtung eines vorläufigen Länderrates aus den Regierungschefs der Länder und Provinzen aller vier Zonen vor, der den alliierten Kontrollrat beraten und seine Weisungen entgegennehmen sollte. Einem Volksrat, gebildet aus Abgeordneten aller Landtage, sollte die parlamentarische Kontrolle des Länderrates obliegen. Ihm war auch eine erste Stufe gesetzgebenden Charakters zugedacht, indem er dem Länderrat Vorschläge zur Weiterleitung an den Kontrollrat machen und zu den Weisungen des Kontrollrats Empfehlungen unterbreiten können sollte. Kaisen schlug sogar vor, der Länderrat möge einen Verfassungsentwurf erstellen und bei etwaigen Verhandlungen zu einem Friedensvertrag die deutschen Interessen wahrnehmen. Damit wurde in Bremen dem Gremium der Länderchefs ein größeres Gewicht als den Parteien eingeräumt. Schwarz sieht in der Bremer Entschließung „den Höhepunkt der Bestrebungen, von der Basis der Länder aus ein Repräsentativorgan aufzubauen"[17]. Sie spiegelt das Bemühen um einen Kompromiß zwischen der britischen, mehr zentralistischen und der amerikanischen föderalistischen Konzeption wieder, indem sie auf Herstellung der deutschen Einheit auf gemäßigt föderativer Grundlage zielte. Damit allerdings lief sie zentralistischen Tendenzen, wie sie von starken Gruppen in den Parteien ausgingen, zuwider, und die Ministerpräsidenten gaben in Bremen zu erkennen, daß sie mit dem Ball zu spielen bereit waren, den ihnen Byrnes in Stuttgart zugeworfen hatte.

Eine staatliche Organisation der Bizone wünschten die Amerikaner jedoch noch nicht, wie Clays Äußerung im Länderrat gegen allzu stürmische Verfechter eines Bizonismus zeigt, daß Vorschläge zur Errichtung einer bizonalen Regierung nicht zu

---

[14] John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt a.M. 1971, S. 124.

[15] Den Vertretern der französischen Zone hat die Besatzungsmacht die Teilnahme nicht gestattet. Die Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone entschuldigten ihr Fernbleiben mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Landtagswahlen. Hierzu: Das geteilte Deutschland, Eine Dokumentation der Meinungen, hrsg. v. Kurt Tudyka, Stuttgart 1965, S. 14.

[16] Wortlaut in Europa-Archiv, 3 (1948), S. 1143.

[17] Hans Peter Schwarz, a.a.O., S. 632.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verwirklichen seien, da das zu Mißverständnissen führen und die Beziehungen zwischen den vier Besatzungsmächten noch stärker belasten würde[18].

Eine Entschließung zugunsten des Föderalismus war mit den deutschlandpolitischen Zielen der Sowjetunion nicht vereinbar und stieß zugleich bei den Parteien der Ostzone, besonders der SED, auf Widerspruch. Von den überregionalen Zeitungen der Ostzone beschäftigte sich „Neues Deutschland" mit der Tagung, die es als „Föderalistenkonferenz" und eine Aktion „in Anknüpfung an die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes" bezeichnete[19]. Daß allerdings die Bremer Entschließung eine gewisse Absicherung gegen die sowjetische Zone enthielt, gibt Reinhold Maier zu. Mit der Klausel, daß ein deutscher Nationalrat aus „den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder anderen leitenden Beamten der Länder oder Provinzen" zusammengesetzt sein sollte, konnte „der Anschluß der oder jener Zone mit dem einfachen Mittel hintangehalten werden, daß diese Zone durch die betreffende Besatzungsmacht undemokratisch aufgebaut wurde"[20]. Hatte schon Ulbricht unmittelbar nach Byrnes' Stuttgarter Rede erklärt, daß nur die politischen Parteien die gegenwärtigen Vertreter des Volkswillens sein könnten[21], so wurde nach der Bremer Konferenz dieser Standpunkt von den politischen Parteien der sowjetischen Zone und ihrer Presse bei zahlreichen Gelegenheiten betont und dabei den Länderregierungen das Recht bestritten, hinsichtlich der künftigen Struktur Deutschlands initiativ zu werden.

Die folgende Diskussion über eine gesamtdeutsche Repräsentation wurde auch in erster Linie von den Parteien der sowjetischen Zone angeregt und angetrieben. Im Dezember 1946 forderte Ulbricht eine „volksparlamentarische Ordnung, in der die Volksvertretung die oberste gesetzgebende und kontrollierende Körperschaft ist"[22]. Auftrieb erhielten solche Erwägungen, nachdem im Dezember der Außenministerrat die Tagesordnung für die im März zusammentretende Moskauer Konferenz festgelegt hatte. Darin waren „Form und Reichweite einer politischen Organisation Deutschlands" und „Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland" als Beratungsgegenstände genannt. Daraufhin setzte in der sowjeti-

---

[18] AdG 16/17 (1946/47), S. 891.

[19] Neues Deutschland vom 11. Oktober 1946. Der Artikel setzt sich mit einem Beitrag des Westberliner „Tagesspiegel" auseinander, der im Zusammenhang mit der Bremer Konferenz den Standpunkt vertreten habe, daß es nach der Bildung der einzelnen Länder nun an der Zeit sei, „ihre Zusammenfassung im Rahmen einer deutschen Bundesrepublik vorzubereiten".

[20] Reinhold Maier, a. a. O., S. 313, meint, daß mit dieser Klausel „ein noch so energischer Wille der Deutschen, die den Zusammenschluß aller, die das Ganze wollten, unschwer durch die passive Resistenz der Vereinigungsunwilligen und der Mächte hinter ihnen sabotiert werden" konnte.

[21] Neues Deutschland vom 12. September 1946.

[22] 5. Dezember 1946; AdG 16/17 (1946/47), S. 943.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Zone eine Kampagne für eine gesamtdeutsche Repräsentation ein, wobei nicht die SED den Ton angab, sondern die nichtmarxistischen Parteien, voran die CDUD, die Hauptrolle spielten. Man war dabei von der Sorge bewegt, man könne in Deutschland versäumen, rechtzeitig eine Vertretung zu bilden, die den Alliierten für die Moskauer Konferenz zur Verfügung stehen würde. Im Januar 1947 erklärte Jakob Kaiser vor deutschen und ausländischen Pressevertretern, daß, wenn es um die Entsendung deutscher Sachverständiger auf eine Friedenskonferenz gehe, diese von deutschen politischen Parteien ausgewählt werden müßten, da sie und nicht die Vertreter von Ländern die politischen Repräsentanten Deutschlands seien[23]. Das Ziel müsse die Wahl einer Nationalversammlung und die Bildung einer deutschen Regierung sein. Als Antithese zu Bremen schlug Kaisen ein Treffen der Parteiführer zur Aussprache über die künftige Friedensregelung vor. Es wurde damals für möglich gehalten, daß auf der Moskauer Konferenz deutsche Vertreter gehört würden, denn auch auf der Pariser Friedenskonferenz[24] war Vertretern von Staaten, deren Friedensverträge bevorstanden, die Möglichkeit gegeben worden, ihre Standpunkte vorzutragen.

Auf Anregung des der LDPD angehörenden Präsidenten der ostzonalen Justizverwaltung, Eugen Schiffer, beschlossen am 10. Februar 1947 Vertreter von SED, CDUD und LDPD, alle Parteien zur Bildung eines gemeinsamen Ausschusses aufzurufen, der eine deutsche Beteiligung an der Moskauer Außenministerkonferenz vorbereiten sollte. Schumacher sprach sich jedoch sogleich gegen eine solche Konferenz mit Vertretern der SED aus. Durch Jakob Kaiser wurde die Diskussion in die westdeutsche CDU getragen. Unter seinem Einfluß vertrat der Vorstand der in Königstein zuvor gegründeten Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU auf seiner ersten Tagung in Berlin vom 13.–15. März den Standpunkt, daß die Parteien als die politischen Willensträger die erste Stufe einer gesamtdeutschen Vertretung vorzubereiten hätten. SED, Sozialdemokraten und Liberale erhielten entsprechende Einladungen der Arbeitsgemeinschaft. Die LDPD nahm an, und auch Theodor Heuss teilte „die vorbehaltlose Zustimmung seiner liberalen Gesinnungsgenossen" in Westdeutschland mit[25]. Die SED wünschte in ihrer Zusage, daß Vertreter der Gewerkschaften hinzugezogen würden. Das allerdings wurde von der Berliner CDU-Führung abgelehnt.

Obwohl die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, die die Einladung beschlossen hatte, ein gesamtdeutsches Parteigremium war, wurde die Sache in Westdeutschland als sowjetisch gesteuert und Kaiser als Wegbereiter der Herrschaft des Bolschewismus diffamiert[26]. Dies wurde dadurch erleichtert, daß die SED auf ihre Weise die Aktion propagandistisch begleitete. In einem Aufruf forderte sie beispielsweise die Bildung

[23] Werner Conze, Jakob Kaiser, Politiker zwischen Ost und West 1945–1949 (3. Bd der Biographie J. Kaisers von Werner Conze, Erich Kosthorst, Elfriede Nebgen), Stuttgart 1969, S. 136 mit Anm. 9 (S. 272).

[24] 29. Juli bis 15. Oktober 1946.

[25] Ernst Lemmer, Manches war doch anders, Frankfurt a.M. 1968, S. 305.

[26] Conze, a.a.O., S. 141 mit Anm. 23 (S. 273).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer gesamtdeutschen Regierung und die Ausdehnung der Errungenschaften der Sowjetzone auf ganz Deutschland[27]. Schumacher, ohnehin in der Einladung ein geschicktes Zusammenspiel Jakob Kaisers mit den Kommunisten erblickend, lehnte ab, da er sich mit KPD und SED nicht an den Verhandlungstisch setzen könne, solange seine Partei in der sowjetischen Zone nicht zugelassen sei[28]. Für Schumacher kam die Akzeptierung der SED als Gesprächspartner einer Anerkennung der Zwangsfusion von SPD und KPD gleich, und das konnte und wollte er sich als sozialdemokratischer Parteiführer nicht leisten. Seine Ablehnung war aber auch zugleich gegen die Berliner CDU-Führung gerichtet, da in seinen Augen die CDU von der Unterdrückung der SPD in der Ostzone profitierte[29].

So entstand der Eindruck, als sei der Plan einer gesamtdeutschen Repräsentation an Schumacher gescheitert. Adenauer konnte nicht öffentlich gegen den Plan auftreten, der von einem Gremium angeregt war, dem er selbst angehörte. Aber da er auf der Berliner Tagung der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU selbst nicht zugegen gewesen war, brauchte er die Sache nicht zu unterstützen. Wir wissen heute, daß Adenauer die Aktion nicht gebilligt hat[30]. Eine ausreichende Unterstützung Jakob Kaisers aus der britischen Zone blieb daher aus.

Die Verdächtigungen Kaisers und seiner Bemühungen waren nicht gerechtfertigt. Das spätere Schicksal von Kaiser und Lemmer zeigt, wie unbegründet solche Vorwürfe waren. Eine gesamtdeutsche Repräsentation aus den Vertretern aller Parteien mußte für die CDU wie LDP der Ostzone damals als eine Möglichkeit erscheinen, mit der man sich der Umklammerung durch SED und sowjetische Besatzungsmacht würde entwinden können. Das wurde in Westdeutschland zu wenig nachempfunden. Hier war schon das Mißtrauen gegenüber jeglichen Vorschlägen von politischen Kräften aus der sowjetischen Zone zu groß. Ob damals eine Chance vertan worden ist[31], muß allerdings bezweifelt werden. Die sowjetischen und französischen Vertreter im Kontrollrat hatten den Plan gleich nach seinem Bekanntwerden verworfen und als illegal bezeichnet. Der Widerstand der Franzosen war so entschieden, daß mit einem Nachgeben nicht zu rechnen war. Der Kontrollrat aber war nicht zu umgehen.

Der Moskauer Außenministerkonferenz gelang es nicht, Voraussetzungen zur

---

[27] Neues Deutschland vom 2. März 1947.

[28] Schumacher gegenüber den Unterhändlern von CDU und CSU am 28. Mai in Hannover, AdG 16/17 (1946/47), S. 1101 (31. Mai).

[29] In den Wahlen der Ostzone hatte die CDU, so meinte Schumacher, gerade dadurch so gut abgeschnitten, daß sie keine SPD als Konkurrenten hatte, und es mußte den Führer der Sozialdemokraten treffen, wenn die Berliner CDU-Führung unter Einbeziehung der ostzonalen Wahlergebnisse vorrechnete, daß auf gesamtdeutscher Ebene die CDU die stärkste Partei sei. Dazu: Das geteilte Deutschland, hrsg. von Tudyka, S. 22.

[30] Nach Conze, a.a.O., S. 141, hat Adenauer wenige Tage nach der Berliner Entschließung auf der Vorstandssitzung der CDU der britischen Zone in Herford erklärt, daß er, wenn er in Berlin dabei gewesen wäre, nicht zugestimmt hätte.

[31] Wie Lemmer, a.a.O., S. 307, glaubt. Die Auffassung von einem vielleicht verpaßten historischen Moment klingt auch bei Conze, a.a.O., S. 146, an.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verwirklichung des Planes zu schaffen. Frankreich und die USA wünschten die Bildung eines deutschen Konsultativrates aus den Länderregierungen. Nach den Vorstellungen Frankreichs sollte das an den Parteien vorbei erfolgen. Die Sowjetunion war bereit, in einem solchen Organ den Vertretern politischer Organisationen das gleiche Gewicht wie den Ländervertretern einzuräumen. Aber auch sie wollte nicht ganz auf Ländervertreter zugunsten der Parteien verzichten. Das wäre ein gangbarer Weg gewesen, doch ist der Vorschlag nicht aufgegriffen und weiter verfolgt worden, nicht zuletzt, weil die Sowjetunion auf der Einbeziehung der sogenannten antifaschistischen Organisationen neben den Parteien bestand[32]. Angesichts der politischen Struktur der sowjetischen Zone mußte diese Forderung die Gefahr eines unverhältnismäßig großen Einflusses der SED in einem solchen Gremium mit sich bringen, zumal die SED die Ausdehnung der „Errungenschaften der sowjetischen Zone auf ganz Deutschland" gefordert hatte.

Zwar wurde auf der Moskauer Konferenz sichtbar, daß sich die Außenminister nur wenig von den deutschen Vorschlägen hatten beeindrucken lassen und daß den deutschen Bemühungen von vornherein bestimmte Grenzen gezogen waren. Es wäre jedoch falsch, das Scheitern der Bemühungen um die gesamtdeutsche Konferenz mit dem Verlauf und Ergebnis der Moskauer Konferenz zu begründen. Der Kaisersche Plan scheiterte unabhängig von der Moskauer Konferenz am Mißtrauen und Widerstand politischer Kräfte in Deutschland selbst.

Die Auseinandersetzungen um Ehards Einladung an die deutschen Ministerpräsidenten vollzog sich vor dem Hintergrund der Diskussion um die gesamtdeutsche Repräsentation. Das in der einen Sache aufgekommene Mißtrauen übertrug sich auf die andere. Insofern war der Zeitpunkt für die Münchener Konferenz unglücklich.

Die Diskussion um eine gesamtdeutsche Repräsentation war für jene politischen Kräfte in Deutschland, die einen föderativen Reichsaufbau erstrebten, Veranlassung, durch eigene Initiative den Parteien das Heft aus der Hand zu nehmen. Doch dürfte dieser Gesichtspunkt für Ehard, als er die Vorbereitungen zu einer Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten begann, nicht ausschlaggebend gewesen sein. Es galt einfach, den Anfang zu einer überzonalen politischen Verantwortung zu finden. Die Behauptung von Gniffke, Ehard sei von Josef Müller, dem Vorsitzenden der CSU, zu dem Schritt bewogen worden[33], kann nur damit erklärt werden, daß die Berliner CDU-Führung schon frühzeitig von der kommenden Initiative aus Bayern wußte[34], wobei der Informationsvorsprung gewiß auf die guten Beziehungen Müllers zu Kaiser und Lemmer zurückzuführen ist[35].

[32] Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1956, Bd I, S. 76.

[33] Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 236.

[34] Ebenda.

[35] Jakob Kaiser stand über die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU in engem Kontakt mit Josef Müller, mit dem er seit der Widerstandszeit befreundet war. Josef Müller unterstützte

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Münchener Konferenz sollte die dritte Tagung deutscher Länderchefs sein, zudem die erste der Länderchefs aller Zonen und ohne direkte Beaufsichtigung durch eine Besatzungsmacht. Der Gedanke an eine künftige periodisch tagende deutsche Ministerpräsidentenkonferenz als vorläufig höchste Vertretung deutscher Interessen lag nahe[36]. Mit Ausnahme des Saargebiets nahmen alle deutschen Länderchefs die Einladung an. Eine Teilnahme der Vertreter der Ostzone war bis zum 3. Juni ungewiß. Als gesamtdeutsche Tagung scheiterte jedoch die Konferenz schon am Vorabend bei der Beratung der Tagesordnung an der unbedingten Forderung der fünf östlichen Länderchefs einerseits und der Unnachgiebigkeit Ehards und der westdeutschen Vertreter andererseits. Seitdem hat sich die Ansicht gehalten, der offene Bruch zwischen den Ministerpräsidenten in München sei die Konsequenz der Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Besatzungsmacht gewesen, da die Ostzonenvertreter eine Forderung erhoben, der nachzugeben Ehard aufgrund einer angeblichen Vereinbarung mit Clay und mit Rücksicht auf die Gebundenheit der Vertreter der französischen Besatzungszone nicht in der Lage war. Die Unnachgiebigkeit, mit der jede Seite ihren Standpunkt vertrat, war natürlich geeignet, den Eindruck höherer Weisungen hervorzurufen, und Erinnerungen von Augenzeugen des östlichen Vorspiels geben eine gewisse Bestätigung dafür, daß hinter dem Verhalten der Ostzonendelegation die Regie der SED-Führung stand[37]. Eine Weisung der sowjetischen Besatzungsmacht ist behauptet worden[38], es gibt jedoch auch Gegenargumente[39]. Die recht gründliche Auseinandersetzung Gimbels mit

---

Kaisers Kampagne für eine gesamtdeutsche Repräsentation und nahm auch an der Aussprache der CDU-Delegation mit Kurt Schumacher am 28. Mai in Hannover teil.

[36] Conze, a.a.O., S. 151. – Die Münchener „Entschließung zu Grundfragen der Wirtschaft" empfahl „bis zur Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit die Bildung eines Länderausschusses aus allen deutschen Gebieten zur ständigen Unterrichtung des Alliierten Kontrollrates in wirtschaftlichen Fragen". Die deutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München vom 6. bis 8. Juni 1947, hrsg. von d. Bayer. Landeszentrale für polit. Bildungsarbeit (1965), S. 114.

[37] Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1960, S. 476f.; Rudolf Paul, Vor zehn Jahren wurde Deutschland um eine Hoffnung ärmer, in: Schwäbische Landeszeitung vom 16. Nov. 1957, S. 24f.; Gniffke, a.a.O., S. 236ff.

[38] Paul, a.a.O., behauptet, daß Oberst Tulpanow hinter den Kulissen gewirkt habe.

[39] Deuerlein erwähnt den Bericht des 1950 in der DDR verurteilten Chefredakteurs des Deutschlandsenders, Leo Bauer. Danach habe ein sowjetischer Vernehmungsoffizier bei den Ermittlungen die Ausführungen Bauers, daß Ulbricht 1947 die gesamtdeutschen Gespräche in München bewußt sabotiert habe, mit besonderem Interesse zur Kenntnis genommen und die Aussagen in Ulbricht belastender Weise formuliert; Ernst Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, Frankfurt a.M. 1961, S. 269.

Friedensburg führt an, daß er mit General Georgiew und Oberst Tulpanow am 28. und 29. Mai über die bevorstehende Konferenz gesprochen habe. Georgiew habe zwar die Verlegung der Konferenz nach Berlin gewünscht, sich jedoch Friedensburgs Einwand, daß ein solches Verlangen die Konferenz gefährden würde, gefügt. Tulpanow sei mit Friedensburg einig gewesen, daß auf der Konferenz die brennenden wirtschaftlichen Sorgen voranzustellen seien, was dann von selbst zu politischen Folgerungen führen würde. Ferdinand Friedensburg, Es ging um Deutschlands Einheit, Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945,

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Münchener Konferenz bestreitet die Ansicht, daß Ehard an eine Weisung Clays gebunden gewesen sei[40]. Gimbels Argumente haben Gewicht und geben Veranlassung zu einer neuen Darstellung unter Berücksichtigung der wesentlichen Quellen.

Am 7. Mai 1947 hatte der bayerische Ministerpräsident Ehard die Regierungschefs aller deutschen Länder – Berlin sowie das Saargebiet wurden versehentlich einige Tage später gebeten – zu einer Besprechung am 6. und 7. Juni nach München eingeladen. Gegenstand der Tagung sollte vorrangig die Beratung von Maßnahmen zur Überwindung des wirtschaftlichen und politischen Chaos sein. Nach dem Wortlaut der Einladung, die von wirtschaftlicher Einheit und künftiger politischer Zusammenfassung der Länder sprach, war somit die Behandlung politischer Fragen nicht ausgeschlossen, eine entsprechende Beschränkung von alliierter Seite dürfte daher zu diesem Zeitpunkt nicht bestanden haben. Auch die gleichzeitige Verlautbarung der bayerischen Staatsregierung sprach von der Notwendigkeit der Zusammenkunft, da die Moskauer Konferenz die deutsche Wirtschaftseinheit nicht gebracht und die Aussicht auf Schaffung eines politischen Oberhauptes aufgeschoben habe. Ehard behauptete zwar später, als Vorbedingung für das Zustandekommen der Konferenz sei die Behandlung von politischen Fragen von vornherein ausgeschlossen worden und „äußerst behutsam, aber zäh geführte Verhandlungen mit den Militärbefehlshabern der einzelnen Besatzungszonen" seien vorausgegangen[41], doch kann nach dem Wortlaut sowohl der Einladung als auch der Verlautbarung der bayerischen Staatsregierung eine solche Einschränkung von seiten Clays kaum bestanden haben.

Die in einschlägigen Darstellungen vertretene Ansicht, Ehard habe die Einladung erst ergehen lassen können, nachdem er sich mit Clay über die Tagesordnung verständigt habe, wird nun von Gimbel bestritten[42]. Er verweist dabei auf den Widerspruch zwischen der Aussage Ehards, er habe Clays Zustimmung bei einem turnusmäßigen Gespräch in Stuttgart am 6. Mai erhalten, und der Tatsache, daß im Protokoll vom 6. Mai ein solches Gespräch zwischen Ehard und Clay nicht erwähnt ist[43]. Zwar unterstellt Gimbel die Möglichkeit eines inoffiziellen

---

Berlin 1971, S. 164f.

Die Rheinische Zeitung (Köln) teilte am 17. Mai 1947 mit, „von seiten der sowjetischen Militäradministration sei deutschen Parteivertretern gegenüber in den letzten Tagen bedeutet worden, daß die Antwort auf die Einladung Dr. Ehards eine rein deutsche Angelegenheit sei".

[40] John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, a.a.O., S. 177ff., bes. S. 183f.

[41] Hans Ehard, Vom ersten Versuch, die Einheit wiederzugewinnen, in: Bayerische Staatszeitung, München v. 8. Juni 1962.

[42] Gimbel, a.a.O., wendet sich gegen entsprechende Darstellungen bei Deuerlein, a.a.O., S. 191, und bei Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1962, S. 121, und Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland, München 1966 ([3]1969), S. 64.

[43] Ebenda, S. 184. Daß die Akten nichts enthalten, könnte auf eine bewußte Zurückhaltung Clays deuten. Gimbel verkennt aber insofern die damalige Situation, als ein deutscher

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gespräches und er erwähnt „Quellen, die etwas über die Besorgnisse Ehards, seine Motive und seine erste Kontaktaufnahme mit Clay aussagen könnten"[44], doch erscheint es ihm beweiskräftiger, daß sich in den Akten der Militärregierung oder in deutschen Quellen kein Hinweis darauf befindet, daß Ehard mit Clay die Angelegenheit besprochen habe. Vielmehr habe erst in einem Schreiben vom 4. Juni Litchfield[45] an Clay eine elf Punkte enthaltende Tagesordnung für die bevorstehende Münchener Konferenz gesandt[46]. Hierbei handelte es sich um einen von der bayerischen Staatsregierung herausgegebenen Vorschlag von möglichen Beratungspunkten. Es wird behauptet, daß diese elf Punkte von den Ministerpräsidenten der britischen Zone auf einer Besprechung mit Ehard am 30. Mai in Hannover unterbreitet worden seien[47]. Doch wurde auf jenem Treffen, an dem Ehard nicht teilnahm[47a], nur beschlossen – das allerdings verbindlich –, sich in München der Behandlung politischer Themen zu enthalten. Anregungen für eine mögliche Tagesordnung können jedoch in die Veröffentlichung der Münchener Regierung noch nicht eingeflossen sein. Der Entwurf einer Tagesordnung von 14 Punkten ist erst am 4. Juni beraten und am 5. Juni nachmittags fertiggestellt worden, und zwar in einer Konferenz der Bevollmächtigten. Aufgrund dieses Entwurfes stellten die Ministerpräsidenten in der Nachtsitzung vom 5. auf den 6. Juni die auf sechs Punkte reduzierte endgültige Tagesordnung zusammen. Das spricht dagegen, daß die Tagesordnung mit Clay vorher verbindlich vereinbart worden ist, so daß der Konferenz keinerlei Spielraum blieb. Bezeichnenderweise ging die Störung des gesamtdeutschen Charakters der Konferenz am wenigsten von den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone aus.

Ehard hatte zwar sowohl in der Einladung als auch auf der Pressekonferenz vom 10. Mai die Möglichkeit politischer Gespräche nicht ausgeschlossen und noch am 12. Mai einen durchaus auch politischen Charakter der Konferenz eingeräumt[47b].

Ministerpräsident solch einen weitgehenden Schritt ohne Billigung der Militärregierung kaum unternommen hätte.

[44] Gimbel, a. a. O., S. 179, gibt leider diese Quellen nicht an. – Clay kann sich allerdings an kein diesbezügliches Gespräch mit Ehard entsinnen: „Finally, I do not remember having any personal discussion of this question with Dr. Ehard although I would not question his memory if he remembers otherwise." Auskunft von Lucius D. Clay an den Verf. mit Schreiben vom 19. April 1972. Zu der Haltung Clays in der Vorbereitung der Konferenz vgl. auch Gimbel, Die Konferenzen der deutschen Ministerpräsidenten, a. a. O., S. 12ff.

[45] Chef der Abteilung Zivilverwaltung der US-Militärregierung.

[46] Gimbel, a. a. O., S. 184.

[47] Rolf Badstübner und Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–1949, Berlin Ost 1966, S. 210.

[47a] „Die Welt" vom 31. Mai 1947 berichtet eingehend von der Konferenz in Hannover und zählt alle Teilnehmer auf. Ehard wird nicht als Teilnehmer genannt. Für die unerklärliche Behauptung Badstübners findet sich keinerlei Beleg.

[47b] In Neue Zeitung vom 12. Mai 1947, S. 4, erläuterte Ehard den Zweck der Konferenz u. a. mit den Worten: „Zwar werden die Beratungen in erster Linie um wirtschaftliche Fragestellungen gehen. Rein wirtschaftlich werden sie jedoch auch nicht gesehen werden können.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch zwei Tage später betonte er in einer Rundfunkansprache auffällig, daß es in München nur um die Überwindung wirtschaftlicher und kultureller Schranken der Zonen und um die Aufstellung eines gemeinsamen Notprogrammes gehen könne, da die Münchener Konferenz nicht dazu berufen sei, „Fragen der deutschen Innenpolitik zum Austrag zu bringen"[48]. Wenn Erhard in diesem Zusammenhang hervorhob, „daß schon allein die einfache Tatsache eines Treffens der Regierungschefs aller vier Zonen auch ein innenpolitisches und für den künftigen Staatsaufbau wichtiges Moment darstellt"[49], so mag das wie ein Hinweis klingen, daß man darüber nicht sprechen, aber daran denken solle. Dafür aber, daß diese Einschränkung eine Woche nach der Einladung aufgrund einer Weisung der amerikanischen Besatzungsmacht erfolgt ist, gibt es keinen Beleg. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hoegner soll zwar am 6. Juni geäußert haben, daß die Ablehnung des Antrags der Ministerpräsidenten der Ostzone unvermeidlich gewesen sei, da das Thema der Konferenz, wie es in der Einladung Ehards formuliert war, von der zuständigen Militärregierung festgelegt worden sei[50], aber in Hoegners eigener Darstellung von der Konferenz[51] finden wir diese Behauptung nicht. Wahrscheinlich liegt hier die Wurzel der Legende von der amerikanischen Weisung. Hoegner bezog sich in seiner Aussage, wenn er diese gemacht hat, auf den in der Einladung angesprochenen Rahmen, vielleicht auch auf die Zusammenstellung möglicher Beratungspunkte, die offenbar nach dem oben erwähnten Schreiben Litchfields der Militärregierung mitgeteilt worden war. In der Ostzonenpresse wurde das so ausgelegt, als sei die „Tagesordnung von der Militärregierung festgelegt" worden[52]. Hingegen betont Friedensburg, Vertreter der Westmächte hätten ihm gegenüber keine Wünsche und Einwendungen bezüglich der Konferenz erkennen lassen[53].

Bei der Besprechung der engeren Zusammenarbeit der einzelnen Länder und Zonen hat man notwendigerweise auch zu einer Prüfung der politischen Zusammenfassung zu gelangen, soweit sie möglich ist." Ehard schrieb hier ferner, die Konferenz solle „ein Bekenntnis geben zur Zusammengehörigkeit des gesamten deutschen Volkes. Auf die Dauer kann keine Macht der Erde ein Volk hindern, sich wieder zusammenschließen, wenn es das will. Und es hat auch niemand ein Recht dazu."

[48] Die deutsche Ministerpräsidentenkonferenz, a.a.O., S. 17.

[49] Ebenda.

[50] Unter der Überschrift „Tagesordnung von der Militärregierung festgelegt" schreibt Neues Deutschland vom 8. Juni 1947: „Über die Hintergründe der Vorgänge in München, in der Nacht zum Freitag, die zur Ablehnung des Vorschlags der Ministerpräsidenten der Ostzone führten, haben wenige Stunden später Erklärungen des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Lüdemann (SPD), und des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Hoegner (SPD) völlige Klarheit geschaffen ... Dr. Hoegner äußerte, daß die Ablehnung des Antrags der Ministerpräsidenten der Ostzone ‚unvermeidlich' gewesen sei, da das Thema der Konferenz, wie es in der Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten formuliert wurde, von der zuständigen Militärregierung festgelegt worden sei."

[51] Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 290–293.

[52] S. o. Anm. 50.

[53] Friedensburg, a.a.O., S. 164.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neuerdings bringt eine persönliche Auskunft Clays etwas mehr Klarheit in die Sache. Demnach ist Clay selbst im Gegensatz zu einigen seiner Mitarbeiter für die Konferenz eingetreten. Clay und die Militärgouverneure der britischen und französischen Zone haben dann vereinbart, daß das Treffen stattfinden könne, sofern zuvor eine Tagesordnung aufgestellt würde, der die Konferenz zu folgen habe. Irgendeine Beschränkung oder Änderung der Tagesordnung seitens der Militärregierung, abgesehen von dem Wunsch, daß man sich an die aufgestellte Tagesordnung halten möge, ist Clay nicht in Erinnerung. Trotzdem sieht auch Clay in dieser Forderung eine gewisse Beschränkung der Konferenz[53a].

Man war also erst auf der Konferenz an die Tagesordnung gebunden, nicht aber bereits beim Erstellen der Tagesordnung an bestimmte Weisungen Clays. Somit liegt es näher, in jener ersten Einschränkung Ehards vom 14. Mai eine Reaktion auf die Kritik zu sehen, die die Münchener Initiative nicht nur in der sowjetischen Zone, sondern auch in den Reihen der SPD-Führung sofort fand, von der man wußte, daß sie sich nicht mit der SED an einen Tisch setzen wollte. Ehard mußte recht bald nach der Einladung erkennen, daß, wollte man die Konferenz überhaupt zustandekommen lassen und dabei gegenüber der Welt ein Schauspiel deutscher Zerrissenheit vermeiden, auf die Diskussion politischer Themen verzichtet werden mußte. Angesichts der Haltung der SPD-Führung, der Ministerpräsidenten der britischen Zone und des Zentralkomitees der SED stellt sich das Dilemma der Nacht vom 5. auf 6. Juni 1947 in erster Linie als Folge eines innerdeutschen west-östlichen Mißtrauens und damit verbundener parteipolitischer Taktiken dar.

Die Teilnahme der Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone hing von der Einstellung des Zentralsekretariats der SED ab. Von den damaligen Vorgängen im ZS liegt ein aufschlußreicher Bericht vor[54]. Obwohl die Ehardsche Einladung nicht in Ulbrichts Konzept paßte, war die Mehrheit der ZS-Mitglieder für eine Teilnahme. Ulbricht, der erkannte, daß in einem Gremium deutscher Ministerpräsidenten die SED hoffnungslos überspielt werden würde, wünschte die Hinzu-

---

[53a] „I do remember very well the Minister-Presidents' Conference in Munich called by Minister-President of Bavaria, Dr. Ehard. It came to my attention only because some of my assistants wanted to prevent it from being held. I did not agree with them. However, the meeting was discussed with the British and French Military Governors. I can not remember their respective positions but I am sure that the three of us agreed that the meeting was in order provided an agenda was prepared in advance and followed in the conference. I do not remember that we limited or changed the agenda in any way except to ask that it be followed.

Nevertheless, I believe it very fair to say that there was some restriction as explained above in the subjects to be discussed." Auskunft von Lucius D. Clay an den Verf. vom 19. April 1972.

[54] Gniffke, a.a.O., S. 235ff. Zu den Vorgängen im Zentralsekretariat der SED auch: Ernst Deuerlein, Das erste gesamtdeutsche Gespräch, Zur Beurteilung der Ministerpräsidenten-Konferenz in München 6./7. Juni 1947, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 23/67 vom 7. Juni 1967, S. 17ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ziehung von Partei- und Gewerkschaftsvertretern zur Konferenz. Allerdings wurde vom ZS die briefliche oder telegraphische Übermittlung dieser Forderung an Ehard verworfen, um nicht eine Ablehnung zu provozieren. Dafür aber wurde der sächsische Ministerpräsident Friedrichs beauftragt, sich mit Ehard in der Sache zu besprechen[55]. Friedrichs traf sich mit Ehard am 23. Mai in Hof. Die Presseverlautbarung erwähnte nur, daß eine Reihe von technischen Fragen in freundschaftlicher Weise erörtert wurden, deren Behandlung zu zeitraubend gewesen wäre. Friedrichs hat hierbei Ehard die Bereitschaft der ostdeutschen Ministerpräsidenten zur Teilnahme sowie auch den Wunsch nach Erweiterung des Teilnehmerkreises und Themenkatalogs mitgeteilt.

Ehard wollte jedoch die Konferenz nicht durch zusätzliche Forderungen gefährdet sehen und bestand auf der Ausklammerung politischer Themen sowie der Beschränkung des Teilnehmerkreises auf die Länderchefs.

Friedrichs berichtete dem ZS, das mit dem Ergebnis von Hof nicht zufrieden war und die der SED angehörenden Ministerpräsidenten zu einer gemeinsamen Sitzung am 28. Mai einlud. Hier wurde nun der Wortlaut des Telegramms an Ehard beschlossen, in dem die Hinzuziehung von Vertretern der Parteien und Gewerkschaften zur Konferenz, die Behandlung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands als zentraler Punkt der Tagesordnung sowie die Verlegung der Tagung nach Berlin vorgeschlagen war. Doch wurde in diesem Telegramm noch nichts bedingungslos gefordert, vielmehr wählte man die Form einer recht höflichen Empfehlung. Offenbar sollte der Weg zu einer Teilnahme noch offen bleiben. Aber auch die Antwort von Ehard ist keineswegs schroff ablehnend, sondern wirbt geradezu um Verständnis dafür, daß man aufgrund der bereits erfolgten Zusagen der übrigen Länderchefs Rahmen und Ort der Tagung nicht mehr ändern könne, da das Treffen nur „den Anfang für weitere und engere Zusammenarbeit" bilden würde[56]. Ein bevollmächtigtes Delegationsmitglied sollte jedoch bereits am 4. Juni nach München zur Aufstellung eines Entwurfs der Tagesordnung kommen. Daß Ehard die Ostzonenvertreter durchaus nicht vor den Kopf stoßen wollte, zeigt die dabei ausgedrückte Bereitschaft zur Behandlung der Frage weiterer Konferenzen und ihres Rahmens in München und zu einer weiteren Tagung in Berlin. „Neues Deutschland" konterte sofort, daß eine Konferenz der Ministerpräsidenten allein keinen Sinn habe, und sprach sich gegen anschlie-

---

[55] Pauls Darstellung lautet anders. Danach soll auf einer Konferenz der SED-Ministerpräsidenten, Landtagspräsidenten und der Parteispitze im Harz in Gegenwart von Oberst Tulpanow ein Antwortschreiben an Ehard fertiggestellt worden sein, dessen Absendung dann von Ulbricht verhindert wurde. Später habe dann den Ministerpräsidenten ein völlig verändertes und schärferes Schreiben zur Unterzeichnung vorgelegen. Um dessen Absendung zu verhindern, habe Paul das Treffen zwischen Ehard und Friedrichs vermittelt; Paul, a.a.O., S. 25. Eine solche Selbständigkeit Pauls gegenüber sowohl Ulbricht als auch der Militärregierung wäre allerdings erstaunlich gewesen.

[56] Die Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz, a.a.O., S. 20.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ßende weitere Konferenzen aus, wenn die Parteien nicht sofort hinzugezogen würden[57]. Ehard ging dann so weit, zu erklären, daß er eine weitere Tagung von Ministerpräsidenten und Vertretern von Parteien und Gewerkschaften in Berlin unterstützen wolle[58]. Doch auch dieses Angebot reichte dem ZS nicht.

Nun tat Kurt Schumacher einen entscheidenden weiteren Schritt zur Gefährdung der Konferenz. Hatte er eben erst gegenüber den Unterhändlern der CDU und CSU die gesamtdeutsche Repräsentation mit der Begründung abgelehnt, daß er sich nicht mit SED-Politikern an den Verhandlungstisch setzen könne, so forderte er nun auf einem Treffen der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten am 29. Mai in Frankfurt, daß der Ostzonendelegation, wenn sie in München erscheinen würde, die demokratische Legitimation bestritten werden solle, weil die SPD in ihren Ländern nicht zugelassen sei. Das wurde im ZS der SED bekannt. In der entscheidenden Sitzung vom 3. Juni sprach sich Ulbricht daher gegen eine Teilnahme aus, um einer solchen Provokation durch die SPD auszuweichen. Er wurde indessen überstimmt[59]. Zum Sprecher der Delegation bestimmte man Ministerpräsident Paul, der offenbar über gute Beziehungen zu den Regierungschefs der amerikanischen Zone verfügte[60]. Ob und inwieweit über Ehards Bitte um Entsendung eines Delegierten zur Vorbesprechung eines Entwurfs der Tagesordnung im ZS gesprochen wurde, läßt sich nicht feststellen. Jedenfalls ist kein Mitglied der Delegation bereits am 4. Juni nach München gereist. In einer weiteren Sitzung des ZS am Nachmittag des 3. Juni sollen dann dem Bericht Pauls zufolge[61] die Gegner der Konferenz in der Mehrheit gewesen sein. Da sie aber den Plenarbeschluß vom Vormittag nicht aufheben konnten, setzten sie einen zusätzlichen Beschluß durch, wonach die Delegation in München zu Beginn der Konferenz den Antrag auf Aufnahme eines ersten Tagesordnungspunktes „Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates" stellen sollte. Im Falle der Ablehnung sollten die fünf Regierungschefs sofort die Konferenz verlassen.

Auch auf dieser Sitzung wurde offenbar nicht erwogen, einen Delegierten zur Vorbesprechung am 4. Juni nach München zu entsenden. Das weist darauf hin, daß es dem ZS tatsächlich auf ein Spektakel ankam. Wäre nämlich ein Bevollmächtigter bereits zur Vorbesprechung erschienen und hätte dort vergeblich seine Forderung vorgebracht, so wäre es fraglich gewesen, ob die ostzonalen Ministerpräsidenten überhaupt noch auf der Konferenz hätten erscheinen können. Eine Begründung des spektakulären Verlassens der Konferenz wäre dann jedenfalls

---

[57] „Kein Schritt weiter", in Neues Deutschland vom 31. Mai 1947.

[58] Tägliche Rundschau vom 6. Juni 1947.

[59] Gniffke, a.a.O., S. 240.

[60] Vgl. oben, S. 155; nach Schwarz, a.a.O., S. 833, hat Paul im Sommer 1946, nach Maier, a.a.O., S. 369, sogar noch im Frühjahr 1947 an einer Sitzung des Länderrats teilgenommen.

[61] Paul, a.a.O., S. 24.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwieriger gewesen. Nach Paul soll der stellvertretende sächsische Ministerpräsident Fischer, der an Stelle des erkrankten Friedrichs nach München fuhr, der Delegation noch unterwegs eingeschärft haben, daß sie sofort die Konferenz zu verlassen habe, wenn der Antrag nicht angenommen werde[62]. Beachtet man jedoch das Taktieren des ZS vor und nach Kenntnis der Forderung Schumachers, so erscheint der zweite Beschluß vom 3. Juni, mit dem eine Teilnahme der ostdeutschen Delegation an der Konferenz unmöglich wurde, als eine Konsequenz der Haltung des SPD-Vorsitzenden. Es ist bekannt, wie sehr damals im ZS, besonders von Ulbricht, die Ausführung dieses ZS-Auftrages gefürchtet wurde[63]. Mit dem unannehmbaren Antrag aber konnte man einer gefürchteten Provokation zuvorkommen und die Nichtteilnahme mit einer patriotischen Geste motivieren. Zur Vorbereitung führte die SED-Presse eine heftige Kampagne gegen Schumacher[64].

Der auf der Konferenz der Bevollmächtigten an den Nachmittagen des 4. und 5. Juni ohne Mitwirkung der Ostzonenvertreter erstellte Entwurf einer vorläufigen Tagesordnung lag der Vollkonferenz am Abend des 5. Juni zur Beschlußfassung vor. Die ostdeutsche Delegation gewann hierdurch den Eindruck, als sei die Tagesordnung bereits in allen Punkten festgelegt, zumal die Referate und Korreferate ausschließlich an Vertreter der Westzonen verteilt waren. Pauls Vorwürfe gegen diese Vorbereitungen sind jedoch insofern nicht gerechtfertigt, als die Vertreter der sowjetischen Zone an der Vorbereitung der Tagesordnung am 4. und 5. Juni nachmittags nicht teilgenommen hatten und es sich bei der Vorlage um keine endgültige Fixierung der Tagesordnung handelte; diese sollte erst am Abend erfolgen. Hätten sich die östlichen Ministerpräsidenten an der Diskussion um die Tagesordnung konstruktiv beteiligt, so hätte es ihnen gelingen müssen, mit eigenen Referenten zu besonderen Themen – abgesehen von dem im Antrag angeschnittenen Thema – zu Wort zu kommen, denn die Tagesordnung erfuhr in der Nachtsitzung noch eine entscheidende Umgestaltung. Nur haben die Ostpräsidenten diesen Versuch gar nicht erst unternommen, nachdem ihr demonstrativer Antrag hatte abgelehnt werden müssen.

Obwohl die Delegation keineswegs einmütig bereit war, der Weisung des ZS der SED Folge zu leisten und die Konferenz sofort zu verlassen, ermangelte es dem größten Teil der westdeutschen Delegation am notwendigen Willen und Ehard selbst an der entsprechenden Geschmeidigkeit, einen Weg zu finden, der den teilnahmewilligen Kollegen aus der Ostzone ein Verbleiben ermöglicht hätte. Auch weitere, bescheidenere Vorschläge des thüringischen Ministerpräsidenten mit denen er versuchte, das Wort zu erhalten, verfielen der Ablehnung, obwohl Paul versicherte, die Konferenz nicht gefährden und sich parteipolitischer Äußerungen

[62] Ebenda.

[63] Gniffke, a.a.O., S. 240.

[64] Vgl. Neues Deutschland und Tägliche Rundschau am 30. Mai; die Tägliche Rundschau nannte Schumacher „eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk" und verglich ihn mit Hitler und Goebbels, wobei Goebbels noch die bessere Note erhielt, da er im Gegensatz zu Schumacher wenigstens offen gelogen habe (Tägl. Rundschau v. 5. Juni 1947).

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

enthalten zu wollen, und der der LDPD angehörende Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Huebener, sich hierfür verbürgte. Obwohl Paul wenigstens den süddeutschen Ministerpräsidenten bekannt war, hat nur Reinhold Maier ihn unterstützt. Unglücklicherweise ist dann in dem Augenblick, als Paul nach Wegen suchte, die seiner Delegation ein Bleiben ermöglichen sollten, von einem Teilnehmer der von Schumacher geforderte Einwand vorgebracht worden, die ostdeutschen Vertreter seien nicht legitimiert. Das verschärfte die Situation noch. Als auch weitere Vermittlungsversuche, bei denen Paul seine Forderungen immer mehr reduzierte, scheiterten, blieb der Delegation tatsächlich nur die Rückreise übrig, zumal eine Gruppe der westdeutschen Ministerpräsidenten damit drohte, ihrerseits die Konferenz verlassen zu müssen, falls die ostzonalen Vertreter an den Verhandlungstisch zurückkehrten[65]. Bei dieser Gruppe handelte es sich um die SPD-Ministerpräsidenten, die nach einer Darstellung von Louise Schröder auf der Frankfurter Vorbesprechung mit Schumacher die unbedingte Beschränkung der Verhandlungen auf wirtschaftliche Tagesordnungspunkte beschlossen hatten[66]. Nach einer Aussage des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Lüdemann sollen sie noch am Tage vor der Konferenz einen Block gebildet haben mit dem Ziel, die Veranstaltung unter Ausschluß der SED-Minister durchzuführen[67]. Während Fischer (Sachsen) und Hoecker (Mecklenburg) bereits in der Nacht nach Hause fuhren, reisten Paul (Thüringen), Steinhoff (Mark Brandenburg) und Huebener (Sachsen-Anhalt) erst am nächsten Mittag ab, nachdem auch ein Vermittlungsversuch von Friedensburg und Kaisen gescheitert war[68].

---

[65] Paul, a.a.O., S. 25.

[66] Friedensburg, a.a.O., S. 163. – Carlo Schmid glaubt hingegen, daß eine Bindung seitens des SPD-Vorstandes nicht erfolgt sei (Auskunft auf Befragen des Verf.). – Schumacher hat nach dieser Besprechung erklärt, „kein Ministerpräsident der sowjetischen Zone habe eine ausreichende demokratische Legitimation, doch könne man darüber hinwegsehen, wenn es sich nur um ein Gespräch über die Behebung der deutschen Not handele", Neue Zeitung vom 3. Juni 1947. – Nachdem Neues Deutschland am 6. Juni berichtete, Schumacher habe auf der Frankfurter Konferenz die politische Demonstration gegen die Ostzonenvertreter in München verlangt, erklärte Schumachers ständiger Vertreter in Berlin, daß Schumacher in Frankfurt den SPD-Ministerpräsidenten die Teilnahme empfohlen habe. Für den Fall, daß die Münchener Konferenz zu parteipolitischen Manövern mißbraucht werden würde, sei eine Erklärung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Lüdemann, in Aussicht genommen worden; Die Welt, 7. Juni 1947.

[67] Neues Deutschland vom 8. Juni 1947, Tägliche Rundschau vom 11. Juni 1947.

[68] Paul, a.a.O., S. 25; dazu Friedensburg, a.a.O., S. 172. Friedensburg und Kaisen suchten Paul, Huebener und Steinhoff am nächsten Vormittag im Hotel auf und versuchten, sie zur Rückkehr in die Konferenz zu bewegen. Paul verlangte jedoch, daß dafür die Konferenz irgend eine Geste des Entgegenkommens zeigen müsse. Friedensburg eilte zurück und bewog Ehard, die Konferenz für 10 Minuten zur Besprechung mit den Delegationschefs zu unterbrechen. Ehard, der zunächst einer Vermittlung nicht abgeneigt war, mußte sich der Mehrheit beugen, die sich gegen eine Rückkehr der Ostpräsidenten aussprach. Mit besonderer Schärfe hat sich der Hamburger Bürgermeister Brauer (SPD) gegen einen Diskussionsbeitrag Pauls gewandt. Er hatte schon am Vorabend den Frankfurter Beschluß vertreten. Auch

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei allen Vorwürfen der Unbeweglichkeit, die Ehard und den westdeutschen Konferenzteilnehmern gemacht wurden, ist freilich zu berücksichtigen, daß durch die Form, in der die ostdeutsche Delegation zuerst ihren Antrag vorgebracht hatte, und den dann schrittweisen Rückzug Pauls der Eindruck entstehen mußte, als suche Paul nur eine Gelegenheit, um eine ihm auferlegte politische Demonstration ausführen zu können[68a]. Warum aber glaubte man auf westdeutscher Seite dem Begehren Pauls nicht nachgeben zu können? Trotz einer Demonstration der Ostzonendelegation hätte die Konferenz immer noch in sachliche Bahnen gelenkt werden können. Stand doch die Tagesordnung noch nicht endgültig fest, und eine Rücksichtnahme auf bestimmte Weisungen der amerikanischen Besatzungsmacht war jetzt noch nicht geboten. Daß hingegen den Vertretern der französischen Zone untersagt war, an der Konferenz teilzunehmen, sofern dort die Frage der Einheit Deutschlands behandelt werde, ist mehrfach belegt[69]. Sie hatten sogar die strikte Anweisung erhalten, sich an keiner politischen und staatsrechtlichen Diskussion zu beteiligen und bei Abweichungen die Konsequenzen zu ziehen[70]. Carlo Schmid hat auf diese Beschränkung hingewiesen[71]. Um so interessanter ist aber, daß gerade er mit seinem Beitrag zur Schaffung eines Besatzungsrechtes als einziger politische und staatsrechtliche Fragen dennoch angeschnitten hat. Auch hat Carlo Schmid unmittelbar nach der Konferenz vor Pressevertretern erklärt, daß er „mit keiner bestimmten Marschroute nach München gekommen" sei und „die Entscheidung und Verantwortung dort zu bleiben, auf sich genommen" habe[72]. Schmid gibt jedoch zu, daß die Vertreter seiner Zone sich dem Ostzonenantrag widersetzen mußten, um der Zustimmung der Franzosen zur Teilnahme an ähnlichen späteren Konferenzen sicher zu sein. Die französische Besatzungsmacht hat den Verlauf der Konferenz genauestens verfolgt und auf die Einhaltung der Bedingungen geachtet[72a]. Da

---

Ministerpräsident Boden aus Rheinland-Pfalz sprach sich gegen jegliches Entgegenkommen aus.

[68a] Carlo Schmid berichtet, daß die Ostzonendelegation in München den Eindruck erweckte, als komme es ihr in erster Linie auf Prestigegewinn an. Besonders habe Paul selbst keinen guten Eindruck gemacht. Bei den Westdeutschen sei schon die Form seines Auftretens – Anreise im Maybach mit doppeltem Stander sowie in Begleitung von aufgeputzten Polizeioffizieren – auf Ablehnung gestoßen (C. Schmid auf Befragen des Verfassers).

[69] Paul, a.a.O., S. 25; Hoegner, a.a.O., S. 299; ebenso die folgende Äußerung Lüdemanns.

[70] Nach einer Äußerung Lüdemanns auf der Konferenz, Tägliche Rundschau v. 7. Juni 1947.

[71] Hoegner, a.a.O., S. 292.

[72] Tägliche Rundschau vom 10. Juni 1947: Auch Friedensburg meint, daß der französische Vorbehalt „mit der letzten Strenge weder ausgesprochen noch von den unsrigen beachtet worden zu sein" scheint; Friedensburg, a.a.O., S. 164.

[72a] Nach dem Bericht von Carlo Schmid sei noch während der Konferenz ein französischer Beamter aus Paris erschienen, um ihn wegen seiner Erklärung über das Verhalten der französischen Besatzungsmacht in Württemberg-Hohenzollern zur Rechenschaft zu ziehen. (Schmid hatte am ersten Konferenztag in einem Kurzreferat über die Ernährungslage in der französischen Zone die Besatzungsmacht kritisiert, bes. wegen der Entnahme von Lebensmitteln; vgl. Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, a.a.O., S. 52ff.) Doch erklärte der

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

außerdem die Ministerpräsidenten der britischen Zone sich selbst eine Beschränkung auferlegt hatten, die sich weitgehend mit dem Frankfurter SPD-Beschluß deckte, mußte Ehard auf eine Mehrheit der westlichen Konferenzteilnehmer Rücksicht nehmen. Die Ostzonenvertreter wußten hiervon, denn die „Tägliche Rundschau" hatte schon vor dem Konferenzbeginn berichtet, daß die Delegierten der britischen Zone beschlossen hätten, in München keine parteipolitischen Fragen zu erörtern[73].

Die Ostzonendelegation übergab der Presse wenige Stunden nach Verlassen der Konferenz eine Erklärung, in der sie ihre Abreise damit begründete, daß ihr keine Gelegenheit gegeben worden sei, zu Fragen der deutschen Einheit Stellung zu nehmen. Der Vorgang stelle einen Versuch dar, vollendete Tatsachen in bezug auf eine bundesstaatliche Ordnung zu schaffen. Die Erklärung enthielt außerdem Vorwürfe wegen mangelhafter Entnazifizierung und Demokratisierung in den Westzonen[74]. Diese Manifestation erschien als vorbereitet. Daß sie, wenigstens was ihre agitatorischen Teile betrifft, tatsächlich mitgebracht worden war, hat nicht nur Paul später bestätigt, sondern wurde bereits auf der Berliner Pressekonferenz vom 10. Juni zugegeben[75]. Das erheblich kürzere, in der gleichen Nacht herausgegebene Kommuniqué der übrigen Konferenzteilnehmer hob hervor, „daß im Rahmen der Konferenz die Notwendigkeit der deutschen Einheit bei allen Punkten der Tagesordnung nachdrücklich betont werden müsse". Es habe lediglich darüber Meinungsverschiedenheiten gegeben, „ob dies außerdem als gesonderter Punkt der Tagesordnung und in Form einer Aufforderung an die politischen Parteien geschehen solle"[76].

Die westdeutsche Presse stellte allgemein den Vorgang als einen bewußten Versuch der ostdeutschen Ministerpräsidenten dar, die Konferenz zu sprengen. Dr. Paul wies diese Behauptung in der Ostzonenpresse als „ungeheuerliche Beschuldigung" zurück[77]. Nach seiner Flucht hat er sie jedoch bestätigt. Pauls Darstellung ist zwar von starker Verbitterung über SED und Besatzungsmacht geprägt, im wesentlichen aber berichtet Gniffke das gleiche. Daß dem ganzen Vorgang ein gezielter

---

Beamte nach einem längeren Gespräch mit Schmid, daß er sich als Franzose nicht anders verhalten hätte, und reiste ab (Mitteilung Carlo Schmids an den Verf.).

[73] Tägliche Rundschau vom 5. Juni 1947.

[74] Die Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz S. 24.

[75] Neue Zeit vom 11. Juni 1946. Nach einem Artikel von Hartmut Bayer, „Alle deutschen Ministerpräsidenten in München", in der Schwäbischen Landeszeitung vom 13. Juni 1957 hat Paul selbst die Erklärung zum Teil aus dem Gedächtnis diktiert, zum Teil habe er sie auf einem „fettigen Manuskript" dabei gehabt. Nach Deuerlein, a.a.O., S. 269 mit Anm. 459, soll Paul diesen Artikel selbst unter dem Pseudonym Bayer verfaßt haben. Es erscheint jedoch wenig glaubhaft, daß Paul sich in diesem Artikel selbst als Mitbringer der vorbereiteten Erklärung belasten sollte. In seiner umfangreicheren Darstellung in der Ausgabe der Schwäbischen Landeszeitung vom 16. November 1957 ist diese Behauptung nicht zu lesen. Interessant ist, daß jener Artikel von Bayer, den Deuerlein Paul zuschreibt, zum größten Teil wörtlich bereits als Korrespondentenbericht in Neues Deutschland vom 8. 6. 1947 zu finden ist. Dort fehlt allerdings die Passage vom fettigen Manuskript.

[76] Die Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz, a.a.O., S. 25.

[77] Tägliche Rundschau vom 8. Juni 1947.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Plan zugrunde lag, kann kaum bezweifelt werden[78]. Es bleibt jedoch die Frage, ob die westdeutschen Vertreter durch größeres Verhandlungsgeschick die östliche Taktik nicht hätten zerschlagen und als vorsätzliche Demonstration entlarven können. So unerwartet, wie das Westkommuniqué behauptet, kann der Antrag der östlichen Seite nicht gekommen sein. Hatte doch die SED-Presse schon rechtzeitig eine Konferenz ohne Hinzuziehung der Parteien als sinnlos bezeichnet[79]. Verständlich ist, daß der Antrag, so wie er gestellt war, nicht akzeptiert werden konnte. Daß jedoch den Ostdeutschen auch nach den Kompromißbemühungen Pauls sowohl das Wort als auch die Abgabe einer schriftlichen Erklärung verweigert wurde, konnte ihre Abreise nur rechtfertigen.

Nach der Konferenz wurde die Behauptung verbreitet, Pieck und Ulbricht hätten von Bad Tölz aus die Aktion gelenkt. Auch die 1965 neu aufgelegte Veröffentlichung der bayerischen Staatskanzlei von 1947 weist auf Piecks verdächtigen gleichzeitigen Kuraufenthalt in Bad Tölz hin[80]. Gniffke bezeichnet das als ein „Märchen"[81]. Es handelte sich in der Tat um ein Gerücht, was Pieck und was Bad Tölz anbelangte. Wenn jedoch Gniffke betont, daß Ulbricht und Friedrich Ebert erst nach der Konferenz beschlossen hätten, nach München zu reisen, um den Standpunkt der SED in einer Pressekonferenz darzulegen[82], so steht dem die Meldung der „Neuen Zeit" entgegen, wonach bereits am 5. Juni, also am Vorabend der Konferenz, in München bekannt geworden war, Ebert und Ulbricht würden nach München kommen[83]. Die beiden veranstalteten dann auch am 9. Juni im Münchener Rathaus eine Pressekonferenz, die sie zur Agitation benutzten.

Die Konferenz, die somit nur für wenige Stunden gesamtdeutschen Charakter gehabt hatte, nahm am 6. und 7. Juni ihren Fortgang. Während am ersten Konferenztag vorwiegend wirtschaftliche Fragen behandelt wurden, stand das Flücht-

[78] Friedensburg glaubt, daß der Berliner Bürgermeister Dr. Acker (SED), der neben Louise Schröder und Friedensburg an der Konferenz teilnahm, von den bevorstehenden Schwierigkeiten gewußt hat und sich für diesen Zweck bereithielt. Acker hat an der internen Besprechung der Ostzonendelegation vor ihrem Verlassen der Konferenz teilgenommen. Friedensburg, a.a.O., S. 166f. – Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch der Eindruck, den Louise Schröder in einem Interview mit der Neuen Zeitung noch während der Konferenz wiedergab. Danach erschien ihr der Auszug der Ost-Ministerpräsidenten unverständlich, nachdem man ihnen während der Besprechung zu verstehen gegeben habe, „daß durchaus die Möglichkeit bestehe, das Thema der Einheit Deutschlands zu diskutieren. Allerdings solle man dieses hochpolitische Thema nicht an den Anfang der Konferenz stellen, sondern es am Schluß behandeln". Auch verstehe sie nicht, „warum die Vertreter der Ostzone nicht versucht hätten, schon bei den Vorbesprechungen Einfluß auf die Gestaltung der Tagesordnung zu nehmen". Als besonders unverständlich bezeichnet es Louise Schröder, „daß ausgerechnet Steinhoff, Brandenburg, den Abbruch der Besprechungen bekanntgegeben habe, nachdem er als letzter Delegierter in München eingetroffen sei und an den Besprechungen überhaupt nicht teilgenommen habe"; Neue Zeitung vom 7. Juni 1947.

[79] Neues Deutschland vom 31. Mai 1947.

[80] Die Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz, a.a O, S. 11 (Vorwort von Hermann Pröbst). Diese Behauptung enthält die Originalausgabe von 1947 nicht.

[81] Gniffke, a.a.O., S. 243. [82] Ebenda.

[83] Neue Zeit vom 6. Juni 1947.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lingsproblem und die Schaffung eines Besatzungsrechtes im Mittelpunkt des zweiten Tages. Mit dem entsprechenden Referat Carlo Schmids wurde eine ausgesprochen politische Thematik angeschnitten, die noch dazu die Besatzungsmächte selbst berührte. Denn damit wurde die Diskussion um das zwei Jahre später verabschiedete Besatzungsstatut eröffnet.

Die Schlußansprache Ehards enthielt ein demonstratives Bekenntnis der Konferenz zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Demnach kann kein ausgesprochenes Verbot bestanden haben, dieses Thema zu behandeln. Auch waren mehrere Entschließungen der Konferenz politischer Art, z.B. jene über die Zusammengehörigkeit aller Teile Deutschlands, zur politischen Befreiung und zur Regelung des Besatzungsrechts. Die anfängliche Ablehnung politischer Gespräche, insbesondere der Frage der Einheit Deutschlands, erscheint somit als Mittel einer bestimmten Gruppe zur Vertreibung der Ostzonenvertreter, die sich freilich mit ihrer Taktik zugleich selbst ausschalteten. Sie bemühten sich dann im Sommer 1947 vergeblich, vor dem Kontrollrat ihre in der Münchener Presseerklärung enthaltenen Vorschläge begründen zu dürfen[84]. Die im November 1947 von Friedensburg organisierte Konferenz prominenter Vertreter des geistigen und politischen Lebens[85] wiederum hatte zwar gesamtdeutschen Charakter, besaß jedoch eine zu schmale Basis, um politische Durchschlagskraft zu haben. Auch wurde sie von der Volkskongreßbewegung in der Ostzone übertönt.

Für Westdeutschland trug die Münchener Konferenz zur Schaffung einer Atmosphäre bei, aus der jene zunehmende Zusammenarbeit der Länder erwachsen konnte, die die Gründung der Bundesrepublik ermöglichte. Es war das gleiche Gremium westdeutscher Ministerpräsidenten, das im nächsten Jahr in der Ausführung des Auftrages der westlichen Besatzungsmächte zur Vorbereitung der Gründung eines Staatsgebildes deutsche Interessen vertreten sollte.

Nach der Münchener Konferenz, an deren Vorabend die ostdeutschen und westdeutschen Länderchefs grußlos auseinandergingen, nahm der Prozeß der innerdeutschen Spaltung in zunehmendem Maße offene Formen an. Bis zum Jahresende waren die wichtigsten Weichen gestellt. Ob die Ministerpräsidenten, wenn es in München zu einer mindestens graduellen Verständigung gekommen wäre, diesen Prozeß hätten verhindern können, ist eine offene Frage. Unmittelbar nach der Konferenz drang die Kunde von der Harvarder Rede des amerikanischen Außenministers George C. Marshall nach Deutschland. Der Marshallplan eröffnete neue Perspektiven. Da jedoch dem unter dem Einfluß der Sowjetunion stehenden Teil Europas eine Teilnahme an jenem Aufbauprogramm nicht möglich wurde, mußte eine europäische Wirtschaftsgrenze Deutschland auseinanderreißen. Neue Herrschaftsgruppen entstanden auf beiden Seiten, deren Positionen durch die Spaltung und durch die Atmosphäre des Kalten Krieges besondere Stabilität erhielten.

Es sollte 23 Jahre dauern, bis die Spitzen der beiden deutschen Staaten das politische Gespräch erneut begannen, doch nun unter gänzlich anderen Aspekten.

[84] AdG 16/17 (1946/47), S. 1123 und 1159.

[85] Dazu Friedensburg, a.a.O., S. 176ff., Zusammensetzung d. Konferenz S. 186 u. 189.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

HEINRICH AUGUST WINKLER

EXTREMISMUS DER MITTE?

Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung*

Aufmerksame Beobachter der deutschen Parteienlandschaft waren sich bereits um 1930 darüber im klaren, daß der Anspruch der Nationalsozialisten, eine Arbeiterpartei zu sein, von der Wirklichkeit kaum gestützt wurde. Was zahlreiche Analytiker – vor allem aus den Lagern der bürgerlichen und sozialdemokratischen Linken – in den drei Jahren vor Hitlers Machtergreifung über die gesellschaftlichen Grundlagen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ermittelten, läßt sich knapp in den Worten eines späteren Autors, Seymour Martin Lipset, resumieren: „Im Jahre 1932 war der idealtypische Wähler der Nationalsozialistischen Partei ein selbständiger protestantischer Angehöriger des Mittelstandes, der entweder auf einem Hof oder in einer kleinen Ortschaft lebte und der früher für eine Partei der politischen Mitte oder für eine regionale Partei gestimmt hatte, die sich der Macht und dem Einfluß von Großindustrie und Gewerkschaften widersetzte."[1]

Lipsets These ist, sieht man von der angeblichen liberalen Industriefeindschaft ab, heute nicht mehr ernsthaft umstritten. Mit einer Folgerung jedoch, die er aus dieser These ableitet, wollen wir uns näher beschäftigen. Lipset bezeichnet den Nationalsozialismus wie die „klassischen faschistischen Bewegungen" überhaupt als einen „Extremismus der Mitte". Getragen von ehedem demokratischen Schichten, von Kleingewerbetreibenden, Angestellten und freien Berufen, unterschieden sich nach Lipset die Nationalsozialisten soziologisch eindeutig sowohl von der sozialrevolutionären oder reformistischen Linken als auch von der traditionalistischen Rechten: sie waren weder eine Partei von klassenbewußten Industriearbeitern noch eine Bewegung wohlsituierter Angehöriger der gesellschaftlichen Oberschicht. Auch auf ideologischem Gebiet findet Lipset Bestätigungen für seine Behauptung, daß der Nationalsozialismus ein Extremismus der Mitte war: „Wenn auch die faschistische Ideologie in ihrer Glorifizierung des Staates antiliberal ist, hat sie mit dem Liberalismus doch nicht nur die Opposition gegen die Großindustrie, die Gewerkschaften und den sozialistischen Staat gemeinsam, sondern auch die Feindschaft gegenüber der Religion und anderen Formen des Traditionalismus."[2]

---

* Der vorliegende Aufsatz berührt sich mit Überlegungen, die ausführlicher in meinem Buch „Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik", Köln 1972, vorgetragen werden.

[1] Seymour Martin Lipset, Soziologie der Demokratie (dt. Ausgabe von: Political Man, The Social Bases of Politics, New York 1960), Neuwied 1962, S. 154.

[2] Ebd., S. 134. Die Lipset-These wird übernommen von Ralf Dahrendorf, Demokratie und

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die These des amerikanischen Soziologen wirft eine Reihe von Fragen auf, von denen uns drei besonders wichtig erscheinen. Erstens: War die Wählerbewegung vom Liberalismus zum Nationalsozialismus so plötzlich und unvermittelt, wie Lipset annimmt? Zweitens: Gibt es wesentliche Momente im Bereich von Programmatik und Ideologie, die es erlauben, den Nationalsozialismus als „Extremismus der Mitte" zu bezeichnen? Drittens: Reichen Massenbasis, Wahlparolen und Parteiprogramm aus, um den politischen Standort des Nationalsozialismus bestimmen zu können?

I

Die massenhafte Abkehr von den liberalen Parteien fällt nach Lipset in die Zeit der Weltwirtschaftskrise: alle seine Beobachtungen basieren auf Wahlstatistiken der Jahre 1928 bis 1932. Dieser Untersuchungszeitraum ist jedoch offenbar zu kurz bemessen. Bereits 1933 hat der sozialdemokratische Publizist Rudolf Küstermeier das Votum für die NSDAP als Abschluß eines längerfristigen Prozesses bezeichnet. Viele Wähler aus den Mittelschichten seien seit 1918 „von Partei zu Partei geirrt". Übte unmittelbar nach der Novemberrevolution die Deutsche Demokratische Partei eine besondere Anziehungskraft aus, so erwies sich 1920 die Deutsche Volkspartei und 1924 die Deutschnationale Volkspartei als die attraktivste Gruppierung. „1928 entschied sich die Mehrheit, enttäuscht, entmutigt, für die Partei der Nichtwähler. 1930 schließlich kam der Nationalsozialismus an die Reihe."[3]

Der allgemeine Trend ist, wenn man vom angeblichen Wahlboykott im Jahre 1928 absieht, von Küstermeier im großen und ganzen zutreffend analysiert worden. Um die wichtigsten Befunde knapp zu resumieren: die linksliberale DDP, die bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 noch 18,55% der Stimmen erhalten hatte, sank bei der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 auf 8,3%, während die rechtsliberale DVP von 4,42% auf 13,9% stieg. Gewinn und Verlust der beiden Parteien hielten sich in etwa die Waage. Die naheliegende Vermutung, daß die neuen Wähler der Volkspartei größtenteils aus den Reihen der Demokraten kamen, ist durch die Untersuchung einzelner Wahlkreise erhärtet worden. Offensichtlich haben die bürgerkriegsähnlichen Unruhen der Jahre 1919/20, der Generalstreik nach dem Kapp-Putsch und die Aversionen gegen die einundeinhalb Jahre zuvor noch für opportun gehaltene Koalitionspartnerschaft von SPD und DDP breite bürgerliche Schichten auf die Wanderung nach rechts getrieben. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz brachte den Umschwung im Wählerverhalten auf eine einprägsame Formel: 1919 habe eine Mitgliedskarte der DDP als „Lebensversicherungspolice bei der befürchteten Bartholomäusnacht" gegolten;

Sozialstruktur in Deutschland, in: ders., Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 260–290; vgl. auch ders., Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 415–431.

[3] Rudolf Küstermeier, Die Mittelschichten und ihr politischer Weg, Potsdam 1933, S. 39.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1920 hätten viele Leute in der Mitgliedskarte der DVP einen „Versicherungsschein gegen Aufteilung des Vermögens" gesehen[4].

Der Übergang von der DDP zur DVP ist nicht nur für eine Rechtsverschiebung innerhalb des liberalen Lagers symptomatisch. Das wurde am 20. Februar 1921 deutlich, als die Reichstagswahl in den drei Wahlkreisen Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Oberschlesien nachgeholt wurde, wo sie wegen der noch ausstehenden Gebietsabstimmungen am 6. Juni 1920 nicht hatte durchgeführt werden können. Genauere Untersuchungen besitzen wir nur für Schleswig-Holstein. Hier gelang es den Deutschnationalen, ihren regionalen Stimmenanteil von 1919 fast zu verdreifachen (7,7% : 20,5%). Ihre Stimmengewinne kamen offensichtlich nicht zuletzt von ehedem linksliberalen Wählern[5].

Bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 zeigte sich, daß die Abwanderung liberaler Wähler zur DNVP kein regionales Phänomen war. Die Deutschnationalen erhielten mit einem prozentualen Plus von 4,3 gegenüber der Reichstagswahl von 1920 aber weniger, als die beiden liberalen Parteien prozentual verloren, nämlich 7,3 (DVP: –4,7; DDP: –2,6). Die Nationalsozialisten und Deutsch-Völkischen erhielten im Reichsdurchschnitt zusammen 6,5%. Wenn man annimmt, daß die extremen Rechtsparteien vor allem frühere DNVP-Wähler zu sich herübergezogen haben und die DNVP ihrerseits von den Verlusten der DVP und der DDP profitierte, so bleibt doch eine Differenz von 3,5% zwischen nationalsozialistisch-deutschvölkischen Gewinnen und dem Überschuß von liberalen Verlusten über deutschnationale Gewinne. Es gibt nun gewisse Indizien dafür, daß es eine Abwanderung früherer Wähler der Unabhängigen Sozialdemokraten zur extremen und konservativen Rechten gegeben hat. Die USPD verfügte in den ersten Jahren der Republik über eine außerordentlich labile und heterogene Anhängerschaft. Für München und Braunschweig beispielsweise ist nachgewiesen worden, daß sich in ihren Reihen zahlreiche pauperisierte Kleingewerbetreibende und Angestellte befanden. Die Existenz eines in der verarmten Mittelschicht angesiedelten „floating vote", das auch

---

[4] Anton Erkelenz, Lehren aus der Wahl, in: Die Hilfe 26 (1920), S. 406 f. Zit. nach: Dieter Bergmann, Probleme des Liberalismus in der Weimarer Republik bis zum Kapp-Putsch, unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Demokratischen Partei, Staatsexamensarbeit (Ms.), Berlin (FU) 1967, S. 98. Lokale Daten zu den Verschiebungen zwischen DDP und DVP, zu ihrer Sozialstruktur und zum Stimmenanteil der bürgerlichen Parteien nach Ortsgruppenklassen bei: Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962, bes. S. 242 ff.

[5] Die DDP sank in Schleswig-Holstein zwischen 1919 und 1921 von 27,2% auf 9,4%; die DVP stieg von 7,8% auf 18,4%. Im übrigen scheint die DNVP besonders von dem Rückgang der Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokratie (1919: 7,2%; 1921: 3,8%) und von einem Parteiwechsel ehemaliger Wähler der SPD und USPD profitiert zu haben, der vor allem auf das Konto von Landarbeitern gegangen sein dürfte. Hierzu ausführlicher: Peter Wulf, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928 bis 1932, Köln und Opladen 1969, S. 39–42; Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932, Stuttgart 1963, S. 29–32.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

extreme Richtungswechsel zu vollziehen in der Lage war, ist nicht unwahrscheinlich[6].

Wichtiger ist freilich eine andere Entwicklung, die sich zugleich besser belegen läßt. Untersucht man eine Reihe von Wahlkreisen, in denen 1920 die Deutsche Volkspartei noch über dem Reichsdurchschnitt gelegen hatte, so zeigt sich, daß die Deutschnationalen im Mai 1924 ihre Gewinne vor allem früheren liberalen Wählern verdankten. Soweit sie städtische Wähler anzogen, waren sie besonders erfolgreich in Gebieten überwiegend evangelischer Konfession, in denen die „übrigen Wirtschaftsabteilungen" (Handel, Verkehr, Verwaltung, freie Berufe) überproportional viele Personen beschäftigten, wo selbständige Handel- und Gewerbetreibende im Verhältnis zu den Arbeitern stark vertreten waren und wo der Anteil der Beamten und Angestellten an der Bevölkerung besonders hoch war. Damit wirkten sich für die DNVP dieselben Faktoren günstig aus, die vorher den liberalen Parteien und besonders der DVP zugute gekommen waren.

In vielen Wahlbezirken, in denen einige oder alle dieser Voraussetzungen vorlagen, nahm der Wählerumschwung vom Mai 1924 das Ausmaß eines politischen Erdrutsches an: so sank im pommerschen Handelszentrum Stralsund (Anteil der „übrigen Wirtschaftsabteilungen" an der Wohnbevölkerung 46,8% gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 26,6%) die DVP von 41,1% im Jahre 1920 auf 8,3%, die DDP von 8,8% auf 2,7%. Die Deutschnationalen kletterten von 14,6% auf 41,6%. In der alten Kaiserstadt Goslar, das eine ähnliche Sozialstruktur hatte wie Stralsund (Anteil der „übrigen Wirtschaftsabteilungen" an der Wohnbevölkerung: 41,5%), stieg der deutschnationale Stimmenanteil von 17,3% auf 37,6%, während die DVP von 26% auf 9,2%, die DDP von 4,8% auf 4,6% sank. Im Berliner Bezirk Zehlendorf, der einen außerordentlich hohen Anteil von Beamten und Angestellten an der Wohnbevölkerung aufweist (23,6% gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 11,3%) sank die DVP von 41,7% auf 17,8%, die DDP von 10,8% auf 8,7%. Der Stimmenanteil der DNVP stieg von 20,4% auf 34,9%, die Deutschvölkische Freiheitspartei erhielt 9,7%. Aber auch in einem rein ländlichen Gebiet, wo bäuerliche Mittelbetriebe überwogen, läßt sich der Umschwung von der DVP zur DNVP deutlich erkennen: in dem kleinen Amt Wildeshausen (Wahlkreis Weser-Ems) hatte die DVP 1920 53,4% der Stimmen erhalten, die DDP 20,9% und die DNVP 3%. Im Mai 1924 veränderte sich das Bild radikal. Die Deutschnationalen erhielten 33,5%, die DVP 23,4% und die DDP 12,8%[7].

---

[6] Die prozentualen Gewinne der KPD bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 (+ 10,5%) waren weitaus geringer als die Verluste von SPD und USPD (zusammen: –18,9%). SPD und USPD hatten 1920 zusammen 39,6% (SPD: 21,7%, USPD: 17,9%) erhalten. Nachdem die beiden Parteien sich 1922 wieder vereinigt hatten, erhielt die VSPD bei der Maiwahl von 1924 20,5%, die Rest-USPD 0,8%. Ausführlicher zu den Wahlbewegungen von 1924: Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 130–139.

[7] Ebenda, mit genaueren Angaben zur Sozialstruktur der genannten Gebiete. Daselbst auch Daten zur Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924, die vergleichsweise geringe Verschiebungen erbrachte. Vgl. zu dieser Wahl ferner: Georg Decker, Zur Statistik der Reichstagswahl, in:

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Ergebnisse der Reichstagswahl vom Mai 1924 zeigen, daß breite mittelständische Wählermassen sich schon lange vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus von den liberalen Parteien abgewandt haben. Unter dem Eindruck einer extremen ökonomischen und politischen Unsicherheit, der Inflation und der schweren Krisen des Jahres 1923, wandten sich große Teile des Bürgertums einer offen antirepublikanischen und nationalistischen Partei zu, die die Macht von „Marxisten" und Gewerkschaftsfunktionären zu brechen und einen starken „überparteilichen" Staat im Sinne des Kaiserreiches wiederherzustellen versprach.

Vier Jahre später, als sich die politische und wirtschaftliche Lage erheblich gebessert hatte, mußten die Deutschnationalen bei einer neuen Reichstagswahl erhebliche Verluste hinnehmen. Sie erhielten 6,3% weniger Stimmen als bei der vorangegangenen Wahl vom 7. Dezember 1924. Die Regierungsbeteiligung der DNVP fand bei den Wählern keinen besonderen Anklang. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Verluste der DNVP offenbar nicht den liberalen Parteien zugute kamen, die ihrerseits Stimmen einbüßten (DVP: –1,4%; DDP: –1,5%). Vielmehr scheinen Splitter- und Regionalparteien (ohne Bayerische Volkspartei: + 5,18%) und vor allem die 1920 gegründete Wirtschaftspartei (seit 1926 offiziell: Reichspartei des deutschen Mittelstandes) von den Verlusten der übrigen bürgerlichen Parteien profitiert zu haben. Die Wirtschaftspartei, in der der mittelständische Hausbesitz ausschlaggebendes Gewicht besaß, erhielt 1928 4,5% der Stimmen und erzielte damit gegenüber der Wahl vom Dezember 1924 ein Plus von 1,2%. Vor allem in Nordwestdeutschland gelangen ihr in den Jahren 1924 bis 1930 Einbrüche in das handwerkliche Organisationswesen, die auch bei Wahlen zu Buch schlugen. Der Geschäftsführer des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbundes, Aßhoff, erklärte im Juli 1928 diese Entwicklung so: „Man hat unsere warnende Stimme nicht gehört und eine solche Wirtschaftspolitik getrieben, daß wegen wirtschaftlicher Verzweiflung große mittelständische Wählermassen aus den alten bürgerlich-politischen Parteien förmlich herausgedrängt wurden."[8]

Die Wirtschaftspartei war ein paradoxes Symptom des mittelständischen Parteienüberdrusses. In allgemeinpolitischen Fragen orientierungslos, machte sie ihr Votum meist von irgendwelchen Zugeständnissen auf dem Gebiet des Mittelstandsschutzes abhängig. Den prinzipienlosen „Kuhhandel", den sie den politischen Parteien vorwarf, erhob sie selbst zu ihrem obersten Prinzip. Sozialkonservativ und betont „national", wie sie sich gab, war die Wirtschaftspartei nicht der politischen Mitte, sondern der Rechten zuzurechnen. Was die Mobilisierung von Ressentiments gegen

---

Die Gesellschaft 2 (1925/I), S. 59–65; Ernst Hamburger, Parteienbewegung und gesellschaftliche Umschichtung in Deutschland, ebd., S. 340–353.

[8] Die SPD gewann 1928 gegenüber der Wahl vom Dezember 1924 3,9% hinzu. Die Wahlbeteiligung sank von 78,8% auf 75,6%. Für Küstermeiers These, daß 1928 besonders viele Mittelständler Wahlboykott geübt hätten, gibt es keine Anhaltspunkte. Das Aßhoff-Zitat: Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskommissar für den Mittelstand, Handwerk 11, Bd. 7, Nr. 19.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die „Parteipolitik" betrifft, kann man sie durchaus als eine Vorfrucht des Nationalsozialismus bezeichnen[9].

Die Wahlergebnisse der Jahre 1928 bis 1932 sind in der zeitgenössischen Publizistik und in der späteren wissenschaftlichen Literatur so oft analysiert worden, daß hier ein Blick auf die wichtigsten Befunde genügen mag. Bisherige Nichtwähler trugen zu den Erfolgen der NSDAP bei, sie bildeten aber nicht ihr bedeutendstes Stimmenpotential[10]. In viel geringerem Ausmaß scheinen Wähler der Arbeiterparteien SPD und KPD und am allerwenigsten Wähler von Zentrum und Bayerischer Volkspartei an den Wahlerfolgen der Nationalsozialisten beteiligt gewesen zu sein. Die NSDAP profitierte vor allem von den Verlusten der bürgerlichen Parteien, wobei 1930 die Deutschnationalen und im Juli 1932 die liberalen Parteien, die Wirtschaftspartei und Splitterparteien die Hauptquellen der nationalsozialistischen Gewinne waren. Die Septemberwahlen von 1930 und die Juliwahlen von 1932 zusammengenommen, büßten die beiden liberalen Parteien über 3 Millionen, die konservativen Parteien einschließlich der Wirtschaftspartei über 5 Millionen Stimmen ein[11].

Wahlsoziologische Einzeluntersuchungen erlauben einige zusätzliche Annahmen. Zunächst ist davon auszugehen, daß die Deutschnationalen 1928 noch über ein beträchtliches Wählerreservoir in den städtischen Mittelschichten verfügten. In den Verlusten der DNVP von 1930 spiegelte sich aber auch das Faktum, daß die seit 1927 andauernde Agrarkrise der nationalsozialistischen Agitation unter der Land-

[9] Über die Wirtschaftspartei vgl. jetzt die nach Abschluß des Manuskripts erschienene Arbeit von Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik, Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972; ferner: Erinnerungen und Dokumente von Johann Victor Bredt 1914 bis 1933, bearbeitet von Martin Schumacher, Düsseldorf 1970. Bredt, einer der Parteiführer der Wirtschaftspartei und 1930 Brünings Justizminister, hatte bis 1918 der Freikonservativen Partei, von 1918 bis 1920 der Deutschnationalen Volkspartei angehört.

[10] Die These von Reinhard Bendix (Social Stratification and Political Power, in: The American Political Science Review 46 [1952], S. 357–375), daß die NSDAP vor allem frühere Nichtwähler angezogen habe, ist von ihm selbst inzwischen zurückgenommen worden (R. Bendix und S.M. Lipset, On the Social Structure of Western Societies: Some Reflections on Comparative Analysis, in: Berkeley Journal of Sociology 5 [1959], S. 1–15). Nach Karl O'Lessker (Who Voted for Hitler?, in: American Journal of Sociology 74 [1968/69], S. 63–69) war die Korrelation zwischen erhöhter Wahlbeteiligung und Stimmengewinnen bei der NSDAP mit + 0,38 niedriger als bei Zentrum (+ 0,64) und KPD (+ 0,63). Vgl. dazu auch die Kritik an O'Lesskers Aufsatz durch Allan Schnaiberg (ebd., S. 732–735).

[11] Nähere Zahlenangaben und Literatur bei Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 175–177. Nach O'Lessker, a.a.O., S. 63–69, verdankte die NSDAP 1930 ihre Gewinne zu 38 % der DNVP, zu 23 % den liberalen Parteien. Die DNVP verlor bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 1,9 Millionen Stimmen (DVP: –1,1 Millionen, DDP bzw. Staatspartei: – 0,16 Millionen, Wirtschaftspartei: – 0,03 Millionen).
Für die Wahl vom 31. Juli 1932 lauten die Zahlen: DVP: –1,14 Millionen; Staatspartei: – 0,95 Millionen; DNVP: – 0,28 Millionen; kleinere Agrar- und Rechtsparteien: –1,8 Millionen; Wirtschaftspartei: –1,2 Millionen. Über die Verluste der DNVP: Arthur Dix, Die deutschen Reichstagswahlen 1871 bis 1930 und die Wandlungen der Volksgliederung, Tübingen 1930, S. 46ff.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bevölkerung schon frühzeitig einen günstigen Boden verschafft hatte. Innerhalb des gewerblichen Mittelstandes glaubten zeitgenössische Beobachter eine Differenzierung aus der Tatsache ableiten zu können, daß die Wirtschaftspartei ihren Stimmenbestand zwischen 1928 und 1930 nahezu halten konnte. Da diese Partei in den vorausgegangenen Jahren zahlreiche Handwerker hatte an sich ziehen können und andererseits die Nationalsozialisten sich in derselben Zeit mehr auf den traditionsloseren Kleinhandel konzentriert hatten, schloß man, daß diese Gruppe in größerem Umfang zum Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 beigetragen habe als das Handwerk.

Kein Zweifel kann aber daran bestehen, daß das Wählerreservoir der Nationalsozialisten zum überwiegenden Teil aus Bauern, selbständigem Mittelstand sowie Angestellten und Beamten bestand. Positive Korrelationen zwischen der Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen und nationalsozialistischer Stimmabgabe sind mehrfach errechnet worden, wobei sie bei den Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes noch höher liegen als bei den Festbesoldeten. Eine Aufschlüsselung der Berufszugehörigkeit der NSDAP-Mitglieder im Jahr 1930 zeigt ebenfalls, daß die Arbeiter in dieser Partei unterrepräsentiert waren, während Angestellte, Beamte, Bauern und Selbständige im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten waren. Die prozentualen Anteile der Berufsgruppen an der Mitgliedschaft der NSDAP betrugen (in Klammern jeweils die Anteile an der Gesamtbevölkerung): Arbeiter 28,1 (45,9), Angestellte 25,6 (12,0), Selbständige 20,7 (9,0), Beamte 8,3 (5,1), Bauern 14,0 (10,6), Sonstige 3,3 (17,4)[12].

II

Um die Mitte der zwanziger Jahre hätte schwerlich irgendein Beobachter die Vorhersage gewagt, die Nationalsozialisten würden mit Hilfe der deutschen Mittelschichten zu einer Massenbewegung werden. Gewiß: schon vor dem Hitler-Putsch

[12] Zur Differenzierung innerhalb des gewerblichen Mittelstandes: Hans Neisser, Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 654–659; Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, ebenda, S. 637–654; Carl Mierendorff, Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: Die Gesellschaft 7 (1930), S. 489–504. Zu den Korrelationsberechnungen: Samuel A. Pratt, The Social Basis of Nazism and Communism in Urban Germany, M.A. Thesis (Microfilm), Michigan State College, East Lansing, Mich. 1948, bes. S. 117; Heberle, a.a.O., S. 109. Nach Pratt, der sich auf ein Sample von 193 Städten stützt, betrugen im Juli 1932 die Korrelationen zwischen NS-Votum und „upper middle class" (Selbständige, höhere Festbesoldete) in Städten zwischen 25000 und 50000 Einwohnern + 0,23; zwischen 50000 und 100000 Einwohnern + 0,58; über 100000 + 0,33. Bei der „lower middle class" (untere Beamte und Angestellte) lauten die entsprechenden Daten: + 0,25; + 0,57; + 0,27. Zur Soziologie der NSDAP-Mitgliedschaft: Wolfgang Schäfer, NSDAP, Entwicklung und Struktur der Staatspartei im Dritten Reich, Marburg/Lahn 1957, S. 17.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gehörten der NSDAP überproportional viele Handwerker und Kaufleute an[13]. Aber das öffentliche Image dieser Bewegung war doch ein revolutionäres, der Habitus ihrer Führer alles andere als „bürgerlich". Auf das Gros der standesbewußten Kleingewerbetreibenden wirkte schon der Name der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht werbend, sondern abschreckend: er trug dazu bei, daß man die Hitlerbewegung lange Zeit für eine verkappt marxistische Partei hielt. „Das Handwerk", so schrieb 1924 die rechtsstehende „Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung", „hat von den Nationalsozialisten überhaupt nichts zu erwarten, im Gegenteil hat die Deutschvölkische Freiheitspartei ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt, das eher wirtschaftshemmend als wirtschaftsfördernd ist . . . Das Handwerk wird sich dessen erinnern, daß Deutschvölkische niemals als Vertreter des gewerblichen Mittelstandes angesprochen werden können". Deutschvölkische und Nationalsozialisten seien eine „reine Arbeitnehmerbewegung", sie offerierten „bolschewistisches Gift in schwarz-weiß-roter Verpackung"[14].

Es bedurfte erheblicher Anstrengungen von seiten der nationalsozialistischen Führung, um solche Vorurteile abzubauen. Der „Sozialismus" mußte herabgespielt werden zu einem Synonym der unverbindlichen Parteiparole „Gemeinnutz vor Eigennutz"; der Enteignungsfurcht mußte der Boden entzogen, der Vorwurf der „Wirtschaftsfeindschaft" entkräftet werden. Das Ziel der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik sei, so glaubte noch im Dezember 1932 der neugebildete „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes" versichern zu müssen, die „Entproletarisierung des deutschen Arbeiters. Sinn der sozialistischen Idee ist die Beeignung der Besitzlosen. Damit steht der Sozialismus Adolf Hitlers im schärfsten Gegensatz zu dem verlogenen Schein-Sozialismus der Marxisten, der sich die Enteignung der Besitzenden zum Ziel gesetzt hat"[15].

Wenn es Schichten gab, die einer – wie immer vagen – Verbindung von Nationalismus und Sozialismus zuneigten, so waren es jedenfalls nicht die selbständigen Handwerker, Kaufleute und Bauern. In Kreisen der bürgerlichen Intelligenz und in paramilitärischen Verbänden dagegen waren der Mythos der Schützengrabengemeinschaft, der Gedanke an eine Synthese von „Preußentum und Sozialismus", ja selbst „nationalbolschewistische" Ideen durchaus virulent[16]. Die Parole eines „nationalen Sozialismus" konnte darüber hinaus bei erheblichen Teilen des „neuen

[13] Michael H. Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 124–159. Ferner Peter H. Merkl, Die alten Kämpfer der NSDAP, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch der Politik 2 (1971), S. 495–517.

[14] Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung 29 (1924), Nr. 47 (20.11.), Nr. 14 (4.4.). Über die u.a. vom Grafen Reventlow repräsentierte norddeutsche Spielart der nationalsozialistisch-völkischen Bewegung, die in der Tat gewisse „nationalbolschewistische" Züge trug: Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, Düsseldorf 1968, S. 207 bis 212.

[15] Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Schumacher 242a: Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes, NS-Hago.

[16] Hierzu besonders: Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts, Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mittelstandes" auf Resonanz rechnen, die einerseits sich als Arbeitnehmer fühlten, andererseits aber nicht ins Proletariat hinabsinken wollten. Der Nationalismus hatte für diese Schicht vor allem eine Abgrenzungsfunktion: er erlaubte es, sich vom internationalen Marxismus und damit von den sozialdemokratischen Arbeitern abzuheben. Der 1893 gegründete Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der sich während der Weimarer Republik zur größten Angestelltengewerkschaft entwickelte, versuchte eine Interessenpolitik im Sinne der von ihm repräsentierten Arbeitnehmergruppen mit völkischer Agitation zu verbinden. Im ideologischen Umkreis dieses Verbandes war ein national drapierter Antikapitalismus seit langem so verbreitet, daß die Nationalsozialisten nach Beginn der Weltwirtschaftskrise keine Mühe hatten, zahlreiche Angestellte hinter ihren Fahnen zu sammeln[17].

Bereits im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 traten die konkreten gesellschaftspolitischen Forderungen hinter extrem nationalistischen und antisemitischen Postulaten zurück. Die Gruppe, die als einzige ausdrücklich angesprochen wurde, war der gewerbliche Mittelstand. In Punkt 16 des Programms bekannte sich die Partei zur „Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seiner Erhaltung". Sie forderte die „sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder oder Gemeinden".

Mit ihrem Eintreten für einen umfassenden Mittelstandsschutz knüpfte die NSDAP an den Sozialprotektionismus des Kaiserreichs an. Sie übernahm Forderungen, mit denen Handwerker und Kleinhändler seit je die Gewerbefreiheit bekämpft hatten – Forderungen, die vom politischen Konservativismus schon in der Revolution von 1848/49 unterstützt und während des Kaiserreiches zu erheblichen Teilen verwirklicht worden waren. Dem Kleinhandel versuchte man durch Maßnahmen gegen den „unlauteren Wettbewerb", das Wandergewerbe, die Konsumvereine und vor allem gegen die Warenhäuser entgegenzukommen. Letztere wurden seit Ende der 1890er Jahre von zahlreichen Einzelstaaten mit diskriminierenden Sondersteuern belegt. Dem Handwerk ermöglichte die Reichsgesetzgebung eine weitgehende Restauration des Zunftwesens. Während der 1880er Jahre stellte der Reichstag viele Privilegien der Innungen Schritt für Schritt wieder her, und 1897 führte eine Novelle zur Gewerbeordnung neben öffentlich-rechtlichen Handwerkskammern auch das Institut der fakultativen Zwangsinnung ein: die Zugehörigkeit zur Innung wurde obligatorisch, wenn sich in einem Handwerkskammerbezirk die Mehrheit

---

[17] Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933, Stuttgart 1967, S. 167–269. Für die politische Entwicklung der Angestellten in der Weimarer Republik ist bezeichnend, daß 1919 der sozialistische Allgemeine Freie Angestelltenbund (Afa-Bund) mit 366 051 Mitgliedern die stärkste Angestelltengewerkschaft war, während der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) 207 802 Mitglieder hatte. 1931 besaß der DHV 409 022, der Afa-Bund 205 489 Mitglieder.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Selbständigen eines bestimmten Handwerkszweiges durch Abstimmung dafür entschied.

Die Konservativen, die neben dem Zentrum und den Antisemitenparteien die eigentlichen Wortführer des Sozialprotektionismus waren, konnten durch die Übernahme von Mittelstandsforderungen ihre gesellschaftliche Basis in den Städten beträchtlich erweitern. Darüber hinaus lösten sie im bürgerlichen Liberalismus Anpassungsprozesse aus, die auf eine allmähliche Abkehr von der Gewerbefreiheit hinausliefen. So stimmten beispielsweise 1908 die Nationalliberalen für die Einführung des „Kleinen Befähigungsnachweises", der das Recht zur Lehrlingsausbildung an die erfolgreiche Meisterprüfung band. Sechs Jahre zuvor schon hatte die Hälfte der Abgeordneten der linksliberalen Deutschen Volkspartei im württembergischen Landtag für eine Warenhaussteuer gestimmt[18]. Zugespitzt wird man sagen können, daß es während des Kaiserreichs nicht nur in den oberen Rängen des deutschen Bürgertums eine „Feudalisierung" gab – eine Anpassung an Werthaltungen der militärisch-feudalen Führungsschicht, die im Königlich Preußischen Reserveoffizier ihren wohl bezeichnendsten Ausdruck fand –, sondern auch im Bereich des gewerblichen Mittelstandes. Die gezielte Restauration vorindustrieller Normen und Institutionen trug dazu bei, breite Schichten der deutschen Gesellschaft an ein politisches System zu binden, das dank seiner obrigkeitsstaatlichen Elemente eine wirksame Rückversicherung gegen eine Majorisierung der Besitzinteressen bildete. Gegen Ende des Kaiserreiches ließ sich unschwer vorhersehen, daß der Mittelstand nur solange staatserhaltend sein konnte, als der Staat mittelstandserhaltend war.

Bei der Landbevölkerung zeitigte der Agrarprotektionismus ähnliche Wirkungen, obwohl hohe Getreidezölle primär dem ostelbischen Großgrundbesitz zugute kamen, die mittel- und kleinbäuerliche Vieh- und Veredelungswirtschaft aber gerade an der Einfuhr billigen Futtergetreides hätte interessiert sein müssen. Daß die Schutzzölle eine allgemeine Erhöhung der Bodenpreise und damit auch der Kreditfähigkeit der Landwirtschaft mit sich brachten, hat offenbar im Bewußtsein der Bauern keine entscheidende Rolle gespielt. Äußerst wirksam war dagegen die Idee einer agrarischen Einheitsfront gegenüber dem modernen Industrialismus. Sie erwies sich als so zugkräftig, daß die meisten Bauern den großagrarisch geführten Bund der Landwirte als pressure group der Gesamtlandwirtschaft akzeptierten[19].

Eine vergleichbare Zurückstellung konkreter ökonomischer Interessen gegenüber vermeintlichen Standesinteressen gab es bei den Angestellten. Dem Deutschnatio-

---

[18] Peter Hengel, Das Warenhaus als parteipolitisches Problem, Diss. (Ms.), Tübingen 1952, bes. S. 96f. Zum Sozialprotektionismus des Kaiserreiches ferner: Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 40–64. Die württembergische „Deutsche Volkspartei" des Kaiserreichs ist nicht zu verwechseln mit der späteren gleichnamigen Partei Gustav Stresemanns.

[19] Vgl. hierzu Hans-Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservativismus im wilhelminischen Reich (1893–1914), Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1966. Zur Interessenbasis der Agrarbewegung auch: Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Neuausgabe, Frankfurt/M. 1969, S. 460–478.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nalen Handlungsgehilfen-Verband schien die Zusammenarbeit mit dem Bund der Landwirte und einigen Kleinhändlerverbänden so wichtig, daß er um die Jahrhundertwende in zollpolitischen Fragen, beim Kampf um die Warenhaussteuern und dem Streit um Ladenschlußzeiten sich auch dann den Forderungen seiner Bündnispartner anschloß, wenn dies den Bedürfnissen der Verbandsmitglieder strikt widersprach. Agrarier, Detailhändler und kaufmännische Gehilfen trafen sich indes auf der Basis eines völkisch-antisemitischen Nationalismus, dem somit die Funktion einer mittelständischen Integrationsideologie zuwuchs. Den Angestellten diente, wie schon erwähnt, die nationale Parole vor allem dazu, sich von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung abzugrenzen. Derselbe Wunsch, sich vom Proletariat abzuheben, veranlaßte viele Angestellte, sich die Staatsbeamten als gesellschaftliches Leitbild zu wählen. Dieser Distanzierungsdrang wurde von den bürgerlichen Parteien – mit Ausnahme der linksliberalen – honoriert: das Gesetz über die Angestelltenversicherung von 1911 brachte den oft verspotteten „Stehkragenproletariern" die erstrebte versicherungspolitische Absonderung von den Arbeitern[20].

Die Antworten, die der Nationalsozialismus auf das Schutzverlangen von Kleingewerbetreibenden und Bauern und auf die Proletarisierungsfurcht der Angestellten gab, waren mithin durchwegs „rechte" Antworten. Sie entstammten – ebenso wie jener ambivalente Antikapitalismus, der zwischen „raffendem" und „schaffendem" Kapital unterschied – der sozialkonservativen Bewegung des späten 19. Jahrhunderts. Freilich mußte unter dem Vorzeichen des allgemeinen Reichstagswahlrechts auch der Konservativismus sich „demokratisieren": er bedurfte der Massenbasis und mußte daher vor allem jene Schichten zu mobilisieren versuchen, die ebenso wie die Agrarier von einer fortschreitenden Industrialisierung nur Nachteile zu befürchten hatten. Über den 1893 gegründeten Bund der Landwirte, den schlagkräftigsten Interessenverband des Kaiserreiches, wirkte der Vulgärkonservativismus auf breite bäuerliche und kleingewerbliche Schichten ein. Sozialprotektionismus und Antiparlamentarismus, Kampf gegen Liberalismus und Sozialdemokratie, Antisemitismus und Nationalismus – in der Propaganda des Bundes der Landwirte und der mit ihm liierten Verbände vereinigten sich diese Elemente zu einem explosiven antidemokratischen Gemisch[21]. Was später als das Paradox der faschistischen Bewegungen erschien, die Mobilisierung von Massen zur Abwehr von „Massen-

[20] Urte Schild, Entstehung und Bedeutung der antisemitischen Agitation großer Verbände in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung des Bundes der Landwirte und des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Staatsexamensarbeit (Ms.), Berlin (FU) 1967, S. 103; Jürgen Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847 bis 1917, Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung, Stuttgart 1969, bes. S. 516–518.

[21] Außer Puhle vor allem: Hans Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: Ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt a.M. 1969, S. 7–50; ders., Zur sozialen Funktion der Agrarpolitik im Zweiten Reich, ebd., S. 51–80; ders., Große Depression und Bismarckzeit, Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967, passim.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herrschaft", ist schon im kaiserlichen Deutschland erfolgreich vorexerziert worden[22].

III

Die These vom Nationalsozialismus als Extremismus der Mitte ist durch unsere bisherigen Überlegungen nicht bestätigt worden. Der Übergang von den liberalen Parteien zur NSDAP erfolgte weniger abrupt und unvermittelt, als Lipset annimmt. Für viele Wähler war das Votum für die Nationalsozialisten das Ende einer Wanderung, die sie schon 1924 in das Einzugsfeld der DNVP, einer wenn auch nicht totalitären, so doch zweifellos autoritären Rechtspartei geführt hatte. Aber auch auf dem rechten Flügel des bürgerlichen Liberalismus, bei der Deutschen Volkspartei, erhielten seit Ende der zwanziger Jahre die antiliberalen und antiparlamentarischen Tendenzen Auftrieb. Es erscheint daher fraglich, ob man die Fördererkreise, Mitglieder und Wähler der DVP uneingeschränkt als „liberal" einstufen kann[23]. Das gesellschaftspolitische Programm der Nationalsozialisten (sofern man von einem solchen überhaupt sprechen kann) stimmt zwar mit vielen sozialkonservativen Ideen des späten 19. Jahrhunderts überein, aber kaum mit Konzeptionen, die aus der Mitte des politischen Spektrums stammen. Auch der Versuch, die Arbeiter mit Hilfe nationaler Agitation dem Einfluß des „Marxismus" zu entreißen, steht in einer solchen „rechten" Tradition[24]. Die Frage bleibt indes, ob Massenbasis und offizielles Programm einer Bewegung für ihre politische Standortbestimmung hinreichen.

Tatsächlich gibt es keine politische Bewegung, die sich einer ausschließlich soziologischen Betrachtungsweise in einem solchen Maß entzieht wie die faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit. Eine Analyse der Massenbasis dieser Bewegungen sagt noch wenig aus über ihre gesellschaftliche Funktion, und aus einer Analyse ihrer gesellschaftlichen Funktion läßt sich so gut wie nichts über die strategischen Zielsetzungen ihres Machtzentrums ermitteln. Die relativ große politische Autonomie dieses Machtzentrums scheint *ein* gemeinsames Merkmal der faschistischen Bewegungen zu sein, eine primär nach außen gewandte, nicht aus ökonomischen Interessen ableitbare nationale Aggressivität ein anderes. Begriffsbestimmungen des Faschismus müssen infolgedessen mehrschichtig sein: sie haben seine soziale Basis, seine Funktion für das gesellschaftliche System, seine Herrschaftsmethoden und die langfristigen politischen Zielsetzungen seines Führungskerns zu berücksichtigen.

Letztes Ziel der nationalsozialistischen Führung war die Gewinnung von Lebensraum für „die nordische Rasse", was prinzipiell unbegrenzte Expansion und Kampf

[22] Vgl. hierzu auch die allerdings von Verzerrungen nicht freie Arbeit von Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Sammlungspolitik 1897–1918, Köln 1971.

[23] Hierzu jetzt: Lothar Döhn, Politik und Interesse, Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.

[24] Dazu neuerdings: Stegmann, a.a.O., S. 97–518.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen die jüdische „Gegenrasse" von Anfang in sich schloß. Dieses Ziel war kein soziales, es war in einem ebenso genauen wie umfassenden Sinn a-sozial. Eine a-soziale politische Strategie setzt als Ausgangsbasis ein Milieu voraus, das sich nicht unmittelbar oder nicht vorrangig an materielle Interessen gebunden fühlt. Zu einem solchen Milieu gehörten jene zahlreichen Existenzen, die durch den Ersten Weltkrieg aus der Bahn geworfen worden waren und das Kriegserlebnis um jeden Preis zu verlängern strebten. Gesellschaftlich nicht wieder integrierte Kriegsteilnehmer bildeten nicht zufällig eine Kerngruppe faschistischer Bewegungen. Die Bedeutung, die die nationale Parole gerade für entwurzelte Militärs hatte, wird nur verständlich, wenn man sich den Funktionswandel vergegenwärtigt, den diese Parole schon vor Jahrzehnten durchlaufen hatte. In Deutschland hatte bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts das liberale Bürgertum den Adel als Träger der partikularstaatlichen Zersplitterung und sich selbst als Verkörperung der Nation gesehen. Im Zeichen des „Schutzes der nationalen Arbeit" und des Kampfes gegen die „Reichsfeinde" wandelt sich dann die Funktion der nationalen Parole: aus einer bürgerlichen Emanzipationsforderung wird ein ideologisches Schlaginstrument gegen Sozialdemokratie und Linksliberalismus. Die sozialimperialistische Bewegung, die in den 1880er Jahren einsetzt, verstärkt die antidemokratischen Züge des Nationalismus: koloniale Expansion soll von inneren Konflikten ablenken. Die gesellschaftliche Bedeutung dieser „sekundären Integration" (Wolfgang Sauer) wird breiten Schichten immer weniger bewußt: „national" zu sein, versteht sich scheinbar von selbst. Die nationale Parole hat sich gegenüber konkreten sozialen Interessenlagen gewissermaßen verselbständigt. Der Erste Weltkrieg ist der vorläufige Höhepunkt dieser Erfahrung[25].

Für die Beurteilung des Nationalsozialismus ist die Erkenntnis seiner Endziele ausschlaggebend. An diesen Zielen orientierten sich seine Gegnerschaften und seine Bündnisse. Nützlich war, wer ihm zur Macht verhalf; privilegiert wurde, wer für die letzten Zielsetzungen seines Machtzentrums unentbehrlich war. Aus diesem Prinzip folgte die Umwerbung bestimmter Gruppen vor und ihre unterschiedliche Behandlung nach der Machtergreifung. Der Nationalsozialismus war mithin nicht ein Instrument in den Händen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe – etwa, wie die Komintern es sah, der „am meisten reaktionären und chauvinistischen imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" –, sondern ein weitgehend auto-

[25] Zu diesem Problembereich etwa: Heinrich August Winkler, Bürgerliche Emanzipation und nationale Einigung, in: Helmut Böhme (Hrg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848 bis 1879, Köln 1968, S. 226–242; Hans Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln 1969, bes. S. 112–154; 454–502; Wolfgang Sauer, National Socialism: Totalitarianism or Fascism?, in: The American Historical Review 73 (1967), S. 404–424; ders., Das Problem des deutschen Nationalstaates, in: H. U. Wehler (Hrg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 407–436. Wie bewußtseinsprägend der Erste Weltkrieg für die Generation war, die die Jungwähler der Jahre 1930 bis 1933 stellte, zeigt eindringlich: Peter Loewenberg, The Psychohistorical Origins of the Nazi Youth Cohort, in: The American Historical Review 76 (1971), S. 1457–1502.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nomer Faktor, der allerdings ohne die massive Unterstützung eindeutig identifizierbarer gesellschaftlicher Gruppen nicht an die Macht kommen und sich nicht an der Macht behaupten konnte[26].

Als Massenbasis kamen für die Nationalsozialisten, da sie aus der Arbeiterschaft nur verhältnismäßig wenige Anhänger gewinnen konnten, allein die Mittelschichten in Frage. An diese wandten sie sich mit gezielten Aktionen, seit Hitler nach 1924 auf die Linie legaler Machteroberung eingeschwenkt war und die antikapitalistische Rhetorik des linken NSDAP-Flügels zu dämpfen begonnen hatte. Die Kleinhändler beispielsweise wurden mit Kampagnen gegen jüdische Warenhäuser umworben; den Bauern versprach man, sie würden der erste Stand des Dritten Reiches werden; dem Handwerk wurde alles das zugesagt, was es in der Republik nicht hatte durchsetzen können: der „Große Befähigungsnachweis", der die Ausübung eines Handwerksberufs an den Meistertitel band, die allgemeine Zwangsinnung und vieles andere mehr. Seit sich bei Bauern und Kleingewerbetreibenden der Eindruck verfestigt hatte, daß der „Sozialismus" der NSDAP ihren Besitzstand nicht antasten würde, war diese Partei zumindest kein bedrohlicher Gegner mehr. Sie wurde wählbar, nachdem sie sich praktisch den Gesamtkatalog mittelständischer und agrarischer Schutzforderungen zu eigen gemacht hatte. Und sie wurde gewählt, als die kleinen Selbständigen in Stadt und Land außer ihr keine politische Kraft mehr sahen, die ernst machen würde mit der radikalen Beseitigung aller Widerstände gegen die Verwirklichung der eigenen Wünsche. Dieses Empfinden war entscheidend: nur der Nationalsozialismus versprach, das Übel bei der Wurzel zu packen, die organisierte Arbeiterschaft in ihre Schranken zu weisen, Parlament und Parteien und damit die Gefahr der Majorisierung der Besitzinteressen endgültig auszuschalten. Bei Angestellten und Beamten der einfachen und mittleren Ränge waren es ähnliche Statussorgen, die sie unter dem Eindruck der ökonomischen Krise doppelt schwer empfanden und die schließlich den Nationalsozialismus als Rettungsanker erscheinen ließen[27].

In den Führungsgruppen der deutschen Gesellschaft gingen die Meinungen über den Nationalsozialismus noch länger auseinander als in den Mittelschichten. Im Unternehmerlager stieß naturgemäß vor allem das verschwommene Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus auf großes Mißtrauen. Das gilt nicht nur für die pseudosozialistischen Parolen der Partei, sondern auch und gerade für jene vagen

[26] Hierzu u.a.: Ernst Nolte, Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus, in: Ders. (Hrg.), Theorien über den Faschismus, Köln 1967, S. 15–75; Iring Fetscher, Faschismus und Nationalsozialismus, Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs, in: Politische Vierteljahrsschrift 3 (1962), S. 42–63; Tim Mason, Der Primat der Politik, Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), Nr. 41, Heft 6, S. 473–493 (die anschließende Diskussion: 10 [1968], Nr. 47, Heft 3, S. 167 bis 221).

[27] Über die Entwicklung der NSDAP vor 1933 am besten: Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party, 1919–1933, Pittsburgh 1969. Zur Mentalität von Landbevölkerung und Mittelstand: M. Rainer Lepsius, Extremer Nationalismus, Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966, S. 9–25.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Versprechungen einer berufsständischen Ordnung, die in den Mittelschichten eine gewisse Popularität besaßen. Außenhandel und Exportindustrie sahen in einer ständischen Neuordnung die Gefahr der wirtschaftlichen Stagnation und des staatlichen Dirigismus. Korporative Ideen schienen der Geschäftswelt nur insoweit akzeptabel, als sie geeignet waren, eine wirksame Vertretung der wirtschaftlichen Interessen gegenüber der Exekutive zu legitimieren und damit das politische Parlament zu neutralisieren. In eine ähnliche Richtung zielten die Pläne einer „Reichsreform", wie sie namentlich von Vertretern der hohen Bürokratie vorangetrieben wurden[28].

Positive Unterstützung fand der Nationalsozialismus vor allem bei Teilen der Schwerindustrie. Die Symbiose zwischen Ruhrindustriellen und Obrigkeitsstaat, historisch begründet im gemeinsamen Rüstungsinteresse, hatte bei den Unternehmern der Kohlen- und Eisenbranche eine Mentalität entstehen lassen, deren sinnfälligster Ausdruck nach dem Urteil des Ökonomen M.J. Bonn das „Ideal einer kundenfreien Wirtschaft" war[29]. Ein autoritäres Regime, das soziale Konflikte notfalls mit Gewalt unterdrückte, schien den Schwerindustriellen stets erstrebenswerter als eine liberale Demokratie. Den Standpunkt des Herrn im Hause hat außer dem Handwerk kein Segment der deutschen Gesellschaft so rigoros vertreten wie die Kohle- und Stahlindustriellen; beide Gruppen trafen sich auch in der Entschlossenheit, die sozialpolitischen Errungenschaften der Weimarer Republik bei erster sich bietender Gelegenheit wieder zu beseitigen. Man kann geradezu von einer geheimen politischen und ideologischen Wahlverwandtschaft von Kleingewerbe und Schwerindustrie sprechen: beide bewegten sich, wann immer sie sich kritischen Situationen gegenübersahen, nach rechts. Zumindest von Teilen der Schwerindustrie gilt, daß sie meist zur gleichen Zeit dieselbe Partei favorisierten wie der gewerbliche Mittelstand – nach der Deutschen Volkspartei die Deutschnationale Volkspartei und schließlich, großen Bedenken zum Trotz, die Nationalsozialisten.

Die finanzielle Hilfe, die der Nationalsozialismus durch Schwerindustrielle erfuhr, hatte gewiß nicht denselben Stellenwert wie die massenhafte Unterstützung durch die Mittelschichten. In den entscheidenden drei Monaten vor dem 30. Januar 1933 trug sie jedoch wesentlich dazu bei, der Wahlniederlage der NSDAP vom 6. November 1932 ihren politischen Sinn zu nehmen und die letzte Alternative zur Diktatur Hitlers, das möglicherweise entwicklungsfähige Regime Schleichers, zu liquidieren. Noch massiver und direkter wirkte in derselben Phase ein anderer Gralshüter autoritärer Politik auf die nationalsozialistische Machtübernahme hin: der tief verschuldete ostelbische Großgrundbesitz. Die Furcht vor der Aufdeckung der Osthilfe-Skandale scheint das wesentliche Motiv jener Aktivitäten gewesen zu sein, die der Reichslandbund im Dezember 1932 und im Januar 1933 entfaltete, um eine Regierung der „nationalen Konzentration" ans Ruder zu bringen[30].

---

[28] Dazu mein Aufsatz: Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in dieser Zeitschrift 17 (1969), S. 341–371.

[29] M.J. Bonn, Das Schicksal des deutschen Kapitalismus, Berlin 1930², S. 55.

[30] Zur finanziellen Unterstützung der NSDAP durch Industriekreise vgl. jetzt vor allem: Henry A. Turner, Big Business and the Rise of Hitler, in: The American Historical Review 75

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es waren die konservativsten Kräfte der deutschen Gesellschaft, in den Mittelschichten wie unter den traditionellen Eliten, die den größten Anteil an der Machtergreifung Hitlers hatten. Soweit sie früher zur liberalen Mitte gehört hatten, waren sie schon lange vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus nach rechts gerückt. Die Sehnsucht nach einem „überparteilichen" Staat, die breite Schichten der deutschen Gesellschaft – und nicht zuletzt auch das Bildungsbürgertum – mit der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft" sympathisieren ließ, nährte sich aus den Illusionen, die der kaiserliche Obrigkeitsstaat mit Bedacht gepflegt hatte. Mittelständischer und agrarischer Protest wurde nicht – wie in den Vereinigten Staaten oder Frankreich – durch die nachwirkende Erinnerung an eine demokratische Revolution davor bewahrt, antidemokratisch zu werden. Es gab in Deutschland keine populistische Alternative zum populären Autoritarismus. Auf der anderen Seite war der Kapitalismus nie gezwungen gewesen, seine politischen Ansprüche demokratisch zu legitimieren. Die Chance der sozialen Rückversicherung, die ihm herrschaftsgewohnte vorkapitalistische Kräfte boten, ersparten ihm die Bewährung im offenen Konflikt.

Die Vereinigten Staaten wurden von der Weltwirtschaftskrise auf allen Gebieten noch härter getroffen als Deutschland. Daß sie die Krise politisch bewältigten, ohne ihre liberalen Errungenschaften und demokratischen Institutionen preiszugeben, paßt nicht in jene vulgärmarxistische Theorie, die im Faschismus den politischen Überbau des Monopolkapitalismus sieht. Es ist in der Tat kein Zufall, daß faschistische Bewegungen nur in solchen Gesellschaften erfolgreich waren, in denen das Bürgertum sich nur unvollkommen von den Bindungen der ständischen Gesellschaft emanzipiert hatte. Der Feudalismus hat mit dem Faschismus mindestens ebensoviel zu tun wie der Kapitalismus.

Der Nationalsozialismus knüpfte auf gesellschaftspolitischem Gebiet an „rechte" Traditionen an, ohne nach Ziel und Methode je mit der traditionellen Rechten identisch zu werden. Am ehesten noch berührten sich seine politischen Parolen mit denen des Vulgärkonservativismus der Wilhelminischen Ära – einem Konservativismus, der sich mit plebiszitären Mitteln und in antiliberaler Absicht eine Massenbasis geschaffen hatte. Daß diese Basis nur in den Mittelschichten gefunden werden konnte, war den Wortführern der Rechten niemals fraglich gewesen.

Der Ausdruck „Extremismus der Mitte" erweckt den Eindruck, als hätte der Nationalsozialismus irgendwo in der Mitte zwischen links und rechts gestanden. In Wirklichkeit konnte er wie andere faschistische Bewegungen nur im Bunde mit der traditionellen Rechten an die Macht kommen, und er erhielt diese Unterstützung, weil sich seine Angriffe ganz überwiegend gegen die politische Linke richteten.

(1969), S. 56–70; ders., The Ruhrlade, Secret Cabinet of Heavy Industry in the Weimar Republic, in: Central European History 3 (1970), S. 195–228. Zur Rolle der Agrarier in der unmittelbaren Vorphase der Machtergreifung zuletzt: Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 639–645.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als totalitäre Bewegung konnte er freilich keinerlei Opposition gegen sich dulden, und soweit sich Teile der traditionellen Eliten seinem politischen Anspruch nicht beugten, wurden auch sie ausgeschaltet. Was egalitär, ja sozialrevolutionär wirkte am Nationalsozialismus, war einmal ein Reflex seiner plebejischen Instinkte, zum anderen – und weit mehr noch – eine notwendige Folge des von ihm gesetzten Primats des Krieges: die Gesellschaftspolitik wurde immer mehr zur Fortsetzung der Außenpolitik mit anderen Mitteln. Am Ende stand die nihilistische Negation aller konkreten Interessen überhaupt. Es ist diese Wendung gegen das Soziale schlechthin, die den Nationalsozialismus zu einer extremen Erscheinungsform der politischen Rechten macht – zur extremsten, die die Geschichte kennt.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

ADENAUER UND DER SCHUMAN-PLAN

Protokoll eines Gesprächs zwischen Konrad Adenauer und Hans Schäffer vom 3. Juni 1950

Einleitung

Wenige Wochen vor dem nachstehend veröffentlichten Gespräch zwischen Adenauer und Hans Schäffer hatte der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 in einer Regierungserklärung den sogenannten Schuman-Plan veröffentlicht. Dieser Plan, der auf ein von dem französischen Wirtschaftspolitiker Jean Monnet ausgearbeitetes Dokument zurückging, enthielt die Empfehlung, die französische und deutsche Kohle- und Stahlproduktion zu einem „Gemeinsamen Markt" zusammenzufassen und einer supranationalen Behörde zu unterstellen[1]. Durch einen Pool der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion, dem auch andere Länder beitreten konnten, sollte die wirtschaftliche und zugleich die politische Integration der europäischen Länder gefördert werden[2].

Durch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde der Schuman-Plan verwirklicht[3]. Am 20. Juni 1950 traten die Vertreter der beteiligten Länder (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg) zu Verhandlungen zusammen.

Bei der Auswahl der deutschen Delegation hatte Adenauer Schwierigkeiten, für den französischen Verhandlungsführer Monnet gleichwertige Partner zu finden.

Hans Schäffer, von dem das an dieser Stelle veröffentlichte Dokument stammt, war sowohl von Adenauer als auch von Monnet als deutscher Hauptdelegierter vorgesehen. Beide kannten Schäffer schon aus der Zeit vor dem Kriege. Wer aber war Hans Schäffer?

Hans Schäffer wurde am 11. April 1886 in Breslau geboren. Er studierte Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Geschichte an den Universitäten Breslau und Genf und promovierte 1908 zum Dr. jur.[4]. Bis zum Kriegsausbruch 1914 war Schäffer Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Breslau. Nach Beendigung des ersten Weltkriegs, an dem Schäffer an der Westfront teilgenommen hatte, wurde er zunächst

[1] Vgl. den Originaltext und die deutsche Übersetzung, in: Europa-Archiv 6 (1951), S. 3991 ff.

[2] Vgl. William Diebold, The Schuman Plan, A Study in Economic Cooperation 1950–1959, New York 1959, sowie Henri Rieben, Des Ententes de Maitre de Forges au Plan Schuman, Zürich 1954.

[3] Vgl. Hohe Behörde EKGS, 1952–1962, Ergebnisse, Grenzen, Perspektiven, Luxemburg 1963.

[4] Vgl. Hans Schäffer, Die auswärtigen Hoheitsrechte der deutschen Einzelstaaten, Leipzig 1908.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu vorübergehender Mitarbeit in das damalige Reichswirtschaftsamt in Berlin berufen, um dort an der Organisation des Wiederaufbaus der Wirtschaft mitzuwirken. 1919 wurde er als Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat ins Reichswirtschaftsministerium übernommen und stieg dort 1923 mit 37 Jahren zum Ministerialdirektor auf. Zu seinem Aufgabengebiet gehörten zunächst insbesondere Fragen der Wirtschaftsverfassung, wie der Gemeinwirtschaft und der Sozialisierung. So stammen z.B. die Verordnung über den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat von 1920[5] sowie die Kartellverordnung von 1923 aus der Feder Schäffers[6].

Aber auch mit Problemen des Geld- und Kreditwesens, der Exportversicherung[7], des Kohlebergbaus und der Kraftversorgung hatte Schäffer viel zu tun. Da er parteipolitisch nicht gebunden war, wurde er sowohl von Arbeitgebern als auch von Gewerkschaften als Makler und Vertrauensmann geschätzt. Vor allem in der Reparationsfrage galt Schäffer als Experte; als Mitglied der Kriegslastenkommission nahm er fast an allen internationalen Konferenzen, so z.B. an den Verhandlungen über den Dawes-Plan und den Young-Plan, teil[8].

Ende 1929 wurde er als Staatssekretär ins Reichsfinanzministerium berufen und hatte dort unter den damaligen Ministern Moldenhauer und Dietrich bei allen wesentlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen großen Einfluß. An der Annahme des Young-Plans während der Haager Konferenzen, an den damit verbundenen Verhandlungen über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, an der Überwindung der Bankenkrise von 1931, sowie am Zustandekommen des deutschen Auslandsmoratoriums hatte Schäffer maßgeblichen Anteil. In enger Zusammenarbeit mit Reichskanzler Brüning kämpfte Schäffer für die Sanierung der Reichskasse, für den Ausgleich des Haushalts und für die endgültige Beseitigung der Reparationen.

Im Mai 1932 wurde Schäffer auf eigenen Wunsch in den vorläufigen Ruhestand versetzt und übernahm als Treuhänder der Gebrüder Ullstein die Leitung des Ullstein-Verlags. Bereits im März 1933 erzwang jedoch die neue Regierung die Entlassung Schäffers, der als jüdischer Generaldirektor zunächst arbeitslos wurde. Mitte 1933 wurde Schäffer von dem schwedischen Bankier Jacob Wallenberg in ein Komitee berufen, das nach dem Tode Ivar Kreugers[9] den bankrotten schwedischen Zündholzkonzern entflechten und sanieren sollte.

Später wurde Schäffer als juristischer Berater in die Geschäftsleitung des Schwe-

---

[5] Vgl. Joachim Tiburtius, Gedanken über einen Bundeswirtschaftsrat unter besonderer Würdigung der Vorarbeit Hans Schäffers zum Reichswirtschaftsrat, in: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht, Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966, herausgegeben von Carsten Peter Claussen, Berlin 1966, Seite 45ff.

[6] Vgl. Hans Schäffer, Kartelle, in: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, herausgegeben von Bernhard Harms, 2. Band, Berlin 1928.

[7] Vgl. Kurt Hamann und Hermann Habicht, Zur Geschichte der deutschen Exportkreditversicherung, in: Neue Perspektiven . . ., a.a.O., S. 201ff.

[8] Vgl. Hans Schäffer, Meine Zusammenarbeit mit Carl Melchior, in: Carl Melchior, Ein Buch des Gedenkens und der Freundschaft, Tübingen 1967.

[9] Vgl. Robert Shaplen, Kreuger: Genius and Swindler, New York 1960.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dischen Zündholzkonzerns aufgenommen. Er siedelte 1936 mit seiner Familie nach Jönköping/Schweden über und nahm 1938 die schwedische Staatsbürgerschaft an.

Zunächst hatte Schäffer den Nationalsozialismus als vorübergehende und sich selbst überlebende Erscheinung angesehen. Erst nach der Veröffentlichung der Nürnberger Gesetze und den Ereignissen der Kristallnacht erkannte er die wirkliche Gefahr für die in Deutschland gebliebenen Juden. In der Folgezeit versuchte er vergeblich durch private Hilfsaktionen, durch Verhandlungen mit maßgebenden Politikern sowie durch Auswanderungspläne[10] das Schlimmste zu verhindern. Im Zündholzkonzern wie auch in anderen Gesellschaften der Wallenberg-Gruppe war Schäffer u.a. mit internationalen Rechtsfragen und nach dem Kriege mit Kartellproblemen beschäftigt. Als „graue Eminenz" wirkte er darüber hinaus an allen wesentlichen Geschäftsentscheidungen mit.

Nach 1945 konnte Schäffer seine Tätigkeit auch wieder auf Deutschland ausdehnen. Er nahm mit seinen früheren Mitarbeitern und Freunden wieder Verbindung auf und suchte den in Not Geratenen zu helfen, wo immer es möglich war. So hat er auch das schwedische Flüchtlingshilfswerk tatkräftig unterstützt. In den fünfziger Jahren wurde Schäffer mehrere Male in wichtigen Fragen von Konrad Adenauer konsultiert. 1953 trug er als Berater der schwedischen Regierung während der Londoner Schuldenkonferenz zum Ausgleich der Interessen Deutschlands und seiner Gläubiger bei. 1960 erhielt er von Bundespräsident Heuss, der ihn schon aus der Weimarer Zeit kannte, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern. Zu seinem 80. Geburtstag gaben Freunde und ehemalige Mitarbeiter eine 536seitige Festschrift heraus[11]. Schäffer starb 1967 in Jönköping/Schweden.

Daß Schäffer weitgehend unbekannt blieb, ist seiner Scheu vor der Öffentlichkeit zuzuschreiben. Obwohl Schäffer sich seines Einflusses auf das politische Geschehen stets voll bewußt war, zeigte er dies nie. Bereits 1934 bekannte er, seiner Natur habe der Souffleurkasten immer besser gelegen als das grelle Rampenlicht der Bühne[12].

Daß Schäffer auch zur Bundesregierung und insbesondere zu Konrad Adenauer gute Verbindungen hatte, geht aus den Aufzeichnungen Schäffers deutlich hervor. Schäffer hatte sich seit seinem Eintritt in den Reichsdienst Notizen über alle Gespräche gemacht und diese als Grundlage für ein ausführliches Tagebuch verwendet. Dieses Tagebuch wurde anfangs nur sporadisch, ab 1924 regelmäßig geführt. Schäffer machte sich von Tag zu Tag, in bestimmten Zeiten sogar stündlich, stenographische Notizen. Ziel der Eintragungen Schäffers war, sich auch in späterer Zeit über die Verhaltensgründe in den einzelnen Situationen klar zu sein und politisch bedeut-

[10] Vgl. S. Adler-Rudel, Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938, Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer, in: Bulletin des Leo Baeck Institutes 38/39, 10. Jahrgang, Tel Aviv 1967, S. 159ff.

[11] Vgl. „Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht", a.a.O. Autoren dieses Bandes sind u.a.: Hermann J. Abs, Karl Blessing, Arnold Brecht, Gustav Brecht, Gerhard Colm, Klaus Curtius, Ludwig Kastl, Hermann Pünder, Hans Staudinger, Toni Stolper, Walter Strauß, Eric M. Warburg, Konrad Zweigert.

[12] Vgl. Hans Schäffer, Marcus Wallenberg und die deutsche Bankenkrise, unveröffentlichte Denkschrift, Stockholm 1934, S. 37.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

same Vorgänge der Nachwelt möglichst genau und objektiv zu überliefern. Am umfangreichsten sind die Notizen Schäffers während seiner Zeit als Staatssekretär im Reichsfinanzministerium.

Schäffers glänzendes Gedächtnis erlaubte es ihm, falls es nicht möglich war, sofort zu stenographieren, auch später Aufzeichnungen in nahezu wörtlicher Rede anzufertigen. So geben seine Tagebücher z.B. ein genaues Bild über den Verlauf der Bankenkrise von 1931 und ihre Überwindung und ergänzen die entsprechenden Kabinettsprotokolle.

Mit Ausnahme eines Teilbands aus den ersten Monaten des Jahres 1933, der von der Gestapo anläßlich einer Hausdurchsuchung in Berlin beschlagnahmt und nicht zurückgegeben wurde, sind die Tagebücher heute vollständig erhalten. Schäffer überließ noch zu Lebzeiten den Gesamtbestand als Dauerleihgabe dem Institut für Zeitgeschichte in München. Um jedem ernsthaften Forscher ohne Rücksicht auf Nationalität, Konfession, Rasse oder politischer Bildung jederzeit die Einsichtnahme und Verwertung seiner Tagebücher zu ermöglichen, bestimmte er die Wiener Library, London, als Eigentümerin des Nachlasses. Diese ist verpflichtet, den Leihvertrag mit dem Institut für Zeitgeschichte zu kündigen, wenn die politischen Verhältnisse in Deutschland nicht mehr die Sicherheit für eine wissenschaftliche Auswertung bieten.

Adenauer und Schäffer trafen sich zum erstenmal nach 16 Jahren am 15. Oktober 1949 wieder. Adenauer hatte von sich aus zu Schäffer über dessen Freund, den früheren Oberpräsidenten von Oberschlesien und damaligen Vertriebenenminister, Hans Lukaschek, Verbindung aufgenommen. Aus dem Protokoll dieser Unterredung geht hervor, daß Adenauer zunächst seine Schwierigkeiten beim Aufbau des neuen Staates schilderte. Im Verlauf des Gesprächs bot Adenauer Schäffer die Position des Staatssekretärs unter Erhard im Bundeswirtschaftsministerium an[13]. Schäffer lehnte jedoch dieses Angebot im Hinblick auf seine schwedische Staatsangehörigkeit ab. Er fügte hinzu, daß der Einsatz eines Emigranten seiner Rasse an entscheidender Stelle die Durchführung ohnehin schwer erträglicher Maßnahmen noch weiter erschweren würde. Gleichzeitig erklärte sich Schäffer jedoch bereit, Adenauer in wichtigen Fragen zu beraten sowie seine alten Verbindungen zur Verfügung zu stellen, was von Adenauer lebhaft begrüßt wurde. Tatsächlich wurde Schäffer von Adenauer in den folgenden Jahren mehrmals konsultiert[14].

[13] Vgl. Tagebuchauszug vom 15. 10. 1949.

[14] Heinrich Brüning, der nach dem Kriege vergeblich versuchte, in der Bundesrepublik Deutschland wieder Fuß zu fassen, beobachtete diese Verbindung Adenauers mit Schäffer argwöhnisch. Dieses Mißtrauen dürfte einer der Gründe gewesen sein, weshalb die Beziehungen Brünings zu seinem ehemaligen Mitstreiter Schäffer immer mehr erkalteten. Auf weitere Hintergründe wird in der z.Z. entstehenden Biographie Schäffers genauer eingegangen. Diese Arbeit wird im Auftrag des Leo Baeck Institute, New York, mit Unterstützung der Familie Schäffer sowie ehemaliger Freunde vom Autor dieser Einleitung verfaßt und erscheint voraussichtlich Ende 1972. Zum Verhältnis Brüning–Adenauer vgl. Rudolf Morsey, Brüning und Adenauer – zwei deutsche Staatsmänner, Düsseldorf 1971.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Besprechung vom 3. Juni 1950 ging es um den sogenannten Schuman-Plan, der als einer der Grundsteine für die Integration Westeuropas gilt[15].

Adenauer unterbreitete Schäffer eine politische Analyse, die eine deutsch-französische Annäherung als unumgänglich erscheinen ließ. Dabei wurde deutlich, daß Adenauer primär das politische Ziel des Planes sah, die Versöhnung der seit Jahrhunderten entzweiten Länder zu erreichen[16].

Dies war für ihn das einzige Mittel zur Verteidigung Westeuropas gegenüber dem Osten. Schäffer sah im Schuman-Plan außerdem eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Realisierung des Plans mußte vor allem der französischen Wirtschaft gelegen sein: Die französische Stahlproduktion verlangte ein weiteres Absatzgebiet, ein Teil der Kohlengruben war trotz hoher Investitionen nicht mehr wettbewerbsfähig. Dazu kam die Furcht vor der Zeit des internationalen Wettbewerbs, vor allem mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die deutsche Industrie hoffte dagegen, daß durch die geplante Poolung der Montan-Industrie das Ruhr-Statut abgebaut und die Saar-Frage ihres politischen Charakters entkleidet werden konnte.

In einem Gespräch mit dem amerikanischen Hochkommissar John McCloy faßte Schäffer später diesen Sachverhalt zusammen und folgerte, daß hier ein Fall vorliege, „in dem beide Kontrahenten aus ganz verschiedenen Gründen das gleiche wünschten, und das sei ein gutes Omen für das Schicksal des Schuman-Planes"[17].

Adenauer, der zwar diese Betrachtung wirtschaftlicher Nebengründe abwehrte, hatte erkannt, daß für den französischen Hauptdelegierten Jean Monnet für die bevorstehenden Verhandlungen gleichwertige Partner gefunden werden mußten. Sein ursprünglicher Plan, Hermann Abs und Schäffer die Verhandlungsführung zu übertragen, scheiterte. Schäffer wollte nicht im „Rampenlicht" auftreten, sondern eher als „Souffleur" oder „Spielleiter hinter der Szene" wirken. Von 13 auf der Vorschlagsliste Schäffers enthaltenen Personen wurden von Adenauer alle bis auf vier als Delegierte abgelehnt. Zwei davon, Walter Hallstein und Hans Constantin Boden von der AEG wurden später von Adenauer nominiert[18]. Neben den Hauptdelegierten Hallstein und Boden wurden Hans vom Hoff, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der frühere deutsche Beobachter bei der Ruhrbehörde, Walter Bauer, sowie Ministerialdirektor Blankenhorn, der engste Mitarbeiter Adenauers im Bundeskanzleramt, zu Delegierten ernannt.

Während Boden als Finanzmann der AEG reiche Erfahrungen auf internationalem Parkett besaß, war der Leiter der Delegation, Professor Hallstein, in dieser Hinsicht noch unerfahren. Als Ordinarius für Internationales Recht an der Uni-

---

[15] Vgl. Heinrich Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, Bonn–Wien–Zürich 1961.

[16] Damit sollte an die Politik Briands und Stresemanns angeknüpft werden, die schon 25 Jahre vorher eine deutsch-französische Annäherung versuchten.

[17] Tagebuchaufzeichnung vom 20. 6. 1950.

[18] Vgl. Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 5 Jahrgang, Nr 49 vom 21. 6. 1950.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

versität Frankfurt hatte er sich jedoch einen guten Ruf als Fachmann auf dem Gebiet der Internationalen Rechtsvergleichung geschaffen.

Ungewöhnlich an der Zusammensetzung der Delegation schien, daß ihr kein Vertreter der von den Verhandlungen unmittelbar betroffenen Montanindustrie angehörte. Als Adenauer drei Tage vor Konferenzbeginn die Namen der Delegierten bekanntgab, waren daher weite Kreise der Industrie bestürzt[19].

Es zeigte sich jedoch, daß der Kanzler mit seiner Auswahl nicht schlecht beraten war: Aus dem interessengebundenen Gesichtspunkt der Montanindustrie konnte die für die Verhandlungen notwendige Konzeption weniger wachsen als aus dem Blickfeld von Menschen, die mit einem klaren Bild von den wirtschaftlichen Wirkungen der geplanten Arbeitsteilung an diese Aufgabe herangingen. Der eindeutig politische Rang der Konferenz dürfte dem Bundeskanzler Veranlassung gegeben haben, eine „etwas weniger scharf profilierte Delegation"[20] zu wählen, die die Funktion eines ihm attachierten Stabes ausübte.

Adenauer konnte dadurch sein persönliches Gewicht in der Frage zur Geltung bringen, die ihm von jeher am Herzen lag – der des deutsch-französischen Ausgleichs[21].

Es darf als sicher angenommen werden, daß Schäffer neben der Empfehlung Bodens und Hallsteins weitere wertvolle Ratschläge für die Vorbereitung der Konferenz gab, wie dies auch gegen Ende des nachstehenden Protokolls angedeutet wird. Schäffers große taktische Erfahrung auf internationalen Konferenzen wird in seinem Gespräch mit John McCloy vom 20. Juni 1950[22] besonders deutlich. Schäffer äußerte darin, er sei fest überzeugt, „daß Monnet einen Plan fertig ausgearbeitet habe und nur nicht mit ihm herausrücke, sondern ihn allmählich aus den Verhandlungen hervorwachsen lassen wolle, so daß jeder Unterhändler das Gefühl habe, an seiner Entstehung beteiligt gewesen zu sein"[23].

Eckhard Wandel

Dokument

Auszug aus dem Tagebuch vom 3. Juni 1950

Besuch bei *Adenauer* in Rhöndorf. Der Kanzler, der durch eine Lungenentzündung etwas geschwächt ist, empfing mich in seiner rosengeschmückten Veranda.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wüßte nicht, ob ich bereits von seinem Adjutanten Blankenhorn über den Zweck unserer Besprechung gehört hätte. Er wolle mir die Geschichte von Anfang an erzählen.

---

[19] Vgl. Handelsblatt, Deutsche Wirtschaftszeitung, 5. Jahrgang, Nr. 70 vom 21. Juni 1950.

[20] Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung, 4. Jahrgang, Nr. 25 vom 23. Juni 1950.

[21] Vgl. ebenda.

[22] Am selben Tag begannen in Paris die Verhandlungen über den Schuman-Plan.

[23] Tagebuchaufzeichnung vom 20. 6. 1950.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zunächst wollte er über sein persönliches Verhältnis zu Schuman (früherer franz. Ministerpräsident) reden. Er habe Schuman schon 1938 einmal getroffen, aber keine Erinnerung daran behalten. Dann hätte ihn Schuman das erste Mal wieder 1946 oder 1947 besucht. Sie hätten dabei die ganzen zwischen Deutschland und Frankreich liegenden Probleme miteinander besprochen und sich sehr gut verstanden. Schuman sei eine religiöse Natur, für die die Frage einer Einigung der beiden Länder keine auf den Augenblick beschränkte Zweckmäßigkeitsfrage, sondern eine wirkliche Herzensangelegenheit sei. Dabei sei auch die Saar und deren Behandlung besprochen worden. Mit dem was ihm Schuman damals gesagt habe, hätte allerdings das Verhalten Frankreichs bezüglich der Saar-Verträge in großem Widerspruch gestanden. Deswegen sei er gegen Schuman außerordentlich aufgebracht gewesen und habe dem auch Ausdruck gegeben. Dazu sei gekommen, daß ihn Bidault ausdrücklich vor Schuman und dessen Unwahrhaftigkeit habe warnen lassen. Durch diesen Zwischenfall sei eine Abkühlung zwischen ihm und Schuman eingetreten und die von ihm selbst im vorigen Dezember vorgeschlagene großzügige Verständigung beider Länder zu einer Zollunion sei nicht weiter verfolgt worden[24]. Seine Überzeugung sei aber nach wie vor, daß aus politischen Gründen der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich beseitigt werden müßte, um eine Festigung Europas zu erreichen, die gegenüber der Gefahr von Osten unbedingt notwendig sei.

In diesem Zusammenhang müßte er einige Worte über England sagen. Ich sollte nicht glauben, daß er gegen England irgendwie voreingenommen sei, Adenauer sähe aber immer wieder, daß Englands Außenpolitik sich von den alten Methoden nicht lösen könnte und auf das „Teilen und Herrschen" hinausginge. England fühlte, daß eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich zu einem Übergewicht dieser vereinigten Länder über England führen könnte und suche eine solche Einigung daher zu verhindern. Deswegen habe sich England durch den Schuman-Plan unangenehm überrascht gefunden und sei noch nicht zu einer positiven Einstellung ihm gegenüber gelangt. Es sei eben auch die erste selbständige Handlung französischer Politik gewesen, über die England vorher nicht befragt worden sei, und diese wiedererwachende Selbständigkeit Frankreichs löse drüben Unwillen aus. Er sei auch nicht sicher, daß es vor der Eröffnung der Verhandlung zu einer Verständigung mit England kommen werde, aber Schuman habe ihn wissen lassen, daß Frankreich mit Deutschland und den anderen Ländern, notfalls auch ohne England, in Verhandlungen eintreten werde.

Der vorher ans Telefon gerufene Ministerialdirigent Blankenhorn teilt darauf dem Bundeskanzler mit, daß die noch vor einer Stunde als sicher angenommene Einigung nach einer soeben eingegangenen Mitteilung auf erneute Schwierigkeiten von englischer Seite gestoßen sei, so daß möglicherweise das Kommuniqué aller beteiligten Staaten (mit oder ohne England) nicht schon während der Nacht, sondern erst am morgigen Tage herauskommen werde[25].

Der Kanzler sieht dies als eine Bekräftigung seiner Auffassung an und weist auf die Schwierigkeiten, die England in seinem Commonwealth habe, hin. Man sehe eben, daß eine Unsicherheit in der englischen Politik vorhanden sei. Wahrscheinlich beruhe sie darauf, daß es seine Macht an allen Ecken und Enden in die Brüche gehen fühle. Dabei sei die englische These unrichtig. Auch England brauche ein starkes Europa, um sich halten zu können und habe an der politischen Wirkung des Schuman-Planes ein eigenes großes Interesse.

---

[24] Vgl. Heinrich Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration, a.a.O., S. 41.

[25] Am 5. Juni 1951 lehnte die britische Regierung die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zur Bildung einer Montanunion ab. Vgl. Handelsblatt-Deutsche Wirtschaftszeitung, 5. Jahrgang, Nr. 64 vom 7. Juni 1950.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europa könnte nicht darauf rechnen, gegenüber der wachsenden Macht Rußlands von Amerika Schutz zu bekommen. Alles, was von Amerika darüber versprochen werde, gehe über dessen Kräfte. Die Fliegerwaffe sei immer in ihren Wirkungen überschätzt worden und könnte, selbst wenn sie noch so rücksichtslos gegen russische Städte und Industriegebiete angewendet würde, einem Vordringen der Russen keinen Halt gebieten.

Aus dieser tiefen Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit einer Einigung Deutschlands und Frankreichs heraus habe er den Schuman-Plan von Herzen begrüßt. Einem solchen Gebilde würden sich, wie er wisse, auch die anderen westeuropäischen Staaten anschließen. Italien sei sehr freundlich gegenüber Deutschland eingestellt. Holland habe gerade in den letzten Wochen das Gleiche zum Ausdruck gebracht. Die kirchliche Partei in Belgien wollte gern mit der hier in der Macht befindlichen katholischen Gruppe zusammenarbeiten. Es stehe etwas mehr als eine politische und ökonomische Frage für diese Länder zur Entscheidung. Es sei etwas wie eine gemeinsame Weltanschauung des westlichen Europas, die alle nationalen Gegensätze überwinde.

In dieser Lage habe nun Schuman seinen Plan veröffentlicht, der von Monnet, der ja nicht dem Kabinett angehöre, aber die französische Regierung in sehr starker politischer Stellung berate, ausgearbeitet sei. Er wisse, daß für Monnet diese religiösen Motive, die für Schuman bestünden, keine Rollen spielten. Monnet sei in dieser Hinsicht indifferent, eine Art humanistischer Agnostiker oder Liberaler, aber ohne den kulturkämpferischen Einschlag, der den deutschen Liberalen noch vielfach innewohne. Er habe sehr lange mit Monnet gesprochen und von ihm den Eindruck eines sehr klugen, sehr wohlmeinenden, sehr gut unterrichteten, ruhigen, von Eitelkeit freien Mannes gewonnen, dem es wirklich auf eine politische Verständigung der beiden großen Völker ankomme.

Ich schalte ein, daß ich Monnet seit etwa 25 Jahren kenne, und zwar in verschiedenen Eigenschaften: zunächst als Generalsekretär des Finanzkommittés des Völkerbundes, dann als Partner von Blaire & Co. Dann habe er mich 1933 aufgefordert, ihn nach China zur Beratung der Familie Chiangkaishek zu begleiten, was ich aber abgelehnt hätte, nachdem die chinesische Regierung sich geweigert hätte, die von mir für mich und 7 Mitarbeiter, die ich mitnehmen wollte, geforderte Hinterlegung eines halben Jahresgehaltes in London zu akzeptieren. Dann sei Monnet mir in seiner Eigenschaft als Mitliquidator der Firma Kreuger & Toll begegnet und sein nächster Mitarbeiter Pierre Denis habe in diesen Zündholzfragen etwa ein Jahr mit mir teils in Stockholm, teils in New York zusammengearbeitet. Monnet habe stets den Gedanken einer Verständigung Deutschlands mit Frankreich verfolgt und der deutschen Seite oft gute Ratschläge gegeben. Auch der alte Marcus Wallenberg habe Monnet hoch geschätzt.

Der *Kanzler* erwidert darauf, daß er die Auffassung Monnets nicht geteilt habe, daß man auch andere Länder zu den Verhandlungen zuziehen sollte. Ihm hätte es besser gelegen, wenn sich erst Deutschland und Frankreich verständigt und dann die anderen Länder zur Mitwirkung aufgefordert hätten. Monnet hätte aber das als unmöglich bezeichnet, weil damit das Mißtrauen der anderen Länder geweckt und alsbald eine geistige Einstellung gegen den Plan erzeugt worden wäre. Dieser Auffassung Monnets habe er sich dann gefügt.

Monnet habe darauf mit ihm die Art besprochen, wie man diese Sache anfassen sollte. Schuman habe in dieser Hinsicht gewisse Wünsche übermitteln lassen, nämlich als 1. daß Adenauer die Sache selbst in Deutschland in der Hand behalten sollte, ebenso wie Schuman dies in Frankreich tun werde; 2. daß man die Ministerien sich nicht in die Sache einmischen lasse, bis eine grundsätzliche politische Einigung erreicht sei, sonst werde der wirkliche politische Sinn des Planes zerstört und er in eine Reihe

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsfragen zerfasert werden; 3. daß man keine unmittelbaren Interessenten, d. h. keine aktiven Eisen- und Kohlen-Leute die Verhandlungen führen lasse, sondern Leute mit allgemeinem politischem und wirtschaftlichem Überblick. Monnet habe als Beispiel Professoren und unabhängige Gelehrte angeführt.

Man habe sich die Arbeit so gedacht, daß auf jeder Seite zwei eigentliche Verhandlungsdelegierte bestünden, welche nach außen hin als alleinstehend aufträten. Diese sollten eine zweite Gruppe als ständige Berater und eine dritte Gruppe als von Fall zu Fall für Spezialfragen zuzuziehende Sachverständige zur Seite haben. Auf französischer Seite würde Monnet auftreten, und wahrscheinlich ein von ihm erwähnter Mitarbeiter Schumans (Chatelier?). Monnet habe dann gefragt, wen Adenauer auf deutscher Seite zu entsenden gedenke. Adenauer habe nach einigem Nachdenken erwidert, daß er im Augenblick nur zwei Männer sähe, die als Verhandlungsdelegierte in Betracht kämen, Abs und mich. Monnet habe darauf gesagt, Abs werde für die Franzosen unannehmbar sein, da er während der Besatzungszeit für deutsche Stellen in Frankreich aufgetreten sei. Mich habe er auf Grund unserer alten Bekanntschaft begrüßt und dabei sehr freundlich über mich gesprochen. An dem Abend des Tages habe Adenauer dann an mich nach Schweden telegraphiert und mich zur Rücksprache gebeten. Er möchte nun wissen, ob ich bereit sei, die Sache zu übernehmen und wen ich sonst noch vorschlagen könnte.

Ich erwidere darauf, daß ich seit 12 Jahren Schwede sei und daß es nach außen einen sehr schlechten Eindruck machen müßte, wenn Deutschland niemanden anderes als einen immigrierten Schweden zu stellen habe. Ich hätte auch kein Talent, im Rampenlicht zu spielen. Was ich ihm seiner Zeit zugesagt hätte, als Verbindungsmann oder als Berater zur Verfügung zu stehen, würde ich selbstverständlich halten, aber im ganzen möchte ich mich auf die Rolle des Souffleurs und gegebenenfalls des Mitverfassers des Stückes beschränken.

Adenauer erwidert, daß er sich das mehr als Spielleiter hinter der Szene denken würde.

Ich bitte ihn dann, diese Frage zunächst zurückzustellen, weil man sie besser bereden könnte, wenn man über den sachlichen Inhalt der Verhandlungen gesprochen habe. Er dürfe nicht vergessen, daß, wie der Plan auch aussähe, er zum mindesten für eine längere Übergangszeit die Ausgangslage der deutschen weiterverarbeitenden Industrie, die z. Z. vermöge niedriger Stahl- und Kohlen-Preise, viel besser als die der französischen sei, erheblich verschlechtern müßte. Es werde dabei Verwundete und tote Firmen geben; die Angriffsfläche noch durch die Wahl eines außergewöhnlich wirkenden Unterhändlers zu verbreitern, wäre nicht weise. Außerdem könnte ich mir vorstellen, daß in einem gewissen Zeitpunkt auch schwedische Interessen mit hineinspielten und daß in diesem Augenblicke die schwedische Regierung nicht wünschen würde, daß ein schwedischer Staatsangehöriger als spezieller deutscher Unterhändler mitwirkt. Im ganzen sei mir der ganze Gedanke so neu, daß mir sicher später noch andere Gesichtspunkte einfallen würden. Ich hätte, als ich das Telegramm des Kanzlers erhielt, gedacht, daß er mich bitten wollte, ihm einige geeignete Menschen als Unterhändler vorzuschlagen oder zu einigen von ihm genannten Namen sachlich Stellung zu nehmen. Deswegen hätte ich mir eine Liste solcher Namen angefertigt, die ich mit ihm besprechen möchte. Ich nähme an, daß er auch eine solche Liste hätte. Meiner Auffassung nach müßte man Monnet, der seit Jahren, eigentlich seit 1945, an dem Monnet-Plan der Erweiterung der französischen Kohlen- und Eisenindustrie arbeite, einen entsprechend geschulten Mann gegenüberstellen.

Adenauer unterbricht mich hier und erwidert, daß er das auch Monnet gesagt und hinzugefügt habe, daß wir einen gleichwertigen Partner nicht hätten und daher von vornherein in einer unterlegenen Situation seien, aber er glaubte doch, daß es nicht

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

so sehr auf die Kenntnis dieser Industrien bei den Hauptverhandlungsführern ankäme, sondern mehr auf einen allgemeinen Überblick, denn aus einer Vereinigung dieser Industrien würden sich weitgehende andere Fragen ergeben, z.B. eine vollständige Umstellung der Handelspolitik, die bis zu einer Zollunion gehen würde. Er selbst habe zusammen mit Hugo Stinnes seiner Zeit zur Beseitigung der Folgen der Ruhrbesatzung im Winter 1923/24 der Reichsregierung unter Wilhelm Marx vorgeschlagen, Hugo Stinnes nach Paris zu schicken, um eine Kuppelung der Schwerindustrie beider Länder und eine entsprechende Vereinigung der Zollgebiete vorzuschlagen.

Ich bestätige das, da ich selbst bei der Sitzung, an der von westlicher Seite auch Louis Hagen teilgenommen habe, zugegen gewesen sei.

Adenauer fährt fort, daß dann aber Stresemann über die Lunchzeit die Sache dadurch zerschlagen habe, daß er einem leitenden Franzosen gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, daß die Reichsregierung zu Stinnes kein Vertrauen hätte. *Er*, Adenauer, habe dies durch einen Zufall erfahren und noch am Abend Stinnes erzählt, der darauf sein schon gekauftes Billett zurückgegeben und es abgelehnt habe, zu reisen. Stinnes habe dabei zu ihm geäußert, es werde nun Zeit, daß er Stresemann den Kragen umdrehe. Die Idee sei also von *ihm*, Adenauer, schon früher verfolgt worden und müsse jetzt aus großem politischen Grund unbedingt verwirklicht werden.

Ich erwidere, daß ich glaube, daß die Einigung Westeuropas in einer dauernden Form eine Notwendigkeit sei und daß ein solches Ziel den Einsatz aller persönlichen Kräfte lohne. Ich glaube auch, daß der Augenblick taktisch geeignet sei, weil beide, sowohl Deutschland wie Frankreich, an der Erreichung dieses Zieles Interesse hätten, wenn auch die Gründe dafür auf beiden Seiten nicht die gleichen seien. Die schwerindustriellen Märkte seien am Umkippen; in der Kohle sei bereits ein Mehrangebot vorhanden, das sich aus verschiedenen Gründen in der nächsten Zeit noch sehr vergrößern würde. Im Stahl würde es nach kurzer Zeit auch dahin kommen. Die technische Entwicklung und der Vorgang Amerikas drängten nach vergrößerten und einheitlich gelenkten Betriebsformen. Die Franzosen hätten berechtigte Furcht vor der Zeit internationalen Wettbewerbs. In der Kohle hätten sie eine Reihe weniger abbauwürdiger Gruben ausgebaut, die im freien Wettbewerb nicht mit könnten. Ihre Stahlproduktion hätten sie sehr erweitert und ein Absatz der Produkte nach Deutschland würde ihnen sehr erwünscht sein. Eine Einigung hierüber würde die zweifellos bei der Durchführung des französischen Monnet-Planes erfolgten Fehlinvestitionen durch Auflösung in einer größeren Einheit weniger in Erscheinung treten lassen.

Adenauer wirft ein, daß Monnet ihm von sich aus gesagt habe, daß bei Poolung der gesamten Industrie die Franzosen zur Stillegung ungeeigneter Gruben bereit wären.

Ich fahre fort, daß auch auf deutscher Seite Gründe vorliegen, auf den Plan einzugehen. Durch die Poolung könnte das Ruhr-Statut in einer Form abgebaut werden und die Saar-Frage ihres politischen Charakters entkleidet werden, die kein Prestige verletze und den alliierten Staatsmännern die Möglichkeit gäbe, diese Änderung der Besatzungsmaßnahmen vor ihren Parlamenten und besonders vor ihren Oppositionen zu verteidigen. Daran hätte Deutschland mit dem Ziele der Wiedererlangung seiner Selbständigkeit das größte Interesse. Diese Gesichtspunkte seien vielleicht Monnet nicht bewußte Motive. Sie seien aber vorhanden, und das vermehre die Aussichten eines Erfolges, und einen Erfolg müsse man haben, denn ein Scheitern des mit so großer Emphase bekanntgegebenen Planes würde ein Unglück für Europa sein und den Russen ein starkes Propagandamaterial in die Hand geben.

Adenauer wehrt diese Betrachtung mitwirkender Nebengründe ab und sagt, man müsse die Sache politisch als eine Einigung der beiden seit Jahrhunderten entzweiten

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Länder und als einziges Mittel zur Verteidigung Westeuropas gegenüber einem militärischen Vordrängen der Russen ansehen. Dieser wirtschaftliche Zusammenschluß werde auch ein politisches Zusammengehen zur Folge haben, vielleicht auch ein militärisches, obgleich er selbst Deutschland möglichst aus einer Aufrüstung heraushalten wolle.

Ich stelle fest, daß wir diese Sache gleich betrachteten und daß ich diese mehr taktischen Erwägungen nur vorgebracht habe, um darzulegen, daß der Zeitpunkt für die Inangriffnahme der Frage der richtige sei.

Wir kommen auf die Liste zu sprechen, und zwar zunächst auf die von mir aufgestellte. *Ich* sage, daß ich nur einen Mann in Deutschland kenne, der in seiner ruhigen, unpathetischen und nicht eitlen Art ein Verhandlungspartner für Monnet sei, und das sei Hermann Abs. Ich glaubte, wir sollten versuchen, Monnet zur Aufgabe seines Widerstandes zu bewegen, da ich überzeugt sei, daß man die Einwendungen, die gegen Abs gemacht würden, entkräften könne.

Adenauer erwidert, er hätte schon daran gedacht, Abs zu bitten, in einer anderen Frage Monnet einmal aufzusuchen, damit dieser ihn kennenlerne, aber das dürfe um Gottes willen nicht den Eindruck machen, daß der deutsche Unterhändler der Gegenseite zur Genehmigung vorgeführt würde. *Ich* werfe darauf die Frage auf, ob der Kanzler nicht beide Herren einmal zusammen einladen könnte. Dies fand der *Kanzler* im Hinblick auf die Publizität eines solchen Besuches zu riskant. Er regte aber an, ob ich nicht noch von Bonn aus Monnet einen Brief schreiben könnte, in dem ich zum Ausdruck brächte, daß ich, ganz unabhängig vom Kanzler, Hermann Abs an erster Stelle und als den einzig Geeigneten in Vorschlag gebracht hätte und daß ich die Wirksamkeit des Herrn Abs seit langem kenne, gleichzeitig mit ihm in USA gewesen sei und hätte verfolgen können, welchen Eindruck er überall gemacht und welches Ansehen er sich erworben hätte und daß schließlich demgegenüber einzelne ungünstige Pressestimmen keine Bedeutung gehabt hätten.

Ich erkläre mich bereit, einen solchen Brief zu schreiben, bitte aber, über dessen Inhalt vorher mit Herrn Abs sprechen zu dürfen. Es handle sich um eine so wichtige Sache, die auch von Hermann Abs persönlich von solcher Bedeutung sei, daß man nichts hinter seinem Rücken tun könnte. Ich kennte auch die Tätigkeit von Abs während des Krieges nicht genau genug, um nicht möglicherweise etwas Unrichtiges zu tun, was von Monnet leicht widerlegt werden könnte und dann den Gedanken zum Scheitern brächte. Schließlich könnte Abs sicher noch den einen oder anderen Gesichtspunkt beibringen, der wirksam verwendet werden könnte. Ministerialdirigent Blankenhorn ist zweifelhaft, ob man vorher mit Herrn Abs sprechen sollte. Man müsse ihm seine Unbefangenheit wahren.

Der *Kanzler* scheint diesem Zweifel zunächst zuzuneigen, sagt aber dann nach längerem Nachdenken zu mir: die Sache ist zu wichtig für die Allgemeinheit und für Abs persönlich, als daß man ohne eingehende Besprechung mit ihm den Brief absenden könnte. Er bittet mich, die Besprechung so bald als möglich zu führen.

Ich erkläre mich dazu bereit, unter der Voraussetzung, daß ich das Recht hätte, Abs über die gesamte Unterhaltung zu berichten „so als ob er zugegen gewesen wäre". Hiermit ist der Kanzler einverstanden und Blankenhorn versucht telephonisch Abs zu erreichen.

Wir treten dann in eine Erörterung der weiteren Namen meiner Liste ein, wobei ich vorausschicke, daß die Wahl jedes der beiden Hauptunterhändler von der Wahl des anderen abhängig sein sollte. Meines Erachtens müßte ein Mann von allgemeiner Auffassung mit einem Mann, der die Schwerindustrie genauer kennt, zusammenwirken, denn Monnet beherrsche selbst beides.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich schlage darauf dem Kanzler 13 Persönlichkeiten vor, von denen er alle bis auf 4 ablehnt. (Von den verbliebenen 4 hat er nachher zwei als Unterhändler ernannt. Die Namen der vom Kanzler Abgelehnten will ich hier nicht wiedergeben.)

Wir kommen dann nochmals kurz auf die technische Seite der Verhandlungen zurück. Wir sind darüber einig, daß beim Zusammentreten der 6 oder 7 Mächte schon ein Entwurf vorliegen muß und daß dieser Entwurf nach Lage der Sache nur von den Franzosen ausgehen kann, daß es aber sehr gut wäre, wenn wir unsichtbar schon bei der Aufstellung dieses Entwurfes mitwirken könnten. Etwas derartiges wäre mit Monnet alsbald zu vereinbaren.

Der *Kanzler* stellt sich die Arbeit so vor, daß innerhalb 3 Monaten ein Vertrag angenommen sein soll, an dessen Verfeinerung und Ausgestaltung dann in längerer Zeit zu arbeiten wäre.

Ich glaube, daß der ursprüngliche Vertrag für lange Zeit hinaus ein der Auslegung unterliegendes Dokument bleiben wird. Deswegen wäre es richtig, als Unterhändler auch einen jüngeren Mann von vornherein an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen[26]. Derjenige, der später einmal aus eigener Erinnerung eine Auslegung als richtig bezeichnen oder verwerfen kann, hat vor denen, welche die Verhandlung nur von dritter Seite kennen, immer einen großen Vorsprung.

Ich erkläre, ehe ich meine Mitwirkung dafür zusage, müsse ich die Genehmigung der schwedischen Regierung einholen. Ich bitte um die Erlaubnis, ganz offen mit dem mir nahestehenden Kabinettssekretär Dag Hammarskjöld sprechen zu dürfen, der aber, wie ich glaube, seiner Gesamteinstellung nach meine Mitarbeit nur begrüßen würde.

[26] Hallstein war 1950 48 Jahre und Blankenhorn 45 Jahre alt.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

ERÖFFNUNG DES NEUBAUS DES INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE

Nach langen Jahren in räumlicher Enge konnte das Institut für Zeitgeschichte im Februar 1972 einen vom Bund, dem Land Bayern und der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten, nach einem Entwurf von Architekt Dipl.-Ing. Sepp Pogadl errichteten Neubau beziehen. Damit wurden nicht nur die Unterbringung seiner Sammlungen und die Voraussetzungen der wissenschaftlichen Forschung im Hause, sondern auch die Arbeitsmöglichkeiten für auswärtige Benutzer von Archiv und Bibliothek erheblich verbessert. Das Haus verfügt jetzt über einen sehr viel größeren Lesesaal mit Einzelkabinen für Mikrofilmlesegeräte und über einen eigenen Saal für die Abhaltung von Seminaren, Vorträgen und Colloquien.

Am 10. März 1972 fand die offizielle Eröffnungsfeier des Institutsneubaus statt. Ansprachen hielten der Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte, Ministerialdirigent Dr. Emil Kessler, der stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte, Prof. Dr. Walter Bußmann (in Vertretung des Vorsitzenden, Prof. Dr. Hans Rothfels), der Bayerische Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, der Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Hans Maier, die Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher, der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Prof. Dr. Helmut Krausnick, und das Mitglied des Gründungskomitees und langjähriges Stiftungsratsmitglied Staatssekretär i. R. Dr. Walter Strauß.

Ministerpräsident Goppel rechtfertigte die für den Neubau aufgewendeten staatlichen Mittel mit dem Hinweis auf den Dienst, den das Institut durch seine wissenschaftliche Arbeit dem ganzen deutschen Volke geleistet habe und würdigte diese Arbeit u. a. mit den Worten: „Indem es das Phänomen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, sowie die Kriegs- und Nachkriegsgeschichte zu erhellen suchte, hat es auch wesentliches zur Wiedergewinnung und Stärkung einer gesunden intellektuellen und moralischen Grundlage unserer neugewonnenen freiheitlich-demokratischen Ordnung beigetragen. Es hat zudem durch die nüchterne wissenschaftliche Arbeit psychologische Belastungen im Verhältnis zu unseren Nachbarn mit abgebaut und so Brücken zu den Forschern und wissenschaftlichen Institutionen des Auslandes und zu den europäischen Völkern in Ost und West geschlagen."

Kultusminister Maier ging in seiner Ansprache vor allem auf den Zusammenhang von Geschichtswissenschaft und Gesellschaft ein, dessen Schwierigkeiten und Problematik sich das Institut nie entzogen habe.

Frau Staatssekretärin Hamm-Brücher gedachte aus persönlicher Erinnerung an die schwierigen Aufbaujahre des Instituts der Leistung des Generalsekretärs Hermann Mau und unterstrich die bildungspolitische Bedeutung der Zeitgeschichte.

Dr. Martin Broszat, wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Direktor des Instituts, hielt bei dem Festakt einen Vortrag über „Die Juli-Konferenzen 1948, Motive westdeutscher Politik bei der Vorentscheidung zur Staatsbildung der Bundesrepublik", der in erweiterter Form demnächst in dieser Zeitschrift publiziert werden wird.

Eine vom Institut herausgegebene

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Informationsschrift gibt einen Überblick über die Bestände von Bibliothek und Archiv und enthält ein Verzeichnis der bisherigen Publikationen. Der Lesesaal wird nach Abschluß der Einrichtungs- und Revisionsarbeiten ab 2. Mai 1972 für den Benutzerverkehr geöffnet sein. *H. Kr.*

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE DER UNIVERSITÄT WIEN

Das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien – im Juni 1966 gegründet – hat gemäß den Zielsetzungen der Universität sowohl auf dem Gebiet der Lehre als auch der Forschung seinen Beitrag zu leisten. Das Institut begann 1966 seine Arbeiten mit einem Professor, einem Assistenten und einem Bibliothekar und konnte seither das wissenschaftliche Personal auf sechs Planstellen aufstocken. Die Betreuung von durchschnittlich 450 Hörern in der Hauptvorlesung pro Semester, von 40 Seminarteilnehmern und 40 Dissertanten verlangt intensiven Einsatz, um so mehr als sich das Institut mehr und mehr zu einem Forschungszentrum entwickelt. Der Schwerpunkt der Forschung, die übrigens seit 1960 bereits von der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte auf der Basis eines ministeriellen Auftrages begonnen wurde, liegt heute eindeutig auf dem Gebiet der Geschichte der Republik Österreich, aber auch der Zeit des Ersten Weltkrieges, wobei versucht wird, nach und nach auch die Analyse der Zeit nach 1945 auszubauen. Als Forschungsprojekte des Instituts steht derzeit eine Reihe von Untersuchungen über die Parteien und politischen Verbände in Österreich im Vordergrund, dabei sind Spezialuntersuchungen über die christlichsoziale Partei schon ziemlich weit gediehen. Studien über den Übergang von der Form der landesfürstlichen Verwaltung in Oberösterreich zur bürgerlich demokratischen Form in den Jahren 1918–20 wurden in Angriff genommen, ebenso eine Biographie des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß sowie eine Studie über das Jahr 1934. Eine weitere größere Arbeit beschäftigt sich mit dem Thema Option und Umsiedlung der Südtiroler Bevölkerung. Diese von einer Forschungsgruppe zu bewältigende Aufgabe wird vor allem neben der Auswertung der schriftlichen Quellen auch in weitestem Ausmaß versuchen, die Ergebnisse ausführlicher Befragungen heranzuziehen. In ähnlichem Rahmen bewegt sich eine Arbeit über die NS-Germanisierungspolitik in den Gebieten Untersteiermark, Kärnten und Krain.

Von den in Vorbereitung befindlichen Doktorarbeiten werden eine sehr interessante Untersuchung über die Stellung des österreichischen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas zum autoritären Regime sowie eine Analyse der gegen Österreich-Ungarn gerichteten Propagandapolitik d'Annunzios in nächster Zeit fertig. Im Bereich der Geschichte der Zweiten Republik sind Studien über die US-Propagandapolitik in Österreich während der Besatzungszeit sowie über die politischen Auswirkungen des Marshallplanes und eine sowohl wirtschaftsgeschichtlich wie politisch angelegte Arbeit über die sogenannten „USIA"-Betriebe, d. s. die unter sowjetrussischer Verwaltung stehenden Unternehmungen aus dem Bestand des sogenannten deutschen Eigentums, in den Jahren 1945–55 in Arbeit. Im Institut steht derzeit eine Bibliothek von ca. 15550 Bänden (gegenüber ca. 4900 im Jahre 1966) zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte konnte das Institut auch den Bestand an Dokumenten, Nachlässen, Bild- und Tondokumenten wesentlich erweitern.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine besondere Aufgabe ergibt sich durch die Beteiligung an der von Bundeskanzler Dr. Kreisky und Nationalratspräsidenten Dr. Maleta gegründeten Kommission zur Erforschung der Ereignisse in Österreich in den Jahren 1930 bis 1938, wobei der Institutsvorstand als einer der Geschäftsführer dieser Kommission fungiert.

Der Erweiterung der internationalen Kontakte stehen starke finanzielle Hindernisse entgegen. Es ist jedoch gelungen, neben dem ständigen und erfreulichen Kontakt mit Schwesterinstituten in der Bundesrepublik Deutschland, wobei mit Dankbarkeit die stete Hilfe des Instituts für Zeitgeschichte in München hervorgehoben werden muß, auch Kontakte mit Kollegen aus Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, aber auch mit dem Südosten aufzunehmen. Erfreulicherweise wächst von Jahr zu Jahr die Zahl der ausländischen Forscher und Dissertanten, die ganz oder teilweise ihre Untersuchungen mit Hilfe unserer Forschungseinrichtungen durchführen (im Jahre 1970 18 ausl. Benützer, im Jahre 1971 26 ausl. Benützer). Eine besondere Rolle spielt seit dem Jahre 1970 die Zusammenarbeit mit Italien. Gemeinsam mit den Professoren Valsecchi (Rom) und Wandruszka (Wien) betreut der Institutsvorstand das Projekt einer Untersuchung über die Beziehungen zwischen Italien und Österreich seit dem Ersten Weltkrieg. Im September vorigen Jahres konnte bereits ein dreitägiges Treffen italienischer und österreichischer Historiker in der Nähe von Innsbruck durchgeführt werden, dessen Ergebnisse noch heuer publiziert werden sollen. Die begonnene fruchtbare Zusammenarbeit wird im September 1972 auf italienische Einladung bei einer Tagung in Venedig ihre Fortsetzung finden.

Zu den internationalen Aktivitäten gehört auch die Vortragstätigkeit von Institutsmitgliedern im Ausland. In den österreichischen Kulturinstituten in Paris und Rom fanden in den vergangenen Jahren einschlägige Vorträge statt, ebenso Gastvorträge an den Universitäten Bonn, Frankfurt und Paris. Im Rahmen einer österreichisch-jugoslawischen Wissenschaftswoche konnten im Jahre 1970 Vorlesungen an den Universitäten von Agram und Laibach beschickt werden.

Am Institut wurden seit 1966 78 Dissertationen abgeschlossen, davon 16 mit Preisen ausgezeichnet. Elf dieser Arbeiten wurden gedruckt, wobei, da in Österreich keine Druckpflicht für Dissertationen besteht, verschiedene Verlage beteiligt waren. In der Reihe der Institutspublikationen wird eine Arbeit von Univ. Ass. Dr. Karl Haas „Studien zur Wehrpolitik der österr. Sozialdemokratie 1918–1926" und von Dr. Karl Trafojer „Die innenpolitische Lage in Südtirol 1918–1925" zum Druck vorbereitet.

Ludwig Jedlicka

ANGLO-GERMAN GROUP OF HISTORIANS

In den letzten Jahren haben britische und deutsche Historiker einen Arbeitskreis gebildet, der sich regelmäßig zu Tagungen in beiden Ländern trifft. Vorsitzender der deutschen Gruppe, die sich als „Verein zur Förderung des *Britisch-Deutschen Historikerkreises*" konstituiert hat, ist Professor Dr. P. Kluke (Johann - Wolfgang - Goethe - Universität Frankfurt/Main), Chairman auf englischer Seite Professor A. G. Dickens, Direktor des *Institute of Historical Research* (University of London). Zu den von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Projekten des Kreises gehört u. a. die Erarbeitung einer Übersicht über das in Großbritannien befindliche Quellenmaterial, soweit es für die deutsche Geschichte selbst, vor allem aber zur Erforschung der britisch-deutschen Beziehungen relevant ist.

Ziel des Arbeitskreises ist die Errich-

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung eines deutschen Historischen Instituts in London nach dem Vorbild der Institute in Rom und Paris. Mit der Eröffnung eines *Kontaktbüros*, das ebenfalls von der Stiftung Volkswagenwerk getragen wird, ist der erste Schritt in dieser Richtung getan.

Das Büro (Anschrift siehe unten) befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft des *Public Record Office* und der *Historical Manuscripts Commission*. Seine vordringliche Aufgabe soll darin bestehen, britische und deutsche Historiker über die Forschungsmöglichkeiten in beiden Ländern zu beraten, nicht zuletzt auch Kontakte und Einführungen zu vermitteln.

Es ist beabsichtigt, durch eine systematische Erfassung aller im Entstehen begriffenen Arbeiten in Deutschland und Großbritannien zur britischen/deutschen Geschichte und zu den britisch-deutschen Beziehungen die historische Forschung in beiden Ländern zu koordinieren und zu erweitern. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist das Büro auf eine ständige Unterrichtung über die laufenden deutschen Forschungsvorhaben zu diesem Themenkreis angewiesen. Es werden folgende Auskünfte erbeten: Name und Anschrift des Verfassers, Institut, Thema, Art der Arbeit (Magisterarbeit, Dissertation, Habilitation o. ä.), Beginn und voraussichtlicher Abschluß. Zuschriften an: Anglo-German Group of Historians, 84 Chancery Lane, London WC2A 1 DL, Tel.: 01–242 6670.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Gisela Bertram-Libal, Mitarbeiterin in der EDV beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; 53 Bonn-Bad Godesberg, Behringstraße 48.

Dr. Andreas Hillgruber, ordentl. Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Köln; 5 Köln 41, Franzstraße 11.

Dr. Ludwig Jedlicka, ordentl. Professor für neuere Geschichte mit bes. Berücks. der Zeitgeschichte an der Universität Wien, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, A-1090 Wien, Rothenhausgasse 6.

Dr. Elmar Krautkrämer, Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Freiburg i. Br.; 78 Freiburg, Sonnenbergstraße 23.

Dr. Eckhard Wandel, freier Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Tübingen; 74 Tübingen, Neckarhalde 38.

Dr. Heinrich August Winkler, Professor für neuere Geschichte und Wissenschaft von der Politik an der Freien Universität Berlin; 1 Berlin 45, Finckensteinallee 153.

Jahrgang 20 (1972), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte